

Stenographischer Bericht

6. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

III. Periode.

25. Juli 1927.

Inhalt:

Tagesordnung: Abziehung sämtlicher Punkte von der Tagesordnung (88).

Auflage: Die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 64 bis 71 (49).

Zuweisungen: Immunitätsangelegenheit Wallisch (49); die aufgelegten schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 64 bis 71 (49).

Anträge: Thoma, E.-Zl. 73, betreffend Nothstandsunterstützung der durch die Hagelwetterkatastrophe in den Gemeinden Waltersdorf und Walsendorf bei Judenburg außerordentlich geschädigten Besitzer (88);

Wolf, E.-Zl. 74, betreffend den Bau einer Straße von St. Oswald bis Soboth (88);

Schließsteiner, E.-Zl. 75, betreffend Abichreibung oder Ermäßigung der Landesgrundsteuer für durch Rauchschäden betroffene Landwirte in den Gebieten der Bezirke Bruck und Leoben (88).

Anfragen: Der Einheitsliste und des Landbundes, Nr. 9, an den Landeshauptmann, betreffend Maßnahmen zum Schutze der Verfassung und der durch sie verbürgten Rechte der Bevölkerung (49). — Dringliche Behandlung (49). — Begründung Riegler (49). — Beantwortung Ing. Paul (50). — Redner: Hornik (51 u. 72), Oberzaucher (52 u. 66), Ing. Winkler (55), Auit (57), Bötkling (61), Gföller (62), Riegler (65), Dr. Sernek (68), Balesi (70), Thoma (71), Dr. Oberegger (74), Ing. Wikany (75), Zenz (76 u. 83), Dr. Sübler (76), Machold (76). — Annahme der Beschlusssanträge des Landbundes, Zenz und Dr. Sübler (85);

Machold, Nr. 10, an den Landeshauptmann, wegen der unter Mitwirkung, bzw. Duldung der Bezirkshauptleute und Gendarmeriekommandanten erfolgten Bewaffnung irregulärer Formationen anlässlich des Verkehrsstreikes vom 16. bis 18. Juli 1927 und der damit verbundenen Terrorakte (49). — Dringliche Behandlung (49). — Begründung Oberzaucher (86). — Beantwortung Ing. Paul (87). — Redner Machold (87). — Ablehnung des Antrages Machold, die Beantwortung des Landeshauptmannes nicht zur Kenntnis zu nehmen (88).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.

Präsident: Hohes Haus! Aus Zeitungsnachrichten habe ich entnommen, daß während der Debatte in der letzten Landtagsitzung Zwischenrufe auf der Galerie gemacht worden sind. Ich habe diese Zwischenrufe nicht gehört, sonst hätte ich sie selbst gerügt. Ich mache die Galerie aufmerksam, daß sie sich jeder Einnengung in die Verhandlungen des Landtages zu enthalten hat, da ich andernfalls genötigt wäre, die Räumung der Galerie zu verfügen.

Das Kreisgericht Leoben hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Koloman Wallisch wegen eines Vorfalles anlässlich der Wahlen zugestimmt wird.

Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen werden. (Rufe: „Pfui Wallisch!“)

Aufgelegt wurden heute die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge E.-Zl. 64 bis 71. Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen.) E.-Zl. 64, dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse;

E.-Zl. 65, 66, 67, 68, 69, 70 und 71 dem Finanzausschusse. (Die Zuweisungen werden beschlossen.)

Es liegen zwei dringliche Anfragen vor, und zwar: der Einheitsliste und des Landbundes an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Maßnahmen zum Schutze der Verfassung und der durch sie verbürgten Rechte der Bevölkerung;

weilers der Abg. Machold, Oberzaucher, Auit, Weigelberger, Gföller und Genossen, an den Landeshauptmann, wegen der unter Mitwirkung, beziehungsweise Duldung der Bezirkshauptleute und Gendarmeriekommandanten erfolgten Bewaffnung irregulärer Formationen anlässlich des Verkehrsstreikes vom 16. bis 18. Juli 1927 und der damit verbundenen Terrorakte.

Beide Anfragen entsprechen in formeller Beziehung den Forderungen der Geschäftsordnung; ich werde dieselben sogleich vor Eingehen in die Tagesordnung zur Verhandlung bringen.

Zur Begründung der

dringlichen Anfrage der Einheitsliste und des Landbundes an den Landeshauptmann, betreffend Maßnahmen zum Schutze der Verfassung und der durch sie verbürgten Rechte der Bevölkerung

erteile ich dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler das Wort.

Riegler: Hohes Haus! Zur Begründung der vom Herrn Präsidenten dem hohen Hause bereits bekanntgegebenen Anfrage an den Herrn Landeshauptmann habe ich folgendes vorzubringen.

Im Anschlusse an den Schattendorf Prozeß, hervorgerufen durch unverantwortliche Heße in der sozialdemokratischen und der ihr verwandten kommunistischen Presse, ist es in Wien zu tief bedauerlichen und traurigen Tumulten gekommen, in deren Verlauf der Generalfreik seitens der Sozialdemokratie proklamiert wurde. Diese Vorgänge haben die Ordnung des Staates fast völlig aufgelöst, sein Ansehen aufs Spiel gesetzt und seinen Bestand durch die Gefahr einer Einnengung des Auslandes auf das schwerste bedroht. Durch die Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe des Bundes, insbesondere der Eisenbahn, der Post, des Telegraphen, des Telefons und Radios wurde der ohnehin schwer darniederliegenden Wirtschaft ein unerföhrlicher Schaden zugefügt, der heute noch gar nicht zu übersehen ist. Die verfassungsmäßigen

Behörden waren größtenteils außerstande, diesem Treiben Einhalt zu gebieten und die Bevölkerung und die Wirtschaft zu schützen.

Außerhalb Wien haben sich besonders im obersteirischen Industriegebiete während des Generalstreiks Vorfälle ereignet, die Akte öffentlicher Gewalttätigkeit darstellen und durch welche die durch die Gesetze gewährleistete persönliche Freiheit eingeschränkt wurde. In Bruck a. d. M. selbst wurde durch das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Lokalorganisation eine Art Diktatur des Proletariats ausgerufen, das Standrecht und der Ausnahmezustand über die Stadt verhängt, das Gericht und andere Bundesämter an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert, mit einem Worte, die Verfassung außer Kraft gesetzt. Mitglieder der sozialdemokratischen Brachialformation, des republikanischen Schutzbundes, sorgten für die Durchführung und Beobachtung des einem Teile der Bevölkerung aufgezwungenen Diktates, während die Organe der gesetzlichen Sicherheitswachkörper, besonders die Gendarmerie, verhalten waren, von ihrer gesetzlichen Pflichterfüllung abzusehen, da diese als Aufreizung erklärt worden war.

Solche Zustände konnten nur eintreten, weil jene Exekutivorgane, durch welche die verfassungsmäßige Regierung und ihre Behörden den Schutz der Verfassung und der Bevölkerung bei der Ausübung der gesetzlich gewährleisteten Rechte zu besorgen haben, zahlenmäßig zu schwach sind, um derartige Ereignisse im Keime zu ersticken.

Die Abgeordneten der Einheitsliste und des Landbundes stellen daher an den Herrn Landeshauptmann folgende dringliche Anfrage:

1. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, alles vorzukehren, daß sofort die mit der Aufrechterhaltung und Ruhe betraute Gendarmerie auf einen Stand gebracht wird, der ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe ermöglicht?

2. Was gedenkt der Herr Landeshauptmann sonst noch zu veranlassen, um die Wiederkehr derartiger Vorkommnisse von vorneherein unmöglich zu machen?

3. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, im Einvernehmen mit dem Präsidium alle Schritte zu beschleunigen, die dazu führen, den Abg. Wallisch zur gesetzlichen Verantwortung zu ziehen.

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Ing. Paul: Hohes Haus! Ich stimme mit den sehr geehrten Herren Fragestellern vollständig darin überein, daß die Ereignisse in der Zeit vom 15. bis 18. Juli 1927 geeignet waren, unsere ohnehin sehr schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse durch unermesslichen materiellen und moralischen Schaden höchst ungünstig zu beeinflussen und daß die Urheber dieser Ereignisse mit vollem Rechte als schwere Verbrecher an unserem Wirtschaftsleben bezeichnet und auf das schärfste verurteilt werden müssen. (Rufe: „Bravo!“)

Besonders bedauerlich aber war es, daß durch Lahmlegung der Verkehrs- und aller Verständigungsmittel unmöglich gemacht wurde, den wilden Gerüchten, welche sich in solchen Zeiten der allgemeinen

Erregung leicht bilden, und weiter verbreitet werden, rechtzeitig und tatkräftig entgegenzutreten, so daß zu all den volkswirtschaftlichen Schäden noch die Gefährdung der Sicherheit, der öffentlichen Ruhe und Ordnung kam.

Ich kann daher dem in der Anfrage bekundeten festen Willen der Mitglieder der Einheitsliste und des Landbundes, eine Wiederholung solcher bedauernswerter Ereignisse und ihrer tieftraurigen Folgen nicht mehr zuzulassen, nur zustimmen, und ich beehre mich, die an mich gestellte Anfrage, wie folgt, zu beantworten:

Die Gendarmerie ist ungeachtet aller Bemühungen des Landesgendarmeriekommandos und des Amtes der steiermärkischen Landesregierung seit einer Reihe von Jahren unter dem systemisierten Stande, welcher zuletzt mit 1151 Mann festgesetzt, jedoch auf einen Stand von 1002 Mann herabgesunken war. Erst den nachdrücklichen Anträgen des Landesgendarmeriekommandos und dem energischen Einschreiten des Amtes der Landesregierung ist es gelungen, die Aufnahme von 84 Gendarmerie-Beamtenanwärtern im Jahre 1927 durchzuführen, so daß auf den systemisierten Stand von 1151 Mann immer noch 65 Gendarmeriebeamte fehlen.

Ich werde alles daransetzen, daß der volle Stand in nächster Zeit erreicht wird. (Lebhafter Beifall.)

Das Amt der Landesregierung wird weiters mit Nachdruck darauf dringen, daß die Gendarmerie mit entsprechenden Autos versehen wird, um zu ermöglichen, daß im Falle der Notwendigkeit sofort eine größere Anzahl von Gendarmeriebeamten an bedrohte Stellen dirigiert werden können. Ebenso werde ich alles daransetzen, daß ein Zustand, wie er in den Tagen vom 16. Juli herrschte, wo sogar jede Verbindung der Bundesregierung mit den Landesregierungen einerseits und der Landesregierung mit den politischen Behörden I. Instanz andererseits unterbunden war, sich nicht mehr wiederholt und daß seitens der Bundesregierung die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß entweder auf telephonischem oder auf radiotelegraphischem Wege mindestens eine Verbindung zwischen den Zentralstellen mit den Landesregierungen, den Bezirkshauptmannschaften und der Gendarmerie stets jederzeit und unter allen Umständen aufrecht besteht.

Was den Punkt 3 der Anfrage anbelangt, so erkläre ich mich selbstverständlich bereit, im Einvernehmen mit dem Präsidium alle Schritte zu beschleunigen, die dazu führen, den Abg. Wallisch zur gesetzlichen Verantwortung zu ziehen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste und dem Landbund. — *Ma ch o l d*: „Aber auch die anderen!“)

Dr. Enge: Ich stelle den Antrag, über diese Beantwortung die Wechselrede zu eröffnen.

(Der Antrag wird unterstützt.)

Präsident: Zum Worte gelangt zunächst der Herr Abg. *Hornik*.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Redezeit 20 Minuten beträgt.

Hornik: Die Antwort des Herrn Landeshauptmannes auf unsere Anfrage hat amtlich festgestellt, daß unsere auf Tatsachen gegründete Überzeugung richtig ist, die Exekutivgewalt dieses Staates zahlenmäßig so auszugestalten, daß Vorfälle verhindert werden können, wie sie sich in den Tagen vom 15. bis 18. Juli in Österreich ereignet haben. Wenn die Verhältnisse in Wien schließlich und endlich durch das Eingreifen der Polizei so gestaltet wurden, daß wieder gesetzliche Ruhe und Ordnung eintreten konnte, so sind doch unendlich viele Opfer zu beklagen, welche vorangehen mußten, bis diese Ruhe, diese gesetzliche Ordnung wieder hergestellt wurde. Mit welcher bewunderungswürdigen Geduld die Wiener Polizei zunächst den Demonstranten entgegentrat, das ist durch Hunderte von Augenzeugen festgestellt. Erst als auf barbarische Weise mehrere Wachbeamte förmlich massakriert wurden, erst dann, als wirklich der entscheidende Augenblick gekommen war — so wird übereinstimmend festgestellt — erst dann griff sie zu dem äußersten Mittel. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, wodurch, durch welche Ursachen zunächst diese Verhältnisse in Wien herbeigeführt wurden, und wer die Schuld an dem Blutvergießen trägt. Aber diese Ereignisse haben auch nach Steiermark herübergewirkt und besonders im obersteirischen Industriegebiete in den Tagen des 16. und 17. Juli Verhältnisse geschaffen, die den Gesetzen direkt entgegenlaufen. War der 15. Juli auch nachmittags noch verhältnismäßig ruhig, wenn auch eine gewisse Bewegung in der Bevölkerung festzustellen war, so überstürzten sich die Ereignisse am 16. früh morgens. Wiederholt hatten wir in den obersteirischen Industrieorten eine ganz eigentümliche Lage, hervorgerufen durch die Verheerung der Bevölkerung, die von gewissen Elementen systematisch betrieben wird, seit Jahren systematisch betrieben wird. Ich klage hier an, daß man mit Absicht darauf ausgeht oder wenigstens auszugehen scheint, in Obersteiermark keine Ruhe eintreten zu lassen. Wir sind der Überzeugung, daß es den persönlichen Machtgelüsten, wenn nicht anderen niedrigen Motiven, entspringt, in Obersteiermark im Industriegebiete zwischen der Arbeiterschaft und der übrigen Bevölkerung eine Sehe zu inszenieren, die schließlich und endlich zu solchen traurigen Vorfällen führen muß, wie wir sie in Wien erlebt haben. Wenn sich diese Diktaturidylle von der Ferne vielleicht als Idylle ausgenommen hat, so hat es tatsächlich an einem Haar gegangen, daß nicht in Bruck Hunderte von Menschen getötet wurden. Ja, was ist denn eigentlich geschehen, las ich, was ist eigentlich in Bruck vorgekommen, es war ja vollkommene Ruhe?! Ja, es war Ruhe, aber fast die idyllische Ruhe eines Friedhofes. Als Samstag um halb 6 Uhr früh die Nebelhörner das Alarmsignal für den republikanischen Schutzbund und die schrillen Pfliffe der Lokomotiven das Signal zum Alarm für die Eisenbahnerordner gaben, da hatten wir Nichteingeweihten allerdings noch keine Ahnung, daß es soweit kommen sollte. Wir wurden auch nach kurzer Zeit vom Leiter der Brucker Bezirkshauptmannschaft eingeladen, an einer Besprechung teilzunehmen zwecks Eingreifung von Maßnahmen, welche die Ruhe und Ord-

nung aufrecht erhalten sollten. Diese Besprechung sollte um halb 9 Uhr vormittags auf der Bezirkshauptmannschaft stattfinden. Wir trafen vorher zusammen, die Vertreter der Gewerbevereinigungen und die Vertreter der anderen Bevölkerung, und besprachen die Lage in der Meinung, man würde unsere Vorschläge, die in einem Alkoholverbote und einer teilweisen Geschäftssperre gipfelten, als Verhandlungsgrundlage annehmen, und es würde zu einem Zustande kommen, der auf beiden Seiten die Einhaltung der Ruhe und Ordnung ermöglicht und ein Zusammenarbeiten der sozialdemokratischen und der nichtsozialdemokratischen Bevölkerung zum Wohle der Stadt ermöglicht. Wir kamen um halb 10 Uhr mit den Vertretern der Lokalorganisation zusammen und da mußten wir die Erfahrung machen, daß man mit uns nicht verhandeln wolle. Ausdrücklich wurde erklärt: „Die Ihnen bekanntgegebenen Forderungen sind bedingungslos anzunehmen, widrigensfalls für Ruhe, Leben und Sicherheit nicht garantiert werden könne.“ Es wurde erklärt, daß nur durch unbedingte Annahme dieser Forderungen von einer sofortigen Gewaltanwendung Abstand genommen werden könne, daß gleichwie in Wien das Standrecht verhängt sei, so verhängte es in Bruck die Arbeiterschaft über die Stadt. Es sei verboten, Versammlungen abzuhalten, die Vereinstätigkeit der Bürgerlichen habe aufzuhören, und mehr als drei Personen dürfen sich nicht auf der Straße ansammeln. Einzig und allein wurde gestattet, daß ein bürgerliches Exekutivkomitee von 8 Personen — und wir wurden überwacht, ob wir so viele sind — permanent erklärt wurde. Die Geschäfte haben bis auf wenige Stunden gesperrt zu sein, die Gendarmerie habe in der Kaserne zu verbleiben (Rufe: „Hört!“), der Ordnungsdienst werde von dem republikanischen Schutzbund versehen. Der Bezirkshauptmann wurde gefragt, ob er amtierende wolle, er bejahte dies. Es sei Generalfreik, war die Antwort, da gebe es kein amtierende. Schließlich wurden ihm doch noch zwei Beamte bewilligt, aber das Gericht, die anderen Bundesbehörden wurden verhindert, zu arbeiten. (Rufe: „Hört!“) Als der Vertreter des Gerichtsvorstandes — dieser war in Abflenz — erklärte, er werde es jedem Beamten frei stellen, wenn er zur Arbeit komme, um seinen Dienst zu versehen, da wurde der Ruf laut, mit denen werden wir dann schon fertig werden. (Rufe: „Hört!“) Es fiel bezeichnenderweise von einem Mitgliede dieses hohen Hauses auf der Bezirkshauptmannschaft die Äußerung, man komme uns nicht mit den Drohungen der Besetzung durch Italiener, Jugoslawen oder anderen ausländischen Staaten, bevor diese kommen, werden wir schon noch Ordnung machen. Wir mußten uns der Gewalt beugen, denn es wurde klipp und klar vom Abg. Wallisch (Pfund-Rufe!) erklärt, bei dem geringsten Widerstande, ja bei jeder provokatorischen Äußerung werde keine Verantwortung für die kommenden Ereignisse übernommen; diese Bedingungen würden noch verschärft werden, wenn — und das ist bezeichnend — sich die Lage in Wien weiter verschärfen sollte oder wenn Heimwehrformationen irgendwo eingesetzt würden (Rufe: „Hört!“), ja es würden bestimmt bezeichnete Personen mit ihrem

Leben und ihrer Gesundheit haftbar gemacht werden, wenn durch Provokationen zu anderen Mitteln ge-griffen werden sollte (Pfuiruse), also, es würden Geiseln ausgehoben. Das alles wurde in noch etwas deutlicherer Weise in einer Versammlung am Haupt-platz in die erregte Menge geschleudert, und es wurde darauf hingewiesen, daß vom Rathause zum Zeichen des Standrechtes und des Ausnahmestandes, also zum Zeichen der Diktatur, die rote Fahne wehe, die schwarze zum Zeichen der Trauer für die hingemordeten Arbeiter.

Natürlich hat man nachher versucht, als zum Rück-zuge geblafen werden mußte, die Sache als eine Ver-einbarung hinzustellen und abzuschwächen. Ich stelle fest, daß von Vereinbarungen am Samstag, den 16. Juli, bei der Bezirkshauptmannschaft überhaupt nicht die Rede sein konnte, denn zu Vereinbarungen gehören Verhandlungen, gehört ein Verhandlungs-partner, aber nicht eine Partei, die man unter ein bedingungsloses Diktat stellt. Wenn in Bruck Blut-vergießen vermieden wurde, so ist das lediglich der Selbstverleugnung der nichtsozialdemokratischen Be-völkerung zu verdanken, die alles getan hat, um in diesen Tagen, wo überaus scharfe Elemente es förmlich auf ein Blutbad abgesehen hatten und direkt provo-zierend auftraten, die alles getan hat, selbst die größten Provokationen erduldet hat, um ein Blut-vergießen nicht entstehen zu lassen. Es wurde sogar von amtlicher Seite, vom Bürgermeister der Stadt Bruck, selbst zugegeben, daß ein gesetzwidriger Zustand in Bruck Platz gegriffen hat.

Dagegen nehmen sich allerdings die Erscheinungen an anderen Orten nicht so kraß aus, vielleicht deshalb, weil nicht der Mann an der Spitze stand, der es ja schon in seiner früheren Vergangenheit gelernt hat, derartige Dinge zu inszenieren. Er wollte vielleicht sein Meisterstück liefern. Es ist doch ganz merkwürdig, so-lange Abg. Wallisch nicht in Bruck war, und das war bis in der Frühe des Samstag, des 16. Juli, der Fall, bis dahin war er in der Oststeiermark auf Ur-laub, solange war von einer tiefgehenden Erregung nicht viel zu hören. Erst nach 8 Uhr, als seine Mittelchen zu wirken begannen, da kam langsam Siedehitze in die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei hinein. Da wurden sie lebendig, dann aller-dings, das muß ich feststellen, waren die Massen über-aus erregt, und wenn nicht besonnene Führer, sozial-demokratische Führer, vom Balkon des Rathauses am 16. Juli beruhigend eingewirkt hätten, wäre es wahr-lich, dank der Hehereien eines Wallisch, zu ganz anderen Dingen gekommen (Pfuiruse), dann hätte uns unsere Selbstüberwindung und Selbstverleugnung, unsere Ruhe nichts genützt. Was waren denn von bürgerlicher Seite für Anzeichen auf einen Widerstand vorhanden? Was hatte die nichtsozialdemokratische Bevölkerung getan, daß jene sie unter ein Diktat stellen mußten? Darauf wird man mir keine Antwort geben können. (Zwischenrufe: „O ja!“) Auf die bin ich neugierig, ich werde Ihnen dann auch eine geben. Ich habe auch noch etwas auf Lager. Und nun haben wir das von den Sozialdemokraten eingesetzte Exe-kutivkomitee, das bürgerliche Exekutivkomitee, in der

Weise wirken lassen müssen und haben es wirken lassen, daß wir unsere Leute zur Besonnenheit und Ruhe aufgefordert haben. Das wird uns jetzt aus-gelegt als eine Arbeit zur Aufrechterhaltung des dauernden Kriegszustandes. Wenn je eine Verleum-dung gemein war, so ist es diese. Die Männer dieses Exekutivkomitees standen persönlich in der größten Gefahr, nicht nur von den Sozialdemokraten, von den aufgeheßten Arbeitern, verprügelt zu werden, sondern auch von den eigenen Leuten als Bremsen zur Rechen-schaft gezogen zu werden; und trotzdem wagt man es heute, sie als die Schürer, als die Hezer zum Bürger-kriege hinzustellen und boykottiert sie persönlich. Ein trauriges Zeichen, wie weit es im Oberlande ge-kommen ist.

Ich möchte ganz kurz noch die Verhältnisse in einigen anderen Orten streifen. Auch in Kapfenberg sah es nicht ganz rosig aus, aber immerhin war es doch noch erträglicher. Daß die Autokontrollstationen allerorts nach Waffen suchten, daß sie Passanten an-hielten, ihnen die Taschen visitierten und nach Waffen suchten, während sie selbst Waffen schleppten, das ist natürlich kein Terror. Man hat für die Ausstellung der Passierscheine Beträge eingehoben, in Zeltweg 50 g für jeden. (Zwischenruf: „Zur Stärkung des Wahlsäckels!“) Ja, zur Stärkung des Wahlsäckels wahrscheinlich. Man hat einfach alles getan, um jenen Zustand vorzubereiten, der geschaffen werden sollte, wenn in Wien die Verhältnisse sich verschärfen sollten. Es ist ja überaus bezeichnend, daß man vom Abg. Wallisch und auch vom Balkon des Rathauses bei der Sonntagversammlung allerlei hören konnte; wenn man über die Lage in Wien und Graz genau infor-miert gewesen wäre, dann wäre man vielleicht nicht zu so scharfen Maßnahmen geschritten. Man hat also erwartet, daß in Wien die Sozialdemokraten die Ge-walt an sich reißen können und hat im obersteirischen Gebiete von der Zentrale in Bruck aus durch den ehe-maligen Sowjetkommissär Bela Kuns, Wallisch (Pfuiruse), alles vorbereitet, um diese Diktatur auch über Obersteiermark und das übrige Bundesgebiet zu verhängen. Das werden Sie aber in Obersteiermark niemals erreichen. (Lebhafter Beifall bei der Einheits-liste und den Landbund.)

Oberzaucher: Hohes Haus! Die dringliche Anfrage der Einheitsliste behauptet vor allen Dingen, daß eine unverantwortliche Heze der Sozialdemokraten (Ho-rnik: „Einzelner Sozialdemokraten!“) betrieben wurde, die in Wien zu diesen tief bedauerlichen Er-eignissen geführt hat. Ich möchte darauf verweisen, daß es zu den Wiener Ereignissen gekommen ist, ohne — und es wäre traurig, wenn es so wäre — daß es irgend einer Hezerei bedurft hätte. (Zenz: „Arbeiter-zeitung!“) — Zwischenruf: „Die sozialdemokratischen Zeitungen!“) Ich werde im Verlaufe meiner Aus-führungen noch beweisen, von wem und wo geheßt wird. Jedenfalls sind die Wiener Ereignisse so traurig, so tief erschütternd sie sind, sie haben zirka hundert Tote und tausend Verwundete mit sich gebracht, aus dem edelsten Gefühl verletzten Rechtes entsprungen. (Widerspruch. — Lebhafter Zwischenruf. — Zwischen-

ruf: „Verhehung!“ — Jira: „In Österreich darf man Arbeiter abschießen, was?“) Es hat nach einer eingehenden gründlichen Untersuchung der Staatsanwalt selbst festgestellt, daß die Täter am Schattendorfer Arbeitermorde den Demonstranten ohne Nötigung, ohne selbst gefährdet zu sein, nachgeschossen haben und diesem Verbrechen (Zwischenruf: „Hätten sie nicht angegriffen!“), meine Damen und Herren, sind ein Arbeiter und ein Kind zum Opfer gefallen; und es war nicht das erste Mal. (Wolff: „Das ist uninteressant für Sie!“) Es war das Urteil, das die Geschworenen in diesem Schattendorfer Mordprozeß fällten, ein ausgesprochenes Klassenurteil. (Riegler: „Es waren doch die Geschworenen Ihrer Partei auch dabei. Es waren ja auch Arbeiter dabei bei den Geschworenen. Ihre Genossen haben ja mitgestimmt!“) Dieses Urteil im Mordprozeß von Schattendorf, es hat das Rechtsbewußtsein des Volkes tief verletzt. (Widerspruch. — Zwischenrufe.) Es war nicht das erste Mal, daß Mörder, die ohne Nötigung, nicht in Notwehr, geschossen haben, freigesprochen wurden. Das war der Grund, meine Damen und Herren (Zwischenruf: „Nein, das war nicht der Grund!“), warum es in Wien spontan zu einem Ausbruche der Volksleidenschaft gekommen ist. (Zwischenruf: „Das ist dann immer bei euch, wenn Ihr geheßt habt!“) Ich werde beweisen, verehrte Herren, wer heßt, wir haben ja schriftliche Beweise hier. (Zwischenrufe.) Ich habe schon erklärt und erkläre es hier ausdrücklich wieder, in Wien war es ein spontaner Ausbruch der Volksleidenschaft, diktiert von den edelsten Gefühlen. (Zeniz: „Von der Arbeiter-Zeitung!“) Als es im Verlaufe dieser Demonstrationen durch das nicht zu verantwortende brutale Eingreifen (Zeniz: „Lesen Sie zuerst die Arbeiter-Zeitung!“) einzelner Abteilungen der Wiener Polizei zu Blutopfern gekommen war (Zwischenruf: „Wer war brutal?“), das erst hat die Volksmenge rasend gemacht. . . . (Widerspruch der Einheitsliste.) Diese Feststellungen scheinen Ihnen sehr unangenehm zu sein. (Zwischenruf: „Die Wahrheit soll gesagt werden!“) Wir haben keine Ursache, von der Wahrheit irgendwie abzuweichen. (Zwischenrufe.) Als die Polizei zuerst (Dr. Engle: „Das ist falsch!“) in brutaler Weise vorgegangen ist . . . (Zwischenruf: „Von ihr ist ja nicht zuerst geschossen worden!“ — Jira: „Die Polizei ist in die wehrlose Menge hineingeritten!“) Sie wollen mich ja nicht reden lassen, damit Sie die Wahrheit nicht hören. (Peinfinger: „Ihre Schönfärberei kennen wir so!“ — Kaufmann: „Sie verdrehen ja!“ — Lärm.) Sie wissen ja alles. Ich erkläre hier ausdrücklich, daß sich in Wien durch die ersten Übergriffe der Polizei (Widerspruch) die rasendgewordene Menge . . . (Peinfinger: „Die Polizei wird sich alles gefallen lassen!“ — Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Landesrat Oberzaucher hat das Wort.

Oberzaucher (fortfahrend): Als sich diese rasendgewordene Menge Ausschreitungen zuschulden kommen ließ, hat sich der aufgebotene republikanische Schutzbund unbewaffnet (Widerspruch), unter Blutopfern dieser Menge entgegengestellt. Der Schutzbund hat

elf Tote bei diesem Bestreben zu beklagen gehabt, er hat unbewaffnet die Menge zurückgedrängt, und es wäre gelungen, die Ruhe aufrechtzuerhalten, ohne die ungeheuren Opfer, wenn die Polizei nicht im letzten Augenblicke nervös geworden wäre und blindlings in die fliehende Menge hineingeschossen hätte. (Widerspruch.) Die Ärzte haben festgestellt, daß 60 Verletzungen Rückenschüsse sind. Soviel, meine verehrten Anwesenden, über die Frage der Entsehung dieser Wiener Ereignisse.

Aber die Zeit ist ja ziemlich beschränkt, ich möchte mich daher vielleicht vorerst darauf beschränken, mich den Ausführungen des Herrn Abg. Hornik zuzuwenden, der erklärt hat, daß in Bruck an der Mur ungeheure Terrorakte und Gesetzesverletzungen verübt wurden. (Mikola: „So ist es!“) Meine Herren, wir erklären hier ganz offen, daß wir nicht erst jetzt Übergriffe verurteilen, sondern ich verweise auf das, was wir bereits während der kritischen Tage in direkten Verhandlungen mit den Brucker Abgesandten hier im Landhause getan und gesagt haben: Wir haben diese Kompetenzüberschreitungen, die in Bruck an der Mur sich ereignet haben, als Partei nicht gebilligt. . . . (Hornik: „Das ist richtig. Umso mehr trifft die Verantwortung den Abg. Wallisch!“) nicht gebilligt. . . . (Hornik: „Auch in Bruck haben das nicht alle Sozialdemokraten gebilligt!“), aber wir sind heute noch zu nahe an diesen Ereignissen, um uns jetzt schon darüber ein vollkommen objektives Urteil bilden zu können. Der Abg. Wallisch hat auf Grund der Angriffe, Verdrehungen, Ausbauschungen und Übertreibungen in bürgerlichen Zeitungen, ferner auch infolge von Vorwürfen, die er von der eigenen Seite erhalten hat, erklärt, er ist damit einverstanden, daß sein Vorgehen untersucht wird, er hat schriftlich erklärt, daß er unseren Klub bitte, bis zum Abschlusse dieser Untersuchungen den Sitzungen fernbleiben zu dürfen. (Ing. Wihann: „Wer wird untersuchen?“) Es werden dieselben Leute untersuchen, die die Gesetzeswidrigkeiten, die Verfassungsbrüche usw. eines gewissen Pistor, Dr. Pfrimer und eines Landeshauptmannes Paul zu untersuchen haben werden. Wenn man schon von Verfassungswidrigkeiten, Gewalttaten usw. spricht, dann muß man von allen reden, die in dieser kritischen Zeit ihre Befugnisse überschritten haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch der Einheitsliste. — Leichin: „Ihr gehört auf die Anklagebank!“ — Lärm. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ich halte es mit Rücksicht auf die vom Herrn Abg. Hornik gegen den Herrn Abg. Wallisch in seiner Abwesenheit erhobenen Angriffe (Roth: „Hätte er sollen herkommen!“) für meine Ehrenpflicht, hier die schriftliche Rechtfertigung des Abg. Wallisch im Gegensaße zu den Ausführungen des Herrn Abg. Hornik zur Verlesung zu bringen. (Dr. Engle: „Es soll ihn gescheiter der Gemeinde- und Verfassungsausschuß ausliefern!“) Das wird vielleicht noch geschehen, aber es ist Anstandspflicht, daß man auch den Gegner, den man angegriffen hat, hört. Abg. Wallisch ist heute nicht hier und ich habe bereits erklärt, die Untersuchung wird zeigen, wo die größere Schuld liegt, bei

Wallisch oder Dr. Pfriemer oder Pistor oder beim Landeshauptmann. (Rufe: „Sehr richtig!“ bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei der Einheitsliste.)

Der Herr Abg. Wallisch hat an den Klub folgenden Schreiben gerichtet (liest):

„Die Vereinbarung auf der Bezirkshauptmannschaft über die Regelung des Geschäftsverkehrs am Samstag, den 16. (Hornik: „Das ist schon einmal eine Lüge!“), und Sonntag, den 17. Juli, ist nach ganz kurzer Aussprache einvernehmlich zustande gekommen. Die Vertreter der bürgerlichen Vereinigungen, des Gremiums der Kaufmannschaft, der gewerblichen Genossenschaften haben noch, bevor die Wünsche der Arbeiterschaft vorgebracht wurden, ein ähnliches Angebot zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gemacht, wie es von den Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenschaft gestellt worden ist. Um über die abweichenden Forderungen der Arbeiterschaft Stellung zu nehmen, hat eine ganz kurze Aussprache der bürgerlichen Vertreter stattgefunden. Nach Abschluß dieser Aussprache erklärte der Sprecher der Bürgerlichen, Landtagsabg. Hornik, wortwörtlich.“ Das ist stenographiert worden (liest): „Sie sehen, meine Herren, wir haben nicht lange gebraucht, es ist dies ein Zeichen, daß wir selbst ja ähnliche Beschlüsse schon gefaßt haben. Wir erklären uns mit Ihren Forderungen einverstanden.“ (Hornik: „Das ist vom ersten bis zum letzten Worte verdreht! Wer hat das stenographiert?“) Heute möchten Sie den Mann stellen, der dazu bestimmt wurde. (Hornik: „Wer hat das stenographiert?“) Das wird die Untersuchung zeigen. (Zwischenrufe der Einheitsliste.) Sie können sich ja zum Worte melden, wenn Sie reden wollen (liest): „Kein einziges Wort des Protestes wurde von diesem Sprecher (Hornik) vorgebracht.“ Heute professiert er.

Hinsichtlich der sogenannten Proklamierung der Arbeiterdiktatur wird folgendes erklärt (liest):

„Es wurde weder auf der Bezirkshauptmannschaft noch in der großen Versammlung auf dem Hauptplatze, noch bei irgend einer anderen Gelegenheit von mir oder einem anderen Genossen die Diktatur des Proletariats proklamiert.“ (Hornik: „Die Diktatur der Arbeiterschaft wurde proklamiert!“) „Das Hiszen der Fahne wurde von mir in der Versammlung folgendermaßen erklärt: Zum Zeichen der Trauer für die Gefallenen am 15. Juli wird die schwarze Fahne, zum Zeichen des Protestes und dafür, daß der Generalfstreik und die strengste Bereitschaft der Arbeiterschaft zur Verhütung ähnlicher Fälle in Bruck a. d. Mur besteht, wird die rote Fahne gehißt.“ (Widerspruch der Einheitsliste.) „Tatsächlich wurde diese rote Fahne nach Beendigung des Generalfstreikes, also am Montag, den 18. Juli, wieder vom Rathause herabgenommen.“ (Hornik: „Wieder nicht wahr, erst am Dienstag über unsere Forderung!“)

Weiter wird geschrieben (liest):

„Es ist erlogen, daß ich mit dem Schutzbund das Kommando über die Stadt übernommen habe, wahr ist,

daß die städtische Polizei den Dienst ruhig versah, auch die Gendarmerie den normalen Dienst versehen hat, jedoch vereinbart wurde, daß keine größeren Patrouillen in der Stadt sich zeigen sollen, weil wir dadurch hofften, die Erregung zu meistern und Bruck a. d. M. vor ähnlichen Ereignissen, wie sie Wien zu verzeichnen hatte, zu bewahren. (Gaf: „Der edle Wohltäter der Menschheit!“ — Heiterkeit.)

Wenn während der Versammlung am Hauptplatz scharfe Worte gefallen sind (Hornik: „Also doch!“), so ist das geschehen, um die Massen in der Hand zu behalten und sie vor unbesonnenen Schritten zurückzuhalten. Ich bemerke, daß die Erregung nicht nur bei den Massen, sondern auch bei den sonst ruhigen Menschen eine ungeheuer große war und im allgemeinen das Verlangen laut war, sich für die Vorfälle in Wien zu rächen. Die Erregung war auch deshalb so groß, weil am Tage der Freisprechung der Schattendorfer Mörder in Bruck a. d. M. eine Bürgerwehr gegründet wurde. Hierauf wurde die Beerdigung dieser Bürgerwehr vorgenommen. Bei der ohnehin gereizten Stimmung in Bruck a. d. M. (Hornik: „Wer hat sie gereizt? Der Wallisch hat sie gereizt!“) und dem der Arbeiterschaft schon seit Jahren entgegengebrachten Hasse war ein Zusammenstoß zu befürchten. Durch diese scharfen Worte und das energische Auftreten glaubte der Gefertigte so etwas verhindern zu können.“ Soweit die Verantwortung des Herrn Abg. Wallisch.

Weil der Herr Abg. Hornik fragt, wer heßt denn — und das ist für die ganze Aufmachung da drüben bezeichnend — möchte ich Ihnen ein Zirkular nur auszugsweise verlesen, das nicht während dieser Ereignisse oder nachher, sondern Anfangs Juli, also vorher, an alle Heimwehren und Schutzverbände hinausgegangen ist; dieses sagt (liest): „Deshalb bleibt den Sozialdemokraten nur ein Ausweg laut Linzer Programm vom August 1926 und das ist die Gewalt.“ Das ist die dümmste Verheißung. Zur Durchführung dieser Gewalt, die wir angeblich erreichen wollen, dienen nach diesem Pamphlet alle unsere Organisationen, die hier weiter verzeichnet werden. Und Sie reden davon, daß wir heßen. Wenn wir das, was Sie in Ihren Tageszeitungen und solchen Zirkularen hinausgeben, sammeln würden, würden nur Sie den Namen Heßerparlei verdienen. (Rufe bei der Einheitsliste: „Das ist eine Gemeinheit!“) Es tut weh, wenn man das verliest. Unter dem Titel „Kritik“ heißt es dann, natürlich wenn wir ans Ruder kommen (liest): „Jede Kritik an Regierungsform und Regierungsverfügungen würde mit den strengsten Strafen geahndet werden.“ (Hornik: „Bei uns mußte man den Mund halten!“)

Unter dem Titel „Religion“, das Empfindlichste des Volkes am flachen Lande steht hier (liest): „Nach dem sozialdemokratischen Programm würden die Kinder den Eltern weggenommen und vom Staate erzogen werden. Jede religiöse Erziehung, welche die Grundlage für Sittlichkeit, Ordnung und Recht ist, würde verboten sein.“ Sehen Sie, das ist eine Heßerei (Widerspruch der Einheitsliste.), und das war vor diesen Ereignissen. (Zwischenruf Gaf.)

Unter dem Titel „Rechte“ heißt es (liest): „Unter der roten Diktatur hat der Besitzer und Bauer keine Rechte, keine Ruhe, keine Freiheit und keinen Wohlstand.“ (Dr. Hübler: „Stimmt, das ist richtig!“) Herr Landesrat Hübler, wenn Sie sich mit diesem dummen Schreiben und mit den Heterieen des „Tagblattes“, die so ähnlich sind, identifizieren, dann Herr Kollege, läßt sich mit Ihnen über solche Dinge, auch wenn Sie Professor sind, nicht mehr reden. (Zwischenruf Dr. Hübler.) Eine dümmere, gewissenlosere Aufwiegelung als diese gibt es nicht. (Widerspruch der Einheitsliste. — Lärm. — Psfortner: „Das nennt sich Professor!“ — Leichin: „Politischer Analphabet!“ — Gatz: „Bei Ihnen nützt der Nürnberger Trichter auch nicht!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich mache aufmerksam, daß die Redezeit von 20 Minuten längst abgelaufen ist. (Zwischenruf: „Der Hornik hat sie auch nicht eingehalten.“ — Hornik: „Ich habe sie genau eingehalten!“)

Oberzaucher (fortfahrend): Ich werde mich bemühen, zum Schlusse zu kommen. Ich kann ja nicht laufend über die Dinge sprechen, weil ich von der Gegenseite fortwährend gestört werde. Aber wir haben ja eine eigene Anfrage an den Herrn Landeshauptmann eingebracht, weil wir uns ja auf Grund der Erfahrungen unsere Auffassung über die Gesetzwidrigkeiten gebildet haben, über die Terrorfälle, die auf der anderen Seite verübt wurden. Wir werden noch Gelegenheit haben, auf einzelne Dinge zu sprechen zu kommen, die so interessant sind, daß sie in diesem hohen Hause besprochen werden müssen.

Ich möchte nur noch kurz sagen, daß der Herr Landeshauptmann in seiner Erwiderung erklärt hat, daß durch die Maßnahmen, die wir getroffen haben, daß durch den Streik Leben und Sicherheit der Bewohner gefährdet wurde. Ich muß dazu schon erklären, daß niemand von uns bewaffnet wurde, daß wir niemand am Leben bedroht haben. Wir werden noch darauf zu sprechen kommen, wer die Bewaffnung in diesem Lande gefördert hat und durch welche Maßnahmen wir bald an den Rand des Verderbens, bis zum Bürgerkrieg gebracht worden sind. Das wird noch in unserer dringlichen Anfrage bewiesen und besprochen werden.

Jetzt möchte ich nur sagen, daß wir ebenfalls anklagen. Wir klagen an, daß die schwächliche Haltung des Landeshauptmannes in der Frage der Bewaffnung der Heimwehren, die schwächliche Haltung gegenüber den Terrorakten, die aktive Beteiligung der Offiziere der Gendarmerie und der Bezirkshauptleute geeignet waren, das Leben und die Sicherheit der Bewohner dieses Staates und sogar den Bestand der Republik zu gefährden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ing. Winkler: Hoher Landtag! Obwohl nach unserer Auffassung die Sozialdemokratie an vielem von dem, was sich ereignet hat, schuld ist, müssen wir es heute erleben, daß der Hauptsprecher dieser Partei eigentlich zum Angriff gegenüber jene geht, die auch in den letzten Tagen zur freigewählten Regierung, zur

Verfassung und zu den Gesetzen gestanden sind. Auch der Landbund hat schon während der kritischen Tage offen und rückhaltlos zu den Ereignissen Stellung genommen und sich vorbehaltlos auf die Seite der freigewählten Regierung gestellt und seine ganze Kraft der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Stadt und Land gewidmet, um unter allen Umständen den unvermeidlich scheinenden Bürgerkrieg abzuwenden. Im Mittelpunkt der Diskussion steht immer wieder die Schuldfrage. Der unmittelbare Anlaß war der Urteilspruch der Wiener Geschworenen im Prozesse wegen der Schattendorfer Vorfälle. Man mag ein Verständnis dafür haben, daß ein solcher Schuldspruch Erregung auslöst. Es haben die Verdikte der Geschworenen in der letzten Zeit überhaupt große Verwunderung im Rechtsempfinden der Bevölkerung hervorgerufen und wir müssen feststellen, daß dieser demokratischen Justizpflege große Mängel anhaften, und wir sind sehr gerne bereit, mitzuwirken, daß eine Reform dieser Art von Gerichtsbarkeit eintritt, indem wir an Stelle der Geschworenengerichte erweitere Schöffengerichte, sowie im Deutschen Reiche, setzen. Die Sozialdemokratie, die diese Geschworenengerichte als einen Fortschritt in der Demokratie immer wieder bezeichnet hat, hat daher eigentlich keine Ursache, von einer Empörung in diesem Falle in so besonderem Maße zu sprechen, weil es Geschworene waren und gerade Geschworene des Volkes, wenn man die Liste der Geschworenen durchsieht, die ein solches Urteil in dieser Frage gefällt haben. Es muß aber auch festgestellt werden, daß mittelbar zweifellos die ununterbrochene Agitation, der unveröhnliche Klassenkampf, der Klassenhaß — dies zeigt insbesondere die „Arbeiterzeitung“ vom 15. Juli, am Morgen der Ereignisse, wo den Arbeitern die Empörung schon serviert wurde — sicher zu dem sehr viel beigetragen hat. Es erscheint uns sicher vor allem notwendig, im Interesse der Republik, daß gegenüber der Zügellosigkeit der Publizistik eingeschritten werde. Es handelt sich da nicht bloß um die sozialdemokratische Presse, sondern auch um die verheerende Journalistik des „Abend“ und der „Roten Fahne“, die sich nach Herzenslust austoben, die die Menschen aufheizen und aufpeitschen, ohne daß die Staatsautorität eingeschritten wäre. Meine Herren! Man war an diesem schwarzen Freitag der Meinung, daß es sich um eine sozialdemokratische Demonstration handle, wie sich solche ja sehr oft in Wien abspielen, Wien marschiert ja in bezug auf Demonstrationen an der Spitze aller Hauptstädte der Welt und die Wiener Bevölkerung, die Polizei und Regierung haben diese Demonstrationen nicht immer sehr fraglich genommen. Diesmal aber hat sich gezeigt, daß diese Demonstration, daß dieser Zulauf aus den Fabriken, regellos und ordnungslos war, wie man es sonst bei sozialdemokratischen Organisationen nicht gewohnt ist. Da müssen wir feststellen, daß gerade an diesem Tage die Demonstration in die Führung der Kommunisten und des großstädtischen Gesindels gelangt ist und die sozialdemokratischen Arbeiter sich dieser Führung angeschlossen haben, und es ist außerordentlich bedauerlich an diesen Ereignissen, daß die sozialdemokratische Führung im entscheidenden Augenblicke die

Herrschaft über die Massen verloren hat. Die Polizei, sie wurde ja auch überrascht, war eine Minderheit, sie stand in ganz kleinen Patrouillen an den wichtigsten Stationen der inneren Stadt, und als die große Menge zunächst in das Parlament und in die Universität eindringen wollte, ist es im letzten Augenblicke gelungen, diese Menge abzu-
drängen. Wir können uns lebhaft vorstellen, was die entmenschte Horde von Demonstranten in diesem Augenblicke mit den Abgeordneten aller Parteien an-
gerichtet hätte, es wäre kein Lebender aus diesem Parlamente herausgekommen, wenn nicht berittene Polizei, es hat sich nur um Minuten gehandelt, recht-
zeitig die Säuberung des Platzes vor dem Parlamente durchgeführt hätte. Nun hat Herr Landesrat B e r z a u c h e r versucht, und ich muß sagen, das verstehe ich nicht, von einer edlen Gefühlsverletzung zu sprechen, von einem spontanen Ausbruch der Volksleidenschaft und gleichzeitig von einem brutalen Eingreifen der
Polizei. Wenn wir nun die amtlichen Berichte ver-
folgen, die auf Grund der chronologischen Darstellung der Ereignisse vorliegen, so müssen wir feststellen, daß
erstens die Polizei erst dann bewaffnet wurde, als der Republikanische Schutzbund nicht imstande war, die
Feuerlöschaktion der städtischen Feuerwehr beim Justizpalais zu ermöglichen, als selbst die Versuche der republikanischen Bürgermeisters S e i ß und des Herrn
D e u t s c h fehlschlügen, daß die Schläuche durch-
schnitten wurden, um die Löschaktion zu verhindern, als die Polizei eine bestialische Behandlung mit Eisen-
stangen, Steinen erdulden mußte. Das war in unseren Augen keine politische Demonstration, das war eine
Horde von Mordbrennern, von Plünderern und Tot-
schlägern. Meine Herren, die Polizei hat eine unge-
heure Geduld aufgebracht, die Tatsachen beweisen es, und ich stelle es unter Beweis, daß in den ersten zwei
Stunden im Allgemeinen Krankenhause nur Polizisten aufgenommen wurden (B e r z a u c h e r: „Der Be-
weis wird Ihnen schwer fallen!“), ich stelle dies unter
Beweis, mit anderen Worten, daß die Polizei der an-
gegriffene Teil war und daß die Demonstranten die
Angreifer gegen die Polizei in der Wachstube
in der Lichtenfelsgasse waren und dort ganz
besonders unmenschlich vorgegangen sind. Erst
wie man gesehen hat, daß es sich nicht um
eine Demonstration handelt, sondern daß die
Agitation während der Demonstration immer mehr
Auswüchse zeigte und das Justizpalais einfach ver-
wüstet, mit Benzin und Pechfackeln in Brand gesteckt
wurde, erst dann ist die Polizei eingeschritten, und da
frage ich Sie, ob es nicht im Interesse der Republik
und des Staates gelegen war, daß die Polizei dann
mit den schärfsten Mitteln eingegriffen hat. Ich be-
haupte, die Polizei hat zu spät eingegriffen, die Opfer
wären geringer gewesen, wenn sie von Haus aus mit
größerer Energie eingesetzt hätte, dann wären nicht
über 1000 Verwundete zu beklagen. Ich behaupte aber
weiter, wenn S e i ß seine Zustimmung rechtzeitig
gegeben hätte, daß die Wehrmacht eingesetzt wird, um
als Assistent unterstützend der Polizei zur Seite zu
stehen, dann würde es auch niemals zu dem ungeheuren
Umfang dieser Katastrophe gekommen sein. Wir müssen

daher mit aller Energie, mit allem, was uns heilig ist,
die fortwährenden Beschuldigungen der Polizei, daß
sie brutal und entmenscht gegen die Demonstranten
vorgegangen sei, zurückweisen (Rufe: „Sehr richtig!“),
weil das Gegenteil zu verzeichnen ist. Ich sage und ich
spreche namens der Mehrheit des Landtages, wir
müssen der Polizei für ihr geduldiges, bewunderns-
wertes Ausharern im Interesse der Ruhe und Ordnung
dieses Staates unseren Dank aussprechen. (Lebhafter
Beifall bei der Einheitsliste und dem Landbund.)
Meine Herren, was uns aber eigentlich als Re-
publikaner geschnitten hat, war die Tatsache, daß eine
so starke republikanische Partei, wie die Sozialdemo-
katie, sich mit diesen Demonstranten solidarisch erklärt
hat. Das haben wir nicht verstanden. Die Demon-
stration, die gegen die Republik, gegen die Ruhe und
Ordnung, gegen die Disziplin in der Republik auftritt,
die findet den besten Schutz in jener Partei, die immer
vorgibt, die Republik in erster Linie schützen zu wollen.
(Rufe: „So ist es!“) Es hat ein hervorragender sozial-
demokratischer Berliner, Dr. S t i m p e r, der Chef-
redakteur des „Vorwärts“, gesagt: „In einer demo-
kratischen Republik sind revolutionäre Demonstrationen
Kontrarevolutionen, das heißt sie sind reaktionär.“
Und es ist so, weil sie die Grundlage der Republik,
die Verfassung, erschüttern. (H o r n i k: „Sie wollen
keine Republik, sie wollen die Diktatur!“) Es hat uns
alle, die wir an Österreich mit Liebe hängen, mit Ent-
setzen erfüllt, daß an diesem kritischen Tage die Ge-
werkschaftskommission und die sozialdemokratische
Parteileitung so weit gegangen sind, die katastrophale
Lage des Staates noch dadurch zu verschärfen, daß der
Generallstreik proklamiert wurde. Der Generallstreik
hatte in meinen Augen in jenen Tagen die Bedeutung
der offenen Revolte und Revolution, denn er zer-
trümmerte die Maßnahmen, die im Interesse der Re-
publik lebensnotwendig waren, er zerriß die Fäden der
Ordnung der Staatsmaschine. Der Verkehrsstreik im
besonderen war gegen die Republik gerichtet und muß
als solcher gewertet werden. Er war ein Verbrechen an
der Republik. Wir haben immer die Auffassung ver-
treten, daß Staatsangestellte, für deren Alimentation
das ganze Volk einstehen muß, kein Recht auf Streik
haben. (B e r z a u c h e r: „Das passiert Ihnen!“) Der
Streik der Staats- und öffentlichen Angestellten ist
Hochverrat an der Republik. Dieser Hochverrat an der
Republik hat jene Empörung, jene leidenschaftliche
Gegenaktion hervorgerufen, deren Träger unser
Heimatschutz und die Heimwehr war. Es hat der
Autorität der bürgerlichen und bürgerlichen Führer
dieser Parteien bedurft, um die Massen zurückzuhalten,
die bereit waren, gegen diese stündlichen Verbrechen,
die der Verkehrsstreik dargestellt hat und die durch
den Verkehrsstreik geübt worden sind, mit dem Aus-
druck des heiligen Volkszornes aufzutreten. Es ist
dieser Zurückhaltung zu danken, daß es nicht zum
Bürgerkriege gekommen ist. Wir müssen heute sagen,
daß wir tatsächlich das Spiel mit dem glimmenden
Feuer, das uns immer geboten wird, vollständig satt
haben. Die Geduldprobe, die fortwährend von der Be-
völkerung, soweit sie nicht in die Gewerkschafts-
kommission eingegliedert ist, verlangt wird, ist eine

ungeheure, und ich muß sagen, daß die Methode, die fortwährend angewendet wird, bei weiterer Fortsetzung zu einer Zerschung, zu einem Zerfall des Staates führen muß. Was wird unter diesen Umständen aus Österreich werden? Es wird vielleicht imstande sein, die Proletariatsdiktatur in Wien zu erreichen, aber das wird zur Folge haben, daß Sie eine bürgerliche, bürgerliche Diktatur in den Ländern provozieren, und weiters, daß dieser Staat eine fremde Besetzung bekommt oder daß es zur Aufteilung unter die Nationalstaaten kommt. (Oberzaucher: „Von Diktatur sprechen Sie, aber nicht wir!“) Sie sprechen nicht, aber Sie erstreben sie, das ist der große Unterschied. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Der Verkehrsstreik ist doch nichts anderes, als eine verhüllte Diktatur. (Zwischenruf: „Die Heimwehr, was ist das?“) Die Heimwehr, der Heimatschutz sind lediglich eine Defensivorganisation (Wolf: „Lauter Säuglinge!“), sie sind eine Organisation der Verteidigung, welche die Aufgabe hat, wenn wirklich unser Staat und unser Land in den Grundfesten bedroht sind, der Regierung und den staatlichen Formationen zur Seite zu stehen. (Oberzaucher: „Solange es dem Staate paßt!“) Wir haben zwar bisher immer nur eine bürgerliche Regierung gehabt, aber die Sozialisten haben regiert, und wenn es diesmal umgekehrt war, daß einzigmal, daß ein Streik, ein Verkehrsstreik, eine Offensive, bedingungslos zusammengebrochen ist ... (Jira: „Geben Sie sich keiner Täuschung hin!“) Wir verstehen schon, daß Sie von einer Niederlage ungern sprechen, daß es ein schwarzer Tag für Sie war. Selbst Dr. Eisler mußte es zugeben, den Sie nicht verleugnen werden. (Oberzaucher: „Er hat nur gemeint, für Wien war es ein schwarzer Tag!“) Sie müssen zugeben, daß tatsächlich diesmal das Ansehen der sozialdemokratischen Partei eine wesentliche Einbuße erlitten hat, nicht nur in den Augen jener Bevölkerungsschichten, die Ihnen gegnerisch gegenüberstehen, sondern auch in den Augen ihrer eigenen, im Machtdünkel lebenden Mitglieder, die jetzt einmal auf Granit gebissen haben. Wir sollten doch angesichts dieser Verhältnisse, angesichts dieser traurigen Ereignisse in Wien, die Konsequenzen beiderseits ziehen. Wir wollen die Garantie haben, daß sich derlei in Österreich nicht mehr ereignet. Wir wollen Bestrafung der Schuldigen an den Plünderungen. (Rosenwirth: „Pfrimer und Konsorten!“) Die haben nichts verbrochen. Von einer Amnestie kann im Interesse der Republik keine Rede sein; denn es muß einmal ein Exempel statuiert werden, da es nicht angeht, daß das Staatseigentum, die Sicherheit des Lebens für vogelfrei erklärt werde, weil es einigen Kommunisten in den Kram paßt. Wir sind der Meinung, daß künftighin ein Verkehrsstreik bei staatlichen, also öffentlichen Körperschaften, wie Post, Eisenbahn, Telegraph und Telephon, absolut unterbunden werden muß. (Rufe: „Sehr richtig!“) Es geht nicht an, daß es sich eine Klasse des Staates und unseres Volkes anmaßt, über Staatseigentum allein zu verfügen. Die Staatsbetriebe gehören dem ganzen Volke. Über ihre Verwendung entscheidet die freigewählte, auf demokratischer Grundlage zustande gekommene Regierung. (Ober-

zaucher: „Die Bündler in der Pose der Gesetzeschüßer!“ — Wolf: „Steuerstreik, das geht!“) Wir glauben daher, daß es notwendig ist, daß angesichts der ungeheuren Opfer, angesichts der Herabsetzung der Republik im Ansehen der ganzen Welt, alle Menschen und Bürger dieses Staates daraus eine Lehre ziehen müssen, daß es nicht angeht, so wie es in der Tat geschehen ist, von Unversöhnlichkeit zu reden, wo wir die Solidarität aller Bürger dieses Staates im Interesse des Aufbaues des Staates notwendig brauchen. (Wolf: „Solange die einen kuschen müssen!“) Ich habe noch nicht bemerkt, daß man seit 1918 von einem Kuschen in diesem Staate reden könnte. Wir würden uns auch einer Regierung unterordnen, wenn sie auf demokratischer Basis zustande gekommen ist, wenn Sie diese Mehrheit der Regierung darstellen würden. Wir sind eben Demokraten im wahrsten Sinne des Wortes. (Oberzaucher: „Das müssen Sie dem Pfrimer und dem Pistor schreiben!“) Wir hätten es alle also notwendig, daraus die eiserne Lehre zu ziehen, den Haß abzubauen, die staatliche Autorität zu stärken und sie nicht fortwährend zu untergraben. Nur in der Stärkung der Staatsautorität liegt die sichere Zukunft, die Sicherheit unseres Staates und unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Auft: Hohes Haus! Es gibt Menschen, die immer nur den Splitter im Auge des Nächsten sehen und darüber den Balken im eigenen Auge verpassen. So angenehme Zeitgenossen, auf die dieser Spruch paßt, sind meine Herren Vorredner von der Rechten und von der Mitte des hohen Hauses. Wenn Herr Abg. Hornik mit dem Brusttone der Überzeugung zum Ausdruck brachte, daß nur vollste Selbstverleugnung und Selbstüberwindung der bürgerlichen Kreise es vermochte, ein Blutvergießen in diesem Lande Steiermark zu verhindern, so möchte ich feststellen, daß diese Selbstverleugnung und Selbstüberwindung auch in unseren Kreisen zu finden war, und daß wir viel Selbstverleugnung aufbringen mußten, um allen Provokationen auf der Gegenseite mit ruhigem Blute gegenüberstehen zu können. Wir haben Gelegenheit gehabt, im oberen Murtale diese Heimwehren und Heimatschutzverbändler, für welche heute ein so schöner Ton des Lobes angeschlagen wird, in ihrer wahren Natürlichkeit sehen zu können, da man versucht hat, trotz des Alkoholverbotes die Begeisterung unter diesen Bauernknechten mit Schnaps, Bier und Wein aufzufrischen. In Obersteiermark war das Alkoholverbot verlaublich, aber schon an der Front, in Grönhübel, eine Viertelfstunde vom Sitze der Bezirkshauptmannschaft, hat man mit Alkohol unter den Heimatschutzverbändlern Begeisterung geschaffen (Widerspruch der Einheitsliste), die auf unserer Seite Selbstverleugnung und Selbstüberwindung notwendig machte. Wenn der Herr Kollege Winkler der Meinung ist, daß gerade die Heimwehren als Defensivorgane ihre ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellen, daß es diesen Heimwehren zu danken ist, daß der Bürgerkrieg vermieden wurde, so möchte ich dem hohen Hause auf Grund konkreter Tatsachen das Gegenteil beweisen, den Nachweis erbringen, daß diese Selbstverleugnung auf unserer Seite war und daß in dem

Gebiete, von dem ich spreche, das ich aus eigener Anschauung kennenlernen konnte, auf der Gegenseite das Bestreben zu verzeichnen war, den Bürgerkrieg heraufzubeschwören, den Marsch nach Wien und Graz anzutreten, um endlich einmal mit diesem roten Gesindel aufräumen zu können. (Hornik: „Wann?“) Um 2 Uhr früh von Freitag auf Samstag sind Doktor Pfrimer und ein gewisser Oberinspektor Meißner gemeinsam hinausgewandert — das ist durch Zeugen erwiesen —, um das ganze obere Murtal für den Heimatschutz zu mobilisieren. Damals hat man noch nicht gewußt, was sich in Wien abgespielt hat; davon konnte man in Judenburg noch keine Kenntnis haben, daß um halb 9 Uhr vormittags Abg. Hornik bei der Bezirkshauptmannschaft in Bruck mit seinem Exekutivkomitee angeblich vergewaltigt werden wird. 7 Stunden früher wurde der Heimatschutz von Doktor Pfrimer und Oberinspektor Meißner aufgegeben. Sie sind mit Kraftwagen hinausgefahren in die Gebiete des Heimatschutzes. (Zwischenruf Hornik.) Unsere Arbeit hat darin bestanden, die erbärmlichen Hejereien des Heimatschutzverbandes ins rechte Licht zu setzen. Wir haben unser Bestreben darauf gerichtet, den verheßten Bauern die Augen zu öffnen, denen man vormacht, daß das Bestreben im Schutzbunde dahingeht, die Bauern zu brandschätzen und ihnen den roten Hahn aufs Dach zu setzen. (Zwischenrufe.) Wir haben Beweise genug, daß man mit diesen Argumenten den Heimatschutzverband zusammenbrachte; denn der obersteirische Bauer ist schwerfällig, hat kein Verständnis für Gewalt, und ist nur dann auf die Beine zu bringen, wenn man ihn mit so erbärmlichen Lügen herausholt und ihm begreiflich macht, daß die Sozialdemokraten nichts anderes beabsichtigen, als den Bauern noch das letzte Stück Vieh wegzutreiben. Was hat man in Neumarkt gemacht? Man hat erklärt, daß die Sozialdemokraten den Polizisten in Wien die Augen ausstechen und alle möglichen Schandtaten verüben, damit man den Heimatschutzverband auf die Beine bringt.

Nach diesen Feststellungen, die Ihnen beweisen sollen, daß letzten Endes nicht bloß in Bruck von unserer Seite, sondern auch in diesen Gegenden, von denen ich spreche, Gewaltakte von Ihrer Seite zu verzeichnen waren und dort Zustände aufgeschieben sind zu einer Zeit schon, wo man von Bruck nichts wußte, wird es wohl begreiflich erscheinen, daß auf unserer Seite kaltes Blut und nüchterner Verstand notwendig waren, um diesen Provokationen von anderer Seite nicht mit einer entsprechenden Antwort kommen zu müssen. In Judenburg haben wir bei der Gendarmerie einen Oberinspektor, der auf den Namen Meißner hört. Man hat ihm aus allen möglichen Kreisen Vertrauenskundgebungen zugehen lassen, und zwar deshalb... (Hornik: „Das paßt Ihnen nicht!“) Das ist uns gleichgültig. Diese Vertrauenskundgebungen waren bestellte Arbeit. Man muß diesen Mann stützen, wenn man ihm vielleicht letzten Endes für seine Verfassungsbrüche, für seine Eigenmächtigkeit, für seine Brutalität, für seinen Hohn und Zynismus zur Rechenschaft ziehen könnte. Der Herr Landeshauptmann muß die Möglichkeit haben, wieder einmal

erklären zu können, der Mann hat Fehler gemacht, aber das Bürgertum steht hinter diesem Meißner. Auch für diesen Oberinspektor Meißner bestehen gesetzliche Vorschriften, über die er sich aber einfach lächelnd hinwegsetzt. Er kümmert sich auch nicht um die politischen Beamten. Er hat am Samstag früh den gesamten Heimatschutzverband des oberen Murtales als bewaffnete Gendarmerieassistenten aufgebieten und hat dafür Sorge getragen, daß an diese Waffen ausgeteilt wurden, er hat dafür Sorge getragen, daß dieser zusammengezogene Heimatschutzverband für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem oberen Murtale, wo es keine Ordnung aufrechtzuerhalten gab, Sorge tragen mußte. Jeder einzelne war mit einem neuen Mannlichergewehr ausgerüstet. (Hornik: „Die hat der Meißner ausgegeben? Diesen Beweis werden Sie schuldig bleiben!“) Das habe ich nicht erklärt. (Zwischenrufe: „Sie haben gesagt, daß der Meißner auch Waffen ausgegeben hat!“) Ich habe erklärt, daß der Herr Meißner Waffen ausgeben ließ. (Leichin: „Das ist in Leibniz genau so geschehen!“) Man hat nicht feststellen können, an wieviel Heimatschutzbündler er Waffen ausgegeben hat, und ich bin überzeugt, daß die größere Anzahl dieser Waffen bereits im Besitze dieser Heimatschutzverbände waren. Aber das nicht allein. Wir haben auch 18 Maschinengewehre in diesem Gebiet festgestellt und wissen nicht, wie viele Maschinengewehre vielleicht noch unseren Augen verborgen waren. (Hornik: „In Bruck stehen 15!“) Herr Kollege Hornik, Sie werden keinen einzigen Schutzbündler mit einem Gewehr oder Bajonett getroffen haben. (Hornik: „Aber mir hat man sie zum Kaufe angeboten!“) In der Meinung vielleicht, daß Sie sich ohnehin einen Mannlicher nicht anzugreifen getrauen. (Hornik: „Das ist sehr schwach!“) Jedenfalls ist der Unterschied zwischen der Ausrüstung der Heimatschutzverbände und des Republikanischen Schutzbundes recht deutlich aufzuzeigen. Wenn einzelne von den republikanischen Schutzbündlern einen Spazierstock oder einen Ochsenziemer genommen haben, wie das in Bruck der Fall war, dann wird ein Geschrei gemacht und die „Neue freie Presse“ schreibt einen zwei Seiten langen Artikel; daß aber im oberen Murtale alles ausgerüstet ist mit Mannlicher- und Maschinengewehren, vielleicht auch mit Kanonen, davon wird nicht gesprochen. Meißner getraut sich, diese bewaffnete Macht als Gendarmerieassistenten anzusprechen. Ich weiß nicht, ob der Herr Landeshauptmann diese Verfügung seines Beamten decken wird, jedenfalls hat der Bezirkshauptmann von Judenburg die Deckung für diese Eigenmächtigkeit des Herrn Oberinspektors Meißner rundweg abgelehnt. (Machold: „Auch der Herr Landeshauptmann hat verfassungsmäßig nicht das Recht dazu!“) Er hat erklärt, daß Meißner auf eigene Faust diese Assistenten aufgerufen habe. Natürlich erklärt dieser bei allen Verhandlungen: „Ich habe das gemacht, ich werde auch die Verantwortung tragen!“, weil er schon weiß, daß er nicht zur Verantwortung gezogen wird, weil er weiß, daß alle Fehler, die er bisher machte, von einer christlich-sozialen Mehrheit und vom Herrn Landeshaupt-

manne toleriert werden. Das ist der Mann, der schon früher einmal erklärt hat, daß er auf „Rotwild“ schießen werde. Der Mann hat damals keine Nase bekommen und wird jetzt wahrscheinlich eine Anerkennung von seiner vorgesetzten Behörde einziehen können. Der Herr Oberinspektor Meißner erklärt nie, daß er für die Gendarmerie spreche, sondern er spricht immer per wir, meint also, daß Gendarmerie und der Heimatschutzverband identisch sind. Er hat sich nicht entblödet — und das war sicherlich eine Dummheit —, beim Abzuge der Heimatschutzbündler eine Rede zu halten und dabei zu erklären, die Sozialdemokraten sind ein Gewürm, dem man den Kopf zerknicken muß. Das erklärt der öffentliche Beamte des Herrn Landeshauptmannes, der Herr Oberinspektor Meißner, weil er genau weiß, daß er sich alles erlauben kann, weil für ihn keine Verantwortung und kein Staatsanwalt notwendig sind. Nach dem Staatsanwalt ruft man nur beim Abg. Wallisch. Für andere, für die man auch den Staatsanwalt rufen sollte, tut man das nicht, und ich werde Ihnen noch mehrere solcher Zeitgenossen vor Augen führen, für die man nach dem Staatsanwalt rufen könnte. Die vergißt man aber, und für die hat man dann Anerkennungen, Belobungen und Auszeichnungen. Es ist wirklich eine merkwürdige Erscheinung, daß in der bürgerlichen Presse von allen diesen Übergriffen des Heimatschutzverbandes und der Gendarmerie während dieser Tage kein Wort zu lesen war, trotzdem im oberen Murtales eine Reihe von Dienstverletzungen schwerster Natur zu beobachten war, die es begreiflich machen würden, daß die bürgerliche Presse mit der gleichen Offenheit wie die sozialdemokratische Presse gewiß unangenehme Erscheinungen dieser Sturmzüge feststellt; darüber aber kein Wort. Ist das, was Gendarmerie und Heimatschutz da oben gemacht haben, eine Selbstverständlichkeit? Weil es angeblich nur Abwehr der Angriffe des Republikanischen Schutzbundes war, daher ist es eine Selbstverständlichkeit für alle, die diese Übergriffe der Gendarmerie und des Heimatschutzverbandes beobachten konnten. Man kritisiert, daß Passierscheine ausgegeben wurden, daß man die durchfahrenden Autos aufgehalten hat, was aber dem Kollegen Gsöllner passiert ist, wird er Ihnen wohl selber noch schildern; es ist Ihnen vielleicht auch schon bekannt, was ihm passiert ist. Das war oben die Regel. Auch dort hat man alle Autos aufgehalten, viele zurückgeschickt und nicht passieren lassen, und wenn eines passieren durfte, wurde ein Passierschein ausgestellt, auf welchem der Stationskommandant des Heimatschutzes unterschrieben war, dazu das Gemeindesiegel und die Unterschrift des Bürgermeisters. Das ist geschehen bei den Heimatschutzverbänden, wo keine Gefahr bestand, daß vielleicht der Republikanische Schutzbund seine Waffen transportieren wird. Es ist selbstverständlich, daß der Republikanische Schutzbund in einzelnen Orten Autos angehalten hat, um nach Waffen zu suchen. Das ist aber erklärlich, wenn man weiß, daß der Heimatschutz des ganzen Ennstales aufgerufen war, wenn man weiß, daß zwischen oberem Murtal und Ennstal eine rege Autoverbindung hergestellt war und das Bedürfnis bestanden hat, Waffentransporte aus dem Ennstale

ins obere Murtal durchzuführen. Aus dem Grunde hat man Autos angehalten, um zu verhindern, daß die Heimatschutzbündler durch unser Gebiet hindurch Waffen austauschen.

In Neumarkt gibt es eine Rettungsabteilung mit einem Auto. Dieses Rettungsauto ist vier Tage und Nächte in Diensten des Heimatschutzes gestanden und durch den unausgesetzten Transport von Heimatschützern ist es heiß gelaufen, so daß die Kugellager und Achsen erneuert werden müssen. Es ist also ein bedeutender Kostenaufwand notwendig, der aus öffentlichen Mitteln gedeckt wird. Das ist aber wieder eine Selbstverständlichkeit, Herr Kollege Hornik, weil mit diesem Auto Heimatschützer befördert wurden.

In Scheifling hat sich der Heimatschutz besonders bemerkbar gemacht, angeblich deshalb, weil 7 Eisenbahner, nicht 70, wie in den Zeitungen stand, nach Scheifling gekommen sind, um Nachschau zu halten, ob in dieser Station die Weisungen der Streikleitung der Eisenbahner eingehalten werden. Das war der Anlaß, um den Heimatschutz zu mobilisieren. Merkwürdigerweise sind dann 60, nicht 50, wie in der Zeitung stand, Heimatschutzverbändler in 5 Minuten vollbewaffnet zur Verfügung gestanden, um für den raschen Abtransport dieser 7 Eisenbahner Sorge tragen zu können.

In diesem Scheifling ist unglücklicherweise auch ein sozialdemokratischer Oberlehrer stationiert. Während dieser Zeit hat es in Scheifling gebrannt und der Bürgermeister hat es notwendig gehabt, den Oberlehrer der Brandstiftung zu verdächtigen (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Unerhört!“) und ihm einen Brief zu schreiben, daß er in der Schule nichts mehr zu suchen habe. Man hat den Oberlehrer am Leben bedroht und hat ihm erklärt, daß man ihn erschlagen werde, wenn er nicht rasch den Ort verlasse. Die Drohenden waren betrunkene Heimwehrmänner, die sich gerade auf dem Rückmarsche aus dem Kriegsgebiete bei ein paar Fäßchen Bier, die auf dem Hauptplatze in Scheifling angeschlagen waren, gütlich getan hatten. In Scheifling gibt es auch einen Gendarmeriekommandanten, Inspektor Hofnik, der offen erklärt hat, der erste Brand war ein politischer, wenn ein zweiter oder dritter Brand ausbrechen sollte, so erkläre ich, daß bei jedem Brande zwei Menschen verschwinden werden. Wir können uns nicht anders helfen, wir müssen gegen euch so vorgehen, das erklärt der öffentliche Beamte der Gendarmerie, Inspektor Hofnik in Scheifling. (Hornik: „Zu wem hat er das gesagt?“) Wir werden gegebenen Falles für die notwendigen Zeugen Sorge tragen. Augenblicklich ist es noch gefährlich, denn in Scheifling patrouillieren noch Heimatschutzverbändler mit Gewehr und Bajonett auf, und da haben sie unsere Eisenbahner, die gestreikt haben, mit dem Erschlagen bedroht. (Hornik: „Und Sie machen das mit den Nichtstreikenden!“) Das ist vollständig erlogen, Herr Kollege, denn es besteht ein Protokoll, daß diese Gerichtsbeamten freiwillig diesem Ansuchen des Abg. Wallisch Folge geleistet haben. Meine Damen und Herren! Der Feuerwehrhauptmann, der diese Löschaktion geleitet hat, hat zu dem Oberlehrer

gemeint, Sie sind der geistige Urheber dieses Brandes. Der Feuerwehrhauptmann, er hört auf den Namen Scharfner, erklärte, auch Sie, Herr Oberlehrer, werden sich verantworten müssen für das, was da wieder geschehen ist, Sie sind der geistige Urheber dieses Brandes. Das sind die Vorkommnisse in diesem Gebiete, die man für selbstverständlich findet, weil für dieses Gebiet eine Erregung begreiflich war. Der Verkehrsstreik wird als Grund angeführt, und da kann man ohne weiteres solche Vorkommnisse tolerieren.

Der Bürgermeister von Pöls, er hört auf den Namen Otti, ist mit einem Motorrad von Pöls nach Judenburg gefahren. Man hat ihn aufgehalten, ihm das Bajonett an die Brust gesetzt und ihn gezwungen, vom Motorrad zu steigen und ihn einer Untersuchung unterzogen. Das war in der Nähe von Talheim, auch in einem Gebiete, wo keine Gefahr für die Heimatschutzverbändler bestanden hätte.

In Neumarkt hat man sich auch in recht ausgiebiger Weise auf den Kampf mit den Sozi vorbereitet und eine Anzahl von Mitgliedern des Heimatschutzes hatte die Aufgabe, die Kugelspitzen abzuseilen, um Dumdumgeschosse herzustellen. (Rufe bei der Einheitsliste: „Beweise!“) Wir werden Ihnen die Namen von Bauernknechten nennen, die uns das mitgeteilt haben, damit Ihr sie morgen erschlagt! (Widerspruch bei der Einheitsliste.) Die Beweise werden wir seinerzeit beibringen. Wir haben verschiedene Ereignisse, die sich dort abgespielt haben, miterlebt. In Knittelfeld haben wir einen Großkaufmann namens Hacker. Dieser hat unter anderem ein Maschinengewehr gehabt, hat dieses einfach auf ein Auto gepackt und ist damit in die Front nach Grünhübel eingerückt. Bei Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes haben Sie keine Waffen gefunden (Ing. Witznig: „Aber Taschenweibel!“), nicht einmal Taschenweibel, aber bei diesen Heimatschutzverbändlern ist es selbstverständlich, daß sie bewaffnet sind, daß sie sich mit Waffen alle Übergriffe erlauben, im trunkenen Zustande mit Waffen herummanipulieren, damit doch einmal ein Gewehr losgeht und ein Malheur fertig ist. Wir haben feststellen müssen, daß der Bezirksrichter von Neumarkt, Hofbauer, sich ebenfalls sehr eingehend für die Heimatschutzverbändler eingesetzt hat, daß er Kontrollen vorgenommen hat und daß auch von ihm Passierscheine aus diesem Gebiete unterschrieben sind. Das ist der Mann der Ordnung, das ist jener Mann im Bezirke, zu dem die gesamte Bevölkerung das notwendige Vertrauen aufbringen soll. Der kontrolliert, stellt Passierscheine aus, weil es notwendig wäre, alle möglichen Vorkehrungen für Ruhe und Ordnung zu treffen.

Meine Damen und Herren! Sie sehen aus diesen Feststellungen — ich könnte noch manches Beispiel anführen — daß es im oberen Murtales vielleicht auch sehr kritisch zugegangen ist, aber hier trifft das Gegenteil von dem zu, was der Herr Abg. Hornik für Bruck festgestellt hat. Auf der gegnerischen Seite wilde Angriffslust, die sicherlich von dem Bestreben ausging, mit diesen sozialdemokratischen Arbeitern von Judenburg, Johnsdorf, Zeltweg und Knittelfeld anzubandeln. Ich gebe zu, daß auch unter den Funktionären des Heimatschutzverbandes vernünftige Leute zu finden waren,

daß sie den Kopf oben behalten haben und daß sie bestrebt waren, diese Übergriffe, die in diesem Gebiete auf Seite der Gendarmerie und des Heimatschutzes zu verzeichnen waren, zu dämpfen und dafür Sorge zu tragen, daß die Elemente nicht aneinander geraten, aber ich meine, wenn hier im hohen Hause schon die Schuldfrage aufgeworfen wird, so läßt sich von unserer Seite sicherlich mit voller Berechtigung der Vorwurf erheben, daß auch die Bürgerlichen nichts unterlassen haben, diese Giftatmosphäre der letzten Tage für sich recht gründlich auszunützen. Wenn nun ein Zusammenstoß bei Judenburg, Pöls, Thalheim vermieden wurde, so ist das letzten Endes nicht ein Verdienst der Bürgerlichen, sondern ein Verdienst von unserer Seite. (Beifall der Sozialdemokraten.) Wir haben es zuwege gebracht, den Kopf hoch zu halten, wir haben die Überwindung, wie der Herr Abg. Hornik behauptet, wir haben die Selbstverleugnung aufgebracht, denn es war keine Kleinigkeit, in Industrieorten, wie ich sie aufgezählt habe, die Menschen zurückzuhalten, die von allen diesen Terrorakten und Ungeheuerlichkeiten eines Meißner und des Heimatschutzverbandes erfahren haben. Es hat in unserer Gegend viele gegeben, die für das Marschieren gewesen wären, die erklärt haben, wir lassen uns diese Herausforderung nicht länger gefallen, wir werden es dem wild gewordenen Heimatschutzverband zur Kenntnis bringen, daß die Industriearbeiterschaft des oberen Murtales auch auf der Welt ist. Der Herr Abg. Hornik stellt die Sache so dar, als ob das ganze Oberland sich verschworen hätte, um einigen Bürgern von Bruck das Leben sauer zu machen. Wir haben uns um die Vorkommnisse in Bruck nicht gekümmert (Hornik: „Das ist sehr traurig!“) — traurig, aber leider war keine Veranlassung dazu, sich zu kümmern — wir haben heute noch die Überzeugung, daß der Herr Abg. Hornik in Bruck ein bißchen Hosenzittern hatte und diese Erklärung abgegeben hat, von der Landesrat Oberzaucher gesprochen hat, wenn er sie heute auch als Verdrehung hinstellt. Letzten Endes sage ich offen, freiwillig war diese Erklärung nicht, sie war unter dem Einbrücke der Macht der anderen abgegeben. Es schaut immer merkwürdig aus, wenn man einmal etwas erklärt hat, daß man nicht Mannes genug ist, für diese Erklärung auch einzustehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch der Einheitsliste. — Leichin: „Feigheit!“) Die Feigheit beginnt erst dann, wenn ich für Worte, die ich gebraucht habe, nicht einsehe. Wenn Sie dort ein bißchen Angst gehabt haben, so würde ich das begreiflich finden und diese Angst sicherlich nicht mit Feigheit bezeichnen. Ich habe das Wort nicht gebraucht, aber weil Sie es gebraucht haben, so erkläre ich, daß die Feigheit erst in dem Momente beginnt, wo Sie Worte, die Sie freiwillig gesprochen haben, zur Beschönigung der ganzen Sache einfach in Albrede stellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es wurde des öfteren davon gesprochen, daß wir Sozialdemokraten die Diktatur wünschen. (Riemer: „So ist es!“) Nein, es ist nicht so! Wenn wir diese Diktatur in Österreich hätten haben wollen, hätten wir sie gemacht, als Sie noch alle hinter dem Ofen ge-

standen sind. (Widerspruch der Mehrheitsparteien. — Beifall der Sozialdemokraten. — Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Redner, die Redezeit ist bereits um 8 Minuten überschritten.

Aust (fortfahrend): Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. Wir hätten oft und oft in den ersten Umsturzjahren die Möglichkeit gehabt, in Österreich (Ing. W i s s a n g: „Da waren Sie noch auf der anderen Seite!“) Auf der Seite war ich nie, ich war immer an der richtigen Stelle, ich bin immer für die Interessen der Arbeiter eingetreten. Es ist nun einmal so, daß wir damals nicht das Bedürfnis hatten, für Österreich eine Diktatur des Proletariates zu wünschen (S o r n i k: „Aber heute!“) und vernünftig genug sind, heute erst recht keine zu wünschen. Auch wir sind für den Frieden, sind für die Versöhnlichkeit, von welcher der Herr Kollege W i n k l e r gesprochen hat, aber man muß es uns möglich machen, versöhnlich und friedlich zu sein. Wenn der Herr Kollege B i c h l schon durch einen Zwischenruf auf Donawitz verwiesen hat, dann hat er damit nur ein Beispiel herausgegriffen, warum es uns so schwer möglich ist, friedlich und versöhnlich zu sein, denn Sie wollen den Frieden damit erkaufen, daß Sie die Arbeiterschaft von Österreich zum Kuschen verdammen. Sie wollen den Frieden damit erkaufen, daß Sie unsere klassenbewußten Arbeiter wieder zu rückgratlosen Sklaven des Kapitals machen. So lange Sie Ihre Meinung in dieser Richtung nicht ändern und uns nicht auf einer anderen Basis die Hand zur Versöhnung bieten, so lange werden Sie es ertragen müssen, daß wir diesen Arbeitsmenschen immer wieder zum Bewußtsein bringen, daß das Bürgertum nicht den Frieden mit den Arbeitern, sondern die Gewalt gegen die Arbeiterschaft will, diese Gewalt, die immer dort ausgeübt wird, wo das Kapital am Werke und in der Macht ist, unterstützt von der bürgerlichen Regierung in Österreich. So lange wird es auch nicht möglich sein, zu einem Frieden zu kommen. Sie schreiben in Ihren Blättern, dem „Sonntagsbote“ usw. schöne Worte der Erbauung, des Friedens, des Christentums, aber praktisch wirkt sich dieses Christentum nicht aus. Sie benützen die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel immer wieder dazu, um in der klassenbewußten Arbeiterschaft Haß zu säen und wir müssen diesen uns aufgezwungenen Kampf aufnehmen, müssen dafür Sorge fragen, daß unsere Leute nicht kopflos werden, und diese Aufklärung nennen Sie Verhehlung. Wir haben für diese Tätigkeit einen anderen Begriff und meinen, daß Sie uns einmal in bezug auf die Versöhnung mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Wenn Sie das zustande bringen, dann werden Sie in uns Bundesgenossen finden, wir werden dann einen Weg wandeln, den wir im Interesse unserer Republik gemeinsam wandeln können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Döfling: In Steiermark und speziell in Obersteiermark haben wir Jahre hindurch Jahre der Missernte, der Viehabsakrise, welche unsere Bauern fast zugrunde gerichtet hat, und mit den Bauern den gesamten Gewerbe- und Handelsstand. Durch diese Verhältnisse, durch den ausgebliebenen Fremdenverkehr, ist es soweit gekommen, daß die Leute nicht mehr die

Steuern zahlen können, und gerade vor diesen Kra- wallen in Wien ist im Ennstale der Steuerrekutor von Haus zu Haus gegangen, um die Steuerkreuzer einzutreiben, weil die Leute nicht imstande sind, die Steuer aufzubringen. Wir können im oberen Ennstale reden von Schwerarbeitern, wir haben Bauern in den Gräben draußen, die 5 bis 6 und noch mehr Stunden bis zur nächsten Bahnstation haben, die stundenweit wo am Berge sind, die alles mit der Hand bearbeiten müssen, die Schwerarbeiter sind im vollsten Sinne des Wortes, die Tag und Nacht arbeiten müssen, damit sie ihr kümmerliches Brot haben. Nun, heuer ist endlich ein Lichtblick gekommen, es war eine etwas bessere Futterernte, und die Fremden aus dem Auslande sind heuer in größeren Scharen zu uns gekommen; das steirische Salzkammergut hatte eine Reihe von Fremden aus Deutschland, Holland, England, Amerika. Alles atmete auf, endlich ein Lichtblick, fremdes Geld wird hergebracht, die Landwirte bringen etwas ab von ihren Produkten, sie können wenigstens für die nächsten Monate etwas aufatmen. In derselben Zeit, wo dieser Lichtblick kommt, in das steirische Salzkammergut Fremde kommen, zu der Zeit, wo den Leuten die Steuern herausgepreßt werden, werden Millionenwerte in Wien vernichtet und Millionenwerte durch den Streik vergeudet. Durch Jahrzehnte zahlte die arme Bevölkerung des Ennstales in Obersteiermark nicht jene Steuern, jene Beträge ein, die die wenigen Tage vom 15. bis 17. Juli dem Staate gekostet haben. Nun, wundern Sie sich nicht, wenn die Bevölkerung, die ehrliche, landwirtschaftliche Bevölkerung, solche Verhältnisse als unerträglich empfindet, sie kann sie nicht mehr ertragen, denn unsere Leute arbeiten, während Ihre Leute streiken. Es hat nie einen Streik bei unseren Graben- und Bergbauern gegeben, die müssen schuften und rackern, damit sie nur ihr Auskommen finden, sie können nicht streiken, sie haben keinen Achtstundentag, für sie gilt die Arbeitszeit von frühmorgens bis spätabends. Es müssen sich unsere Bauern empören, wenn die Bahn für sie eingestellt wird, wenn sie aber sehen, daß republikanische Schutzbündler aus zwei oder drei Waggons herauschauen, die sie geführt haben, solche Verhältnisse können sie nicht mehr ertragen. Sie haben sich in eine Rolle hineingelegt, daß Sie kommandieren, diktieren, und haben geglaubt, daß die Bauern und Bürger ewig nachgeben werden, aber die Zeit ist um, ich kann Sie versichern, für uns ist dieser Zustand unerträglich. Es gibt keinen zweiten Generalstreik mehr auf jenen Gebieten, die für die Öffentlichkeit da sind. Mit welchem Rechte maßt sich der Republikanische Schutzbund an, daß er Funktionen von Behörden übernommen hat, er hat kein Recht dazu (Zwischenruf: „Wo ist das geschehen!“), und die haben gerade die Gegenmaßnahmen ausgelöst. Wenn Sie es wissen wollen, so kann ich es Ihnen sagen: in Rottenmann und Selzthal. (Zwischenruf: „In Betriebe sind sie gekommen, wo sie nichts zu suchen hatten!“) In Selzthal und Haus wurde jeder Motorfahrer von halbwüchsigen Burschen visitiert. Wenn da nun Gegenmaßnahmen eingetreten sind, so haben Sie dieselben provoziert, oder glauben Sie, daß wir uns hinstellen und warten

werden, bis Sie uns die Schädel einschlagen, das können Sie nicht verlangen. Wenn in einem Zwischenruf „Haus“ genannt wird, so muß ich sagen, wir wissen, daß es gut vorbereitet war, und mit gutem Recht, das würde Ihnen passen, wenn wir mit ver- schränkten Armen zuschauen würden, wie Sie über uns herfallen. Sie haben im Ernst die Eisenbahn- beamten von ihrer Pflicht abgehalten, haben sie ab- geseht, ist das noch ein geordnetes Staatswesen oder ist das nicht offene Revolution? Und wenn wir uns diesen Beamten zur Seite stellen, so ist das unsere Pflicht, und wir werden uns von niemandem davon abhalten lassen. Die heurige Saison 1927 — es ist ja notwendig, bei Besprechung dieser Angelegenheit auch die wirtschaftliche Seite zu besprechen — ist fast voll- ständig vernichtet, der Schade nicht wieder gut zu machen. Wenn dies irgend ein Herr lächerlich findet, so ist dies tief bedauerlich, daß ihn nicht mehr Sach- kenntnis und nicht mehr Empfinden leitet. Unsere Be- völkerung besteht nicht nur aus Gewerbetreibenden, Gastwirten, Tausende von Arbeitern sind in Aufsee beschäftigt und auch Ihre Leute sind aufs schwerste ge- troffen durch Ihre verschiedenen Machinationen. Daher frage ich noch einmal, mit welchem Rechte kann der Schutzbund alle Betriebe besetzen, mit welchem Rechte besetzt er Bahn und Post, mit welchem Rechte hat er in Aufsee, einem internationalen Kurorte, derartige Vorkommnisse provoziert? (L e i c h n : „Was denn?“) Sie haben vor den Fremden demonstriert, Sie haben Krawalle inszeniert, so daß sich die Fremden sagen mußten, sie brauchen nicht zu uns zu kommen, wenn solche Vorkommnisse bei uns herrschen. Ich spreche hier im Namen der gesamten ehrlich arbeitenden und bodenständigen Bevölkerung, ohne Unterschied der Klasse, wir verurteilen diese Vorkommnisse auf das allerentschiedenste, Sie können hundertmal in den Tisch hineinhammern, wir verurteilen sie, weil dadurch ein Ver- brechen an unserer Volkswirtschaft begangen worden ist. Ich kann Sie versichern, das lassen wir uns nicht mehr gefallen, und nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir allen Ihren Angriffen künftighin die energischste Abwehr entgegenzusetzen werden.

Gföller : Der Herr Abg. Hornik hat seine Aus- führungen eingeleitet mit den Worten: „Ich klage an.“ Der Unterschied zwischen den Ausführungen meines Parteigenossen A u f t und jenen des Herrn Abg. Hornik hat nun im wesentlichen darin be- standen, daß Herr Abg. Hornik seine Rede einge- stellt hat nach den Richtlinien „ich klage an“ und Kollege A u f t auf „ich stelle fest“. Ich glaube, schon daraus geht hervor, wie fragisch die Klagen von der einen Seite zu nehmen sind, wenn auf der anderen Seite Feststellungen erfolgen können, und ich möchte diese Feststellungen noch um einiges aus eigener An- schauung ergänzen. Herr Kollege Hornik hat eine Rede gehalten, nach der man füglich sagen kann, daß die Einheitspartei bestrebt ist, sich dadurch zu ver- teidigen, daß sie einfach den Spieß umkehrt. In Wirk- lichkeit ist es so gewesen, daß der Landeshauptmann von Steiermark die Pflicht gehabt hätte, die legal be- waffneten Exekutivorgane aufzubieten und die illegal bewaffneten Wehren aufzulösen. In Wirklichkeit hätte

der Landeshauptmann Anlaß gehabt, vorzugehen gegen die Heimwehren, die friedliche Bürger des Staates überfallen haben. Es nimmt sich daher einiger- maßen merkwürdig aus, daß gerade die Vertreter der Einheitsliste, welchen diese illegalen Formationen sehr nahesteht, es wagen, hier mit einer Anklage gegen- über uns zu kommen, denen man nicht in einem einzigen Falle nachweisen könnte, daß wir eine illegale Bewaffnung vorgenommen hätten. Frau Abg. M i - k o l a hätte jederzeit Gelegenheit gehabt, sich selbst davon zu überzeugen, daß unsere Schutzbündler voll- ständig unbewaffnet gewesen sind, genau so, wie jeder andere Angehörige des Bürgertums Gelegenheit ge- habt hat, feststellen zu können, daß beim Schutzbund auch nicht eine Waffe zu finden ist. Es hat ja Herr Abg. W i z a n y durch einen Zwischenruf selbst be- zeugt, daß beim Schutzbund eine Bewaffnung nicht vorgekommen ist, weil er selbst den Schutzbund als einen Taschenweibelverein bezeichnet hat, der lediglich Taschenweibel als Waffen hat. Wir sind stolz darauf, daß man dem Schutzbund diesen Vorwurf macht, weil er beweist, daß sich die hinter dem Schutzbund Stehen- den ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung bewußt sind und ein solches Spielen mit Waffen nicht zulassen, wie es von Ihnen nahestehenden Formationen gespielt worden ist.

Ich stelle nun fest, ich habe in den kritischen Tagen eine Reise nach Klagenfurt zu machen gehabt, um den Klagenfurtern Nachrichten geben zu können. Ich habe bei dieser Reise allerdings feststellen müssen, daß ich auch von Schutzbündlern angehalten worden bin, aber auf vollständig friedliche Art, und, Frau Abgeordnete, ich habe mich durchaus nicht immer legitimieren müssen, es hat vollständig genügt, wenn die Leute gesehen haben, daß sich im Auto keine Waffen befunden haben. (H o r n i k : „Man hat Sie gekannt!“) Man hat mich nicht gekannt! Aber die Situation ist eine andere geworden, als St. Georgen und Unzmarkt passiert war. Ich meine, wenn in anderen Gegenden nicht mehr gewesen wäre, als in St. Georgen und Unz- markt, so würde dies zu erfragen gewesen sein, und würde wahrscheinlich kein Mensch daran Anstand nehmen, daß in dieser Zeit so etwas vorgekommen ist, denn die Leute von St. Georgen und Unzmarkt haben nichts anderes gemacht als andere Leute des Schutzbundes, sie haben lediglich gefragt, was los sei, haben sich unterrichten lassen und man konnte anstandslos weiterfahren. Aber anders ist die Lage geworden, wenn man gegen das vielgenannte Scheifling gekommen ist, der Autolenker konnte nicht scharf genug bremsen, um nicht, ohne es zu wollen, in eine Schar von mit Kara- binern bewaffneten Heimwehrleuten hineinzufahren. Das war nicht so friedlich, wie es in Zwischenrufen darzustellen versucht wird, sondern die Gewehre, die sich in Händen von Leuten befanden, von denen man nicht weiß, ob sie überhaupt mit Waffen umzugehen verstehen, waren unmittelbar gegen die Insassen des Autos gerichtet, und unter Drohungen mit den Mann- lichermündungen mußte man mit dem Kommandanten verhandeln, ob man im freien Österreich auf der Straße fahren dürfe. Unter Drohungen der Mannlicher wurde auch die Legitimation verlangt, und selbst nach

der Legitimierung wurde mir schon bei der Hinfahrt vom Kommandanten erklärt, daß ich nicht durchkommen werde, daß ich mir das nicht einbilden dürfe, und wenn er mich durchlasse, so nur, weil ich ohnedies bei nächster Gelegenheit wieder zurückgeschickt werde. Erst nach längeren Unterhandlungen, die ich mit dem Manne gepflogen habe, war es möglich, ihm begreiflich zu machen, daß die Heimwehr durchaus keine Einbuße erleiden werde dadurch, daß ich Nachrichten nach Kärnten bringe, das von der Welt abgeschnitten war. Schon am Ortsausgange von Scheifling wurden wir wieder aufgehalten, und es sprang ein Heimwehrmann auf das Auto. Wir mußten ihn eine kurze Strecke mitführen und von dort wieder einen Heimatschützler nach Neumarkt mitführen. Sie können sich vorstellen, daß mir daran gelegen war, meine Mission zu vollführen, und daß ich daher diesem Begehren, das nicht höflich vorgebracht wurde, entsprochen habe. Wir haben es dann auch nur dem Umstande zu verdanken gehabt, daß dieser Heimatschützler vom Auto in Neumarkt abgestiegen ist, daß die Heimwehr in Neumarkt unser Auto weiterpassieren ließ, weil sie der Meinung war, daß das Auto von ihnen sei, weil ein Heimatschützler vom Auto herunterstieg. Wie wir nach Kärnten kamen, war Friesach die nächste Station, wo wieder die Straße mit einem Schlagbaum abgesperrt war, und zwei bewaffnete Heimatschützler sich damit begnügten, das Auto zu durchsuchen. Auf dem Rückwege war es anders. In Neumarkt gelang es uns noch, durchzukommen, in Scheifling war es unmöglich. In dem Augenblicke, als sie das Auto gehört haben, wurde schon das Kommando zur Straßenabsperzung gegeben, und es waren vier oder sechs oder mehr Heimatschützler, die die Straße mit vorgehaltenem Gewehr abgesperrt hielten. Zur Zeit, als ich dort war, waren vielleicht sechs oder acht Autos inzwischen angehalten worden, deren jedes in derselben Form von Heimatschützlern angehalten worden ist. Immer erst nach ausreichender Legitimation war es den Betroffenen möglich, ihre Reise weiter fortzusetzen. Mir wurde sowohl in der Früh als auch zu Mittag auf der Rückkehr durch Scheifling vor allem bedeutet, daß ich einen Passierschein vom Heimatschutzkommando Judenburg haben mußte, wenn ich durchkommen wolle. Das hat der Heimatwehrmann allerdings in der Form verlangt, daß er gemeint hat, ich muß einen „Paß“ haben. Ich habe versucht, den Mann aufzuklären, daß in Österreich doch kein Paß nötig sei, um die Straße benutzen dürfen, und daß niemand in Österreich das Recht hat, einen Paß zu verlangen. Darauf hat er dann gemeint, ja, einen Passierschein vom Heimatschutzkommando, ohne diesen komme niemand durch. Als der Mann mit mir nicht fertig wurde, hat er den Kommandanten gerufen; der kam und wollte neuerdings haben, daß ich mich legitimieren solle. Ich habe das von Anfang an auch dem Kommandanten gegenüber abgelehnt mit der Begründung, daß wir nicht im Feindesland seien und daß ich diese bewaffnete Aktion gegen friedliche Staatsbürger überhaupt nicht verstehen könne. Erst nach einer längeren Auseinandersetzung, als sich der Heimatschutzmann nach wiederholten Verhandlungen legitimiert hat, habe ich mich herbeigelassen mit der

Erklärung, daß ich dazu nicht verpflichtet bin, sondern daß ich das freiwillig tue, mich zu legitimieren. Der Heimatwehrmann wies sich aus mit einer vorgedruckten Ausweiskarte, überschrieben: „Verband der Heimatschutzvereine Steiermarks“, ausgestellt auf den Namen eines gewissen Kogler aus Schönberg bei Scheifling, unterschrieben in Faksimile „Dr. Pfrimmer“ und noch ein anderer Funktionär des Heimatschutzverbandes von Steiermark. Als ich mich legitimiert hatte, war ich der Meinung, nun werde ich doch endlich meine Heimreise fortsetzen können. Ich hatte mit sehr geirrt; in dem Augenblicke, als der Kommandant den Namen „Gföller“ und „Abgeordneter“ las, fing ein Indianergeheul an, daß sie endlich den Abg. Gföller hätten, den sie schon so lange suchten, weil er ohnedies schon in der Nacht durchgefahren sei. Sofort eine förmliche Verstärkung der Sperrkette über die Straße, ein Umringen des Autos von Bewaffneten, als ob der unbewaffnete Gföller, der Krüppel Gföller, ihnen irgendwie durchgehen könne. Ich darf auch nicht behaupten, daß Heimatwehrleute zu den höflichen Leuten gehören, ich muß gestehen, daß in dieser Situation die allerunangenehmsten Drohungen von Seite der bewaffneten, zu einem Großteil besoffenen Heimwehrmännern ausgestoßen worden sind. Ich habe schließlich nach der Gendarmerie verlangt und habe aufmerksam gemacht, daß lediglich die Gendarmerie als offizielles legales Exekutivorgan das Recht hätte, mir Vorschriften zu machen. Die Heimatschützler haben es unterlassen, die Gendarmerie zu ihrem Schutze herbeizurufen, und es blieb nichts übrig, als mit dem Auto selbst die Gendarmerie mit Hilfe eines besonnenen Menschen zu suchen. Ich habe bei der Gendarmerie sowohl die Anzeige erstattet, daß ich von bewaffneten Zivilisten auf der Straße überfallen wurde, als auch die Gendarmerie um Alffizienz ersucht, damit ich meine Reise fortsetzen könne. Ich bin, da der Gendarm nicht zu bewegen war, ins Auto einzusteigen, wieder mit dem Auto auf die Straße gefahren, wurde wieder mit Geheul der angesammelten Heimatschützler empfangen, mit Verhöhnungen, wo denn die Gendarmerie sei, und daß ich auch mit der Gendarmerie nicht durchkäme, sondern daß der Gföller in Scheifling dableiben müsse, und daß er sich nicht einbilden dürfe, daß er durchkomme, vielleicht deshalb, weil er Abgeordneter sei, den kennen sie schon, das ist so ein Heßer, der von Graz herausträme, um die Leute aufzuheizen; sie werden schon zeigen, wer der Heimatschutz sei, nun sei die Gelegenheit gekommen, um mit diesem Gföller einmal abzurechnen. Man könnte sagen, wenn es nüchterne Menschen wären, daß die Drohungen nicht ernst zu nehmen wären, aber es muß leider festgestellt werden, daß vielleicht die Hälfte der Heimatschützler im alkoholisierten Zustande war, und daß man bei einem besoffenen Menschen nie weiß, was er mit einem geladenen Gewehr anrichten kann, umsomehr, wenn er sich zu diesen Drohungen versteigt, die vorgekommen sind. Einer von diesen Heimatschützern sprang dann vor das Auto und repetierte das Gewehr, und dann kam er an die andere Seite des Wagens mit den Worten: „Ah, das ist der Gföller, Sie haben mich

einmal im „Arbeiterwille“ verrissen und haben im Landtage über mich geredet und meinen Namen genannt, endlich habe ich Sie kennengelernt, das ist mir sehr recht, vielleicht habe ich Gelegenheit, mit Gföller abzurechnen, und gleich hatte er Gelegenheit, es mir zu zeigen, was es heißt, die Landwirtschaftskasse zu verteidigen. Letzten Endes kam heraus, daß der Mann einen persönlichen Haß auf die Sozialdemokraten deshalb hat, weil wir bisher für die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter gekämpft haben. Nun war es mir nicht möglich, in Scheifling durchzukommen. (M u c h i t s c h: „Was hat der Gendarmerieposten gesagt?“) Als der Gendarm kam und versuchte, sowohl den Kommandanten als auch den Absperroffposten zu belehren, daß sie nicht das Recht hätten, irgend jemanden aufzuhalten, war dieser Versuch vergeblich. Der Gendarm kam mit der Meldung, daß es unmöglich sei, ich müsse selbst einsehen, er habe getan, was er könne, aber er sei nicht in der Lage, mir freien Durchzug zu verschaffen. (M u c h i t s c h: „Die staatliche Exekutive!“) Ich muß objektiv zugeben, daß die zwei Gendarmen, die dort waren, wirklich ihr Möglichstes getan haben, daß es ihnen aber nicht möglich war, gegen die erregte und bewaffnete Menge den Durchgang zu erzwingen. Ich bin überzeugt, nach dem Eindrucke, den ich dort gehabt habe, daß der Gendarm, wenn er energisch gegen die Leute vorgegangen wäre, unter Umständen sich der Gefahr des Lynchens ausgesetzt hätte. Als ich nun sah, daß es auch mit Hilfe der staatlichen Exekutivorgane nicht möglich sei, auf der steirischen Straße zu reisen, habe ich mich an den sogenannten Kommandanten dieser Heimwehr gewendet und von ihm verlangt, er möge mich zu einem seiner höheren Kommanden gehen lassen, damit ich mit diesen Leuten reden kann. Das hat er vor allem abgelehnt und hat erklärt, mir müßten die Scheiflinger Heimwehrleute gut genug sein, mir helfe nichts, ich müsse dableiben in Scheifling, bis der Bahnverkehr gehe, dann werden wir Sie vielleicht auslassen. Nachdem einige um das Auto „Geißel“ geschrien haben, haben sie doch einige Vernunft angenommen, und der Kommandant ist zur Überzeugung gekommen (Zwischenruf: „In Bruck waren keine Geißeln?“), daß man zwar staatlichen Exekutivorganen nicht Folge leisten müsse, daß man aber doch seinem eigenen Heimwehrkommando schließlich Folge leisten müsse, und daß man diesem eigenen Heimwehrkommando Gelegenheit geben müsse, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Nun endlich wurde mir gestattet, nach Neumarkt zu fahren, wo sich das höhere Kommando befand. Aber es wäre unmöglich gewesen, daran zu denken, selber hinzufahren. Es wurden zwei bewaffnete Begleitpersonen bestimmt, und erst nach einem heftigen Streit ist es mir überhaupt gestattet worden, rückwärts sitzen zu bleiben und nicht vorne beim Chauffeur sitzen zu müssen, weil sie Angst gehabt haben, daß ihnen ein Invalider noch aus dem Auto davonspringen könnte. Nach vielen Vorstellungen war es möglich, zu erreichen, daß sie sich damit begnügten, daß neben mir und dem Chauffeur je einer mit dem aufgepflanzten Gewehr im Auto sitzen blieb. So bin ich in waffenstrophender Heimwehrbegleitung nach Neumarkt

zum Kommando gefahren. Das Kommando in Neumarkt befand sich nicht vielleicht in irgend einem Privatlöke oder im Vereinslöke der Heimwehr, sondern das Kommando der Heimwehr in Neumarkt befand sich in der Gemeindeganzlei, und als ich nach langer Zeit des Wartens auf den Kommandanten endlich in die Gemeindeganzlei sozusagen zugelassen wurde, da war der Herr Bürgermeister G e i g e r der erste, der sich mir dort vorgestellt hatte. Aber der Herr Bürgermeister G e i g e r hatte scheinbar in seiner eigenen Gemeindeganzlei nicht sehr viel zu reden, sondern herum standen eine Anzahl von sogenannten Führern oder Kommandanten des Heimwehrverbandes, und nach einiger Zeit kam dann der Höchstkommmandierende der Heimwehr von Neumarkt sehr dienstlich und sehr wichtig und fragte, ob ich der Abg. G f ö l l e r sei; und als ich mich dann legitimierte mit meiner Legitimation, meinte auch dieser Kommandant: „Es wird kaum möglich sein, daß Sie durchkommen,“ und es wird wenig Zweck haben, wenn er mir einen Passierschein ausstellt, weil ich ja doch überall bis Graz keine Ruhe haben werde, weil ich überall wieder aufgehalten werde. Genau so, als ob von vornherein eine Verständigung an alle Heimwehrposten ergangen wäre, daß der G f ö l l e r nicht durchzulassen sei. Als ich dann dem Heimwehrkommandanten erklärte, daß es mir genüge, wenn er mir einen Passierschein so weit ausstellt, als er dazu das Recht habe, erst dann wurde mir ein Passierschein nach Grönhübel ausgestellt, nach welchem mir „die freie Fahrt bis Grönhübel bewilligt“ wurde und „woselbst sich der Obgenannte zu melden hat“. Nun bin ich von Neumarkt mit bewaffneter Heimwehr im Auto, damit ich nicht flüchten könne, damit ja die Autorität des Heimwehrverbandes gewahrt wird, gegen die die Autorität der staatlichen Behörden, dank der Schwachheit des Herrn Landeshauptmannes, ein reines Kinderspiel war, wieder nach Scheifling gekommen. Ich kam also in dieser Begleitung der Heimwehr neuerdings nach Scheifling. Neuerdings Geschrei, neuerdings ein Aufruhr, neuerdings wird die Straße mit den Mannlichen gesperrt, und ein Geheul, daß sie sich das auch vom Kommandanten nicht gefallen lassen werden und sie mich trotz Kommando nicht durchlassen werden, und erst, als meine Begleitpersonen, die mich ursprünglich bis Grönhübel begleiten sollten, die es aber unter dem Eindrucke der Ereignisse vorgezogen haben, sich ablösen zu lassen, erst als diese Begleitpersonen des langen mit dem Kommandanten über den Passierschein geredet haben, hat der alkoholisierte Kommandant, ich glaube mich zu erinnern, daß er als Herr R i e g l e r bezeichnet worden ist, dann doch gemeint, man müsse den Befehl doch befolgen, aber wir werden dafür sorgen, daß er in Grönhübel bleibt, und es kam der Mann, der es mit den gesetzlichen Vorschriften für die Krankenversicherung nicht sehr ernst nimmt und erklärte, da müsse er mitfahren, denn er habe mit dem G f ö l l e r noch eine Abrechnung zu halten. Der besoffene Heimschützler setzte sich mit dem Kommandanten hinter uns in Auto, und in dieser angenehmen Situation sind wir nach Grönhübel gekommen, wo uns eröffnet wurde, daß nunmehr „die Strecke frei“ sei, da es ohnehin von

Grünhübel durch ganz Steiermark bis Graz keine Heimatschutzbündler mehr gegeben hat.

Ich nehme diese Angelegenheit persönlich selbstverständlich von der heiteren Seite, aber, meine Damen und Herren, wenn ich sie als Staatsbürger betrachte, dann hat diese Angelegenheit eine sehr ernste Seite, denn sie beweist, daß in unruhigen Zeiten im Oberlande, wo Pfriemer haust, der Herr Landeshauptmann sich nichts zu reden getraut. Denn sonst würde es nicht möglich sein, daß sich ein bewaffneter Haufen von Zivilisten herausnimmt, Staatsbürger mit der Waffe in der Hand aufzuhalten und zu bedrohen, und Sie, meine sehr Verehrten, Sie reden von Bruck. Was ist in Bruck geschehen?

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, ich mache Sie aufmerksam, daß die Redezeit bereits um 5 Minuten überschritten ist.

Gföller (fortfahrend): Ich komme sofort zu Ende. Das, was in Bruck geschehen ist, besteht darin, daß einer von uns unangebrachte, übertriebene Redensarten gebraucht hat, es besteht darin, daß unsererseits Bürger friedlich nach Waffen abgesucht wurden. Ich gebe zu, daß auch der Schutzbund nicht das Recht hatte, Autos anzuhalten, wenn Sie aber die Parallele ziehen zwischen dem, was der Schutzbund getan hat und zwischen dem, was geschehen ist in Leibnitz und Scheifling, müssen Sie sich eingestehen, nicht wir, sondern die Einheitsliste gehört auf die Anklagebank (Widerspruch bei der Einheitsliste), weil sie zum Gefangenen der bewaffneten Heimwehr von Steiermark geworden ist. Ich möchte nur noch sagen, daß meine Angaben bestätigt werden durch die, die ein privater Großkaufmann, ein Parteigegner, an die „Arbeiter-Zeitung“ über seine Anhaltung in Scheifling geschickt hat, und es wäre weiter zu sagen, daß ich auch der Meinung bin, daß der Wunsch nach Versöhnung, nach anständigerer Art des Austragens der politischen Gegensätze solange vergeblich bleibt, solange ein Abg. Witzany und ein Abg. Gartner Ihre eigenen Parteiführer durch Zwischenrufe Lügen strafen. Landesrat Winkler hat in seiner Rede von der Versöhnung gesprochen und davon, daß die Heimwehren nur die Aufgabe der Verteidigung hätten. Gartner hat sich bemüht gefühlt, einem unserer Parteigenossen zuzurufen, daß ihn die Heimwehrekommendanten schon fangen werden, und Abg. Witzany hat gemeint, der Schutzbund sei zu feig, um für eine Diktatur zu rüsten, das heißt diese beiden Abgeordneten beklagen es, daß es nicht zu Gewaltmaßnahmen bei uns kommt. Wir schämen uns dessen nicht, wir halten das für einen Ruhmestitel unserer Partei, daß wir zu viel Verantwortungsgefühl haben, um an irgend jemanden in der schweren Zeit Waffen auszugeben. Mag es ein Besoffener sein oder wer immer, wenn einmal der sagenhafte erste Schuß gefallen ist, ist der Augenblick da, dann treten die Folgen ein, die wir in Wien gesehen haben und die wir alle zu beklagen haben, und da sind wir stolz darauf, wenn wir uns an die Seite jener stellen, die von vornherein das Unglück zu verhüten suchen. Wenn Sie uns das als Feigheit auslegen, so möchte ich sagen: Es gehört

ein größerer Mut dazu, sich gegen erregte Menschen zu wenden, eine große Bewaffnung zu verhindern, als einem Haufen irreführter Menschen nachzugeben und ihnen die Waffen noch nachzuwerfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Riegler: Hohes Haus! Es war sicher anzunehmen, daß das Abenteuer des Herrn Abg. Gföller in Scheifling und Neumarkt heute hier zur Sprache kommen wird. Ich habe es mir auch angelegen sein lassen, mich ein wenig über diese Sache zu informieren. (Aust: „Kommandant Riegler!“ — Wolf: „Vielleicht Ihr Schwiegersohn, Herr Landesrat?“ — Zwischenruf Oberzaucher.) Das ist richtig, es ist mein Sohn, Herr Landesrat Oberzaucher. Ich habe keine Ursache, dies zu verheimlichen. Er hat im Kriege seinen Mann gestellt und stellt ihn auch im Frieden. (Zwischenrufe.) Lassen Sie mich jetzt reden. Die Ausführungen des Herrn Abg. Gföller, die im Anfangsstadium und bis zum Schlusse ruhig verlaufen sind, und während er gesagt hat, daß er die Sache für sich von der heiteren Seite nimmt, werden Sie mir doch auch gestatten, ein wenig auf die Feststellungen der Herren Abg. Gföller und Aust in dieser Sache zu erwidern. Sie werden nicht übersehen dürfen und können, daß der Generalstreik eine Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen hat. Was war in Scheifling im besonderen? Ich frage Sie, ist das in Ordnung, daß ein Stationsdiener und ein Oberbauarbeiter den Stationsvorstand zwingen wollten, ihnen die Station zu übergeben und ihnen die Stationskanzlei zur Verfügung zu stellen? Und weil der Stationsvorstand diesem Ansinnen nicht Rechnung getragen hat, hat man tatsächlich den Republikanischen Schutzbund mit der Eisenbahn in Scheifling von Knittelfeld aus anrollen lassen. Der ganzen übrigen Bevölkerung hat man es unmöglich gemacht, mit der Eisenbahn verkehren zu dürfen, der Republikanische Schutzbund hat aber fahren können, und zwar nicht nur nach Scheifling, sondern auch nach Fürstenfeld und Hartberg ist er gefahren. Da frage ich, ist die Eisenbahn nur für die Sozialdemokraten da, ist sie nicht öffentliches Gut, das allen gehört, haben nur die Schutzbündler-Eisenbahner das Recht zu fahren? Und wie diese Schutzbündler angerollt sind, hat die Heimwehr erklärt, der Bahnhof in Scheifling wird von den Schutzbündern nicht besetzt. Wenn dann Nachrichten gekommen sind, die Eisenbahner haben eben Nachrichten bekommen und der Vorstand in Scheifling war so vernünftig und hat den anderen Leuten auch mitgeteilt, was auf der Eisenbahn telegraphiert wurde, und wie bekannt wurde, es sind 500 Schutzbündler im Anzuge, hat sich der Heimatschutz gerüstet und hat erklärt: „Was haben 500 Schutzbündler in Scheifling zu suchen?“ Durch die Unterbindung des Nachrichtendienstes sind die unglaublichsten Gerüchte verbreitet worden. So hat man in Scheifling verbreitet, der Bundeskanzler Seipel ist ermordet und zahlreiche Politiker sind umgebracht worden, Vizkanzler Hartleb ist schwer verwundet. Das hat man in Scheifling gesagt. Da finden Sie es vielleicht doch begreiflich, daß eine Erregung unter der Bevölkerung eingetreten ist. (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „In

Bruck finden Sie es nicht begreiflich!") In Bruck waren der Abg. Wallisch und die übrigen Herrschaften sicher so unterrichtet, wie Sie es alle mehr oder weniger waren. Nur wir haben nichts erfahren, nichts wissen dürfen.

Was der Herr Abg. Gföller so im allgemeinen von seinem Abenteuer erzählt hat, ist ziemlich richtig, aber eines hat er doch nicht gesagt. Wie er zum zweiten Male in Scheifling angehalten worden ist, hat man ihm gesagt, lieber Herr Abgeordneter, Sie werden sich bequemen müssen, solange in Scheifling zu bleiben, bis der Verkehr wieder offen ist, damit Sie es auch spüren, wie es den anderen Reisenden ergangen ist, die irgendwo hängen geblieben sind. Und mit Rücksicht auf den Umstand, daß die ganze Bevölkerung weiß, daß die Sozialdemokraten es gewesen sind, die den Streik inszeniert und herbeigeführt haben, was wunder, wenn einige Leute sich gedacht haben, jetzt lassen wir es dem Sozialdemokraten selbst spüren, daß er nicht weiterkommt. Wenn der Herr Abg. Gföller sagt, er habe die Aufgabe gehabt, nach Kärnten zu fahren, um die Kärntner zu unterrichten über die Vorgänge, so hat der Herr Abg. Gföller ja selbst im „Arbeiterwille“ geschrieben, wie er in Scheifling angekommen sei, habe er den Kommandanten beruhigt dadurch, daß er ihm ein Paket Zeitungen gegeben habe. Nun, was war das? Mitteilungen des „Arbeiterwille“. Diese Mitteilungen sollten dazu dienen, die Bevölkerung in Obersteiermark und Kärnten über die Vorfälle aufzuklären, von denen wir schon damals wußten, daß das Gegenteil von dem mitgeteilt wurde, was tatsächlich gewesen ist?

Es ist heute vom Herrn Abg. Aulf so schön gesprochen worden von der Offenheit der sozialdemokratischen Presse. Übrigens können wir uns heute für die Offenheit bedanken, wenn wir wissen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ und der „Arbeiterwille“ in den letzten Tagen justament das Gegenteil von dem geschrieben haben, was in Wirklichkeit war. Es ist daher eine gewagte Sache, hier von Offenheit zu sprechen.

Der Herr Abg. Gföller hat uns das Märchen erzählt, in Neumarkt hätten die Heimatschutzbündler den Auftrag gehabt, die Geschosse abzuweisen; wer das erfunden hat, das weiß ich nicht. (Aulf: „Das habe ich gesagt!") Wenn die Herren Abg. Aulf und Gföller immer von den besoffenen Heimatschutzbündlern sprechen, so sage ich, daß es bei ihm die Aufregung mit sich gebracht hat, daß der Abg. Gföller der Meinung war, alles um ihn herum ist besoffen. Und wenn gesagt worden ist, den Abg. Gföller muß man zur Besinnung bringen, weil er öffentlich im Landtage geäußert hat, gegen die Bauern muß man losgehen — von einer Gefahr kann man wirklich nicht sprechen —, ist die Erregung erklärlich. Sie sind unbehellig geblieben, 3 Stunden sind Sie aufgehalten worden als Gegendemonstration, daß die Leute nicht mit der Eisenbahn fahren können. Sehen Sie, gar so schrecklich und entsetzlich ist die Sache nicht, wie der Herr Abg. Gföller sie geschildert hat. Sind wir froh, daß es uns bei all dem, was sich ereignet hat, gelungen ist, die Ruhe und Ordnung aufrechtzu-

erhalten, und wenn der Herr Abg. Gföller bei seiner Reise 3 Stunden mehr verbracht hat, das größte Unglück wird es nicht sein. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Oberzaucher: Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler hat sich mit dem Stationsvorstand von Scheifling beschäftigt. Wir haben auch Berichte aus Scheifling und wissen, daß es in Scheifling gar keine Bedrohung und keine Gewalt gegeben hat, sondern daß die Angestellten der Station vom Stationsvorstande lediglich verlangt haben, er wolle ihnen das an sie gerichtete Telegramm ausfolgen. Freilich war das Telegramm ein Streiktelegramm, aber nichtsdestoweniger war es ein Telegramm, an die Angestellten gerichtet; der Stationsvorstand hatte die Pflicht, ein an eine bestimmte Person gerichtetes Telegramm auszufolgen. (Zwischenrufe: „Es war doch Streik!“ — „Gleiches Recht für alle!“) Ich bitte, es hat jeder Staatsbürger das Recht, Telegramme zu empfangen, die an ihn gerichtet sind (Zingl: „Wir haben tagelang warten müssen!“), auch wenn Ihnen der Inhalt nicht recht ist. Ob die Staatsangestellten, die Eisenbahnangestellten usw. streiken dürfen oder nicht, darüber zu entscheiden haben gottlob nicht Sie. (Zwischenruf: „Sondern der Tomshik!“)

Weiter sagt der Herr Kollege Riegler, daß der „Arbeiterwille“ das Gegenteil von dem schreibt, was eigentlich war. (Riegler: „Über die Wiener Verhältnisse schon!“) Verehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wenn Sie jemals, vielleicht unbewußt, die Unwahrheit gesprochen haben, so sicher jetzt, denn das, was in unseren Zeitungen an konkreten, objektiven Darstellungen über die ganzen Vorfälle geschrieben wird, entspricht den Tatsachen. (Riegler: „Sinnförmlich der Wiener Vorfälle nicht!“) Ich kann Ihnen an der Hand von Flugschriften, die von Ihren Leuten stammen, aus dieser Zeit beweisen, wie Sie und die bei Ihnen stehenden Heimwehrkommandanten usw. es mit der Wahrheit halten, wie Sie verheßt haben, wie Sie ganz bedenkenlos Leute, die nichts wissen, zu Handlungen veranlassen, die das allergrößte Unglück für unseren Staat und für die Bevölkerung bedeuten würden. Da steht zum Beispiel unter dem Titel „In Wien Standrecht, die Regierung Herr der Lage.“ Herausgabe des „Ennstaler Boten“. Es ist kein sozialdemokratisches Blatt, ich bitte, mir nur zu folgen. (Leichin: „Der Radikale sitzt auf der anderen Seite!“ — Döckling: „Sie lügen bewußt, wenn Sie das sagen!“ — Leichin: „Sie waren im Parteisekretariat!“ — Zwischenrufe: „Döckling, der Kommunist!“ — Döckling: „Das ist eine Unwahrheit, schämen Sie sich, das zu sagen!“) Es ist keine Schande, Kommunist gewesen zu sein. (Zwischenruf Rosenwirth. — Döckling: „Das ist eine Gemeinheit, persönlich zu werden, wenn man in der Sache nicht weiter kann. Schämen Sie sich! Das ist eine Gemeinheit, ich werde Sie beim Wort nehmen als Offizier. Sie werden es mir beweisen müssen!“) Schauen Sie, verehrter Herr Döckling, daß Sie nicht immer christlichsozial waren, das wissen wir. (Döckling: „Das wissen Sie nicht!“)

Seit meinem 14. Lebensjahre stehe ich in der katholischen Jugendbewegung. Wer weiß, daß ich von diesem Zeitpunkte an einer anderen Partei angehört habe? Schauen Sie, ob jeder von Ihnen das sagen kann!" — Gaß: „Der Rosenwirth hat den Himmel gefragt!" — Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, auf die Plätze zu gehen.

Oberzaucher (fortfahrend): Ich bitte, ich habe Beweise in der Hand, daß die Blätter Ihrer Seite da drüben und verschiedene Flugchriften es mit der Wahrheit in sehr ernsten Zeiten schon gar nicht genau nehmen und bewußt Gerüchte verbreiten, die die schrecklichsten und unabsehbare Folgen nach sich ziehen können. Da wird zur Verhöhnung der Bevölkerung folgendes im „Ennstaler Boten" geschrieben (liest): „Sämtliche Waffengeschäfte Wiens wurden geplündert. Mit diesen Waffen ausgerüstet, stürmte der Volkshaufen gegen die ihm entgegentretende Polizeimannschaft an. Die Polizei war gezwungen, sich mit Karabinern und Maschinengewehren zu verteidigen. Es gab auf beiden Seiten viele Tote und Verletzte. Das Heeresministerium wurde vom sozialdemokratischen Schutzbunde besetzt und ein Radiosender dortselbst zerstört, um eine Verständigung mit der Außenwelt zu verhindern." Lauter Lügen. (Liest): „Das Gleiche gilt vom Radiosender am Rosenhügel in Wien. Die Mannschaft der Wiener Volkswehr hat es nicht gewagt, der Polizei in ihrer schweren Bedrängnis beizustehen. Es gelang trotzdem dem Heeresministerium, das Radio wieder herzustellen und auf diesem Wege von auswärts verlässliche Regimenter nach Wien zu bringen." Unwahr, Lüge! (Liest): „Die unverlässliche Wiener Volkswehrmannschaft wurde sofort entwaffnet." Eine Lüge! (Liest): „Es gelang mit schweren Todesopfern, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Regierung hat für Wien das Standrecht proklamiert." Das ist eine Lüge. So arbeiten Sie. (Widerspruch bei der Einheitsliste. — Lärm. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler hat in seiner ersten Rede schon darauf verwiesen, daß die Gendarmerie zu schwach sei, daß der Stand der Gendarmerie erhöht werden müsse. Ich bitte, wenn das notwendig ist, ist es sicherlich besser, als die Heimwehren heranzuziehen, denn die Gendarmerie hat im allgemeinen, mit Ausnahme einiger Kommandanten, ihre Pflicht in diesen schweren Zeiten erfüllt. Aber ich erinnere die verehrten Herren und Damen an eine Zeit, wo Sie gar nicht so erbaut waren von der Gendarmerie, an eine Zeit, wo Sie in Gosdorf und anderen Orten mit den Karabinern in der Hand gegen die Gendarmerie gestanden sind, wo Sie es waren, die gegen die Staatsgewalt gekämpft haben, weil man von Ihnen verlangt hat, etwas beizufeuern zur Linderung der Not in diesem Staate. (Zwischenruf Ferner.) Aber heute fordern Sie Gendarmerie, weil die Gendarmerie zufällig gemeinsam mit der Heimwehr gegen uns marschieren soll. Ich verweise darauf, daß es übrigens nicht nötig ist, den Stand der Gendarmerie zu erhöhen. Wir haben nach dem Friedens-

vertrage die Erlaubnis, die Reichswehr auf einen Stand von 30.000 Mann zu bringen. Die Reichswehr zählt, wie mir mitgeteilt wurde, nur rund 18.000 Mann, es fehlen also noch 12.000 Mann; wenn wirklich zu wenig Brachialmacht in diesem Staate, in diesem Lande den maßgebenden Faktoren zur Verfügung steht, so wäre es nur notwendig, die gesetzlich erlaubte Erhöhung des Standes der Wehrmacht durchzuführen.

Der Herr Abg. Hornik hat besonders erregt darauf verwiesen, daß man in der Stadt Bruck einen Boykott verhängt hat über jene Bürger, die sich bemüht haben, die Ruhe herzustellen, für die Ruhe zu sorgen und ein Übereinkommen zu treffen mit den Sozialdemokraten. Wie dieses Bestreben aussieht und was eigentlich Anlaß gegeben hat, daß es zu diesem angedrohten Boykott gegen Geschäftsleute seitens der Arbeiterschaft gekommen ist, das mag wieder aus einem Artikel des „Obersteirerblattes" mit einigen Zeilen illustriert werden. Da heißt es nach verschiedenen Einleitungen wörtlich: „Der Schutz des Eigentums ist nur denjenigen zugesichert, welche ohne Bedenken auf unserer Seite stehen, wer sich nicht unterordnet, wird als Gegner gezählt." Es werden also alle diejenigen, welche sich nicht der Stadtwehr, der Bürgerwehr anschließen, nicht in das Horn des Herrn Hornik blasen, offen in der Zeitung als Gegner bezeichnet. Wenn man die Verhöhnung, den Kampf so weit treibt, daß jeder, der eine andere Anschauung hat, als Gegner bezeichnet wird, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Arbeiterschaft gegen solche Geschäftsleute Konsequenzen zieht und dort einkauft, wo sie nicht am Leben und in ihrer Existenz bedroht ist.

Der Herr Abg. Döckling, der sich so furchtbar aufgeregt hat, daß man ihm in die Schuhe schiebt, er sei Kommunist gewesen, hat sich darüber aufgehalten, daß der Schutzbund behördliche Funktionen übernommen hat. Ich kann freimütig erklären, daß der Schutzbund niemals behördliche Funktionen übernommen hat. Wenn aber irgendwo in einem begreiflichen Übereifer ein Auto angehalten wurde, um nach Waffen durchsucht zu werden, so ist das keine behördliche Funktion. Sind Übergriffe vorgekommen, so sind sie, so bald wir davon erfuhren, ohneweiters abgestellt worden, Gewalttätigkeiten sind dabei keine vorgekommen. Bei den Heimwehren war es ganz anders. Diese glaubten tatsächlich, behördliche Funktionen übertragen erhalten zu haben. Gendarmerieorgane und Bezirkshauptleute haben erklärt, daß die Heimwehr eine Affizienz der Gendarmerie ist; die Heimwehren, die, wie wir hören, zum Teile mit Alkohol traktiert wurden, haben Staatsbürger am Leben bedroht und mit den Gewehren herum gesucht. Wenn Sie gelesen haben, was die Heimwehr in Tirol ausgeführt hat, die sich nicht scheute, einen Meuchelmord zu versuchen, so werden Sie sehen, wie weit es mit den Leuten her ist, die ungefährlich von Behörden zur Affizienz aufgerufen werden.

Herr Landesrat Winkler hat erklärt, daß die Sozialdemokraten in Wien sich der Führung von Kommunisten und der Führung verantwortungslosen Geindels untergeordnet haben. Ich muß hier, gegenüber

dieser Behauptung ausdrücklich erklären, daß unsere Partei, als die Ausschreitungen in Wien bekannt wurden, sofort den Schutzbund eingesetzt hat, um die Demonstranten von den gefährdeten Objekten abzu-
drängen und sie von der Wache zu scheiden, damit es nicht zu einem Blutvergießen kommt. Ich gebe zu, wir haben darüber, wie man gegen Straßendemonstrationen einschreitet, eine andere Auffassung als Herr Landesrat Winkler. Dieser erklärt, sofort müßte man mit den schärfsten Maßnahmen kommen, wahrscheinlich mit Kartätschen und Maschinengewehren schießen, um jeden Aufruhr im Blute zu erstickern. Wir wissen, daß solche Demonstrationen, wie ich schon früher erklärt habe, dem Wesen nach aus einem tiefen, reinen, edlen Gefühl entstanden, mißbraucht werden von Elementen, die die Volksleidenschaft benützen, um Ausschreitungen zu vollführen. Aber wir sind nicht der Meinung, daß sofort geschossen werden muß, denn die Leute, die demonstrieren und ungesegnete Ausschreitungen begehen, sind schließlich auch Menschen. Wenn wir über die Schuldfrage sprechen, die diese Volksmasse, diese Entrechteten und Enterbten schafften, dann glaube ich, müssen Sie auch an Ihre Brust klopfen, denn Ihre Gesellschaftsordnung ist es, die diese Entrechteten schafft, die in diesen Massen das Bewußtsein der Rechtlosigkeit erwecken. Wir haben eine andere Auffassung, wir sind human, wir wollen auch bei einem solchen Anlasse mit allen Mitteln das Blutvergießen verhindern. Es wurde, wie ich schon erklärt habe, der Schutzbund eingesetzt, der sich unter Blutopfern bemüht hat, die Ruhe herzustellen. Es sind in Wien, wie wir gelesen haben, 3 oder 4 Polizeibeamte leider gefallen; aber vom Schutzbund sind schon früher 11 Tote zu beklagen gewesen, die im Kampfe mit den Demonstranten, beim Stürmen der Barrikaden ohne Waffen ihr Leben verloren haben. Sie sehen, daß es nicht richtig ist, daß wir mit den Demonstranten gegangen sind, daß wir das Vorgehen der Demonstranten gebilligt haben. Wir haben nur eine andere Auffassung darüber, wie man in solchen Situationen vorgeht, daß man auch in solchen Situationen das Leben der Menschen nach Möglichkeit zu schonen hat. Wenn vom Herrn Landesrat Winkler behauptet wird, daß nur die Zurückhaltung der Heimwehren schuld war, daß es nicht zum Bürgerkrieg gekommen ist, dann muß allerdings jeder, der heute die Debatte aufmerksam verfolgt hat, sagen, daß diese Behauptung wohl ad absurdum geführt wurde. Der Schutzbund war es, der in allen Orten nicht bewaffnet wurde; von kleinen Kompetenzüberschreitungen abgesehen, ist nichts geschehen, was irgendwie zur Behauptung Anlaß geben könnte, daß durch unser Vorgehen der Bürgerkrieg nähergerückt wurde. Wohl aber waren es die Heimwehren und ihre Führer, welche offen erklärten, daß sie Gewalt anwenden werden, daß sie ihre Formationen bewaffnet haben; sie haben ein Ultimatum gestellt, daß dies oder jenes zu geschehen habe, sonst marschieren sie. Wenn wir den Intentionen einer Reihe unserer Organisationen, ich habe dies schon hier erklärt, gefolgt hätten, wenn wir uns nicht mit aller Kraft und in der aufrichtigen Überzeugung, daß der Bürgerkrieg den Untergang des

Staates bedeutet, den Forderungen entgegengesetzt hätten, wir hätten den Bürgerkrieg bekommen. Sie können nicht mit Recht sagen, das Vorgehen Ihrer Heimwehren hat den Bürgerkrieg verhindert, denn gerade die Heimwehr war es, die uns den Bürgerkrieg in die allernächste Nähe gebracht hat. (Ing. Wikan: „Die Ordnung gebracht hat!“) Wenn der Herr Landesrat Winkler glaubt, daß wir daraus einen Schaden haben werden, wenn er von einem schwarzen Tag der Sozialdemokratie spricht, dann kann ich ihm zur Beruhigung mitteilen, daß wir erst in den letzten Wochen, gerade in Wien, in jenem Orte, an dem sich diese furchtbaren Ereignisse abgespielt haben, in einem Bezirke allein, in Favoriten, wieder 2000 neue Mitglieder aufzunehmen hatten. Wir fürchten die Folgen dieser Ereignisse nicht, wir bedauern sie tief und werden daraus auch unsere Lehren ziehen. Aber wenn Sie glauben, daß dies für uns irgend eine Belastung ist, dann will ich Ihnen natürlich diesen Glauben nicht nehmen, ich muß Ihnen den Glauben lassen. Wir wissen wenigstens, daß wir uns in dieser schwierigen Lage so benommen haben, wie wir uns als Partei der Arbeiterschaft zu benehmen hatten. Wenn erklärt wird, daß die Heimwehr eine defensive Organisation sei und der Schutzbund eine offensive Organisation, dann kann ich nur sagen, daß wir während dieser kritischen Tage nie daran gedacht haben, den Schutzbund zu bewaffnen und gegen die Heimwehr, gegen die Bauernschaft zu führen, es sei denn, wenn man auf der Gegenseite gewissenlos genug gewesen wäre, die Drohung des Angriffes in die Tat umzusetzen. An Drohungen hat es ja nicht gefehlt, und wären wir nervös gewesen, so wäre wahrscheinlich das Unglück gekommen. Wir waren ehrlich und aufrichtig bemüht, aus der Gefahr, die im Bürgerkriege lag und in einer eventuellen Intervention des Auslandes, herauszukommen. Aus dieser Überzeugung heraus haben wir von selbst die Kraft und Ruhe aufgebracht, die schließlich zu einer friedlichen Beilegung des ganzen Kampfes geführt haben. Das, meine Herren, ist die Wahrheit über die Ereignisse der letzten Tage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Sernek: Die letzten zwei Stunden in diesem hohen Hause erwecken den Eindruck, als ob man sich im Kriegspressequartier befinden möchte, von allen Seiten kommen die Schilderungen über die Kämpfe des 15. Juli, die Erlebnisse, der Bewaffnung und überhaupt der ganzen Verhältnisse. Auch ich könnte durch Selbsterlebtes dazu beitragen, ich habe in diesen Tagen selbst einiges erlebt, was bestimmt nicht verfassungsmäßig gewesen ist, was bestimmt schwere Übergriffe gegen die Ordnung im Staate bedeutet. Wir haben uns im Kriegszustande befunden, das ist eine Tatsache, die aus den Berichten, die vorliegen, klar und einwandfrei zutage treten. Da muß man doch die Frage erörtern, was hat zum Kriege geführt, welche Ursachen sind es, daß es zum Vosschlagen gekommen ist. Nicht das Urteil des Schattendorfer Prozesses, welches an und für sich ein Volksurteil war, das von einem Senat gefällt wurde, der nicht nach dem Proporz zusammengesetzt ist, sondern die jahrelange systematische Verhöhnung unseres Volkes durch die Presse, durch die

Mandatäre, und nicht zuletzt das Bestreben einzelner Gruppen, im Staate die Oberhand zu gewinnen, sich die Stimmung des Volkes zunutze zu machen, um den gespannten Zustand zu schaffen, wo ein Funke genügt, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen. Eine zweite Frage ist die, von wessen Seite die Kriegserklärung gekommen ist, und da, meine Herren, ist es klar und deutlich, daß diese von der linken, von Ihrer Seite gekommen ist. Es wird wohl niemand zu behaupten wagen, daß das Bürgertum, die nichtsozialdemokratisch orientierte Bevölkerung Österreichs, das Streitbeil ausgegraben hat, niemand kann behaupten, daß auf Seite der nichtsozialdemokratisch orientierten städtischen Bewohner der Streik in das Volk getragen wurde, die Heße von der linken Seite war der unmittelbare Anlaß, daß es in Wien zu den schwersten Ausschreitungen gekommen ist.

Ich möchte nur daran erinnern, daß es in Wien um 8 Uhr morgens, als es noch keine Revolte gegeben hat, zur ersten Verkehrsstillegung gekommen ist, daß die Wiener Tramway den Verkehr eingestellt hat, daß die Arbeiter aus den Betrieben herausgerufen worden sind und gegen das Zentrum der Stadt geführt wurden, daß Gemeindeautos den Republikanischen Schutzbund befördert haben, alles Ereignisse, die Tatsachen sind. Man muß sich fragen, wozu ist diese Herbeischaffung von Mitteln inszeniert worden, hat es in Wien im Innern der Stadt eine revoltierende Bevölkerung gegeben oder wurde die Revolution von außen in das Zentrum der Stadt getragen? Es heißt den Bock zum Gärtner machen, wenn derjenige, der den Streik inszeniert, der die Kriegserklärung hinaus ins Volk schleudert, sich nun das Recht anmaßt, die Ordnung in diesem Kampfe auf sich zu nehmen. Das ist eine Zumutung, die sich die nichtsozialdemokratisch orientierte Bürgerschaft doch nicht auf die Dauer gefallen lassen kann.

Es sind im Laufe der Debatte immer zwei Vergleiche, Wallisch und Pfrimer, gemacht worden, das ist ein himmelhoher Unterschied. Wallisch, ein Abgeordneter, hat es zuwege gebracht, daß er sich über Recht und Gesetz hinweg zum Diktator in Bruck aufgespielt hat. Pfrimer hat nichts anderes getan als das, was die Sozialdemokraten in Österreich schon lange gemacht haben. Sie haben eine Parteigarde geschaffen. Gleiches Recht für alle. Druck erzeugt Gegendruck. Wenn es in Österreich keinen Schutzbund gebe, der bei jeder Gelegenheit Gelüste zeigt, seine Macht fühlen zu lassen — ich lebe in einer sozialdemokratischen Ortsgemeinde und habe es des öfteren zu spüren bekommen —, dann wären wir oder am flachen Lande die Bauernschaft nicht dazu gekommen, ebenfalls eine Abwehrorganisation zu bilden. Die einzelnen Erlebnisse, die hier erzählt worden sind, mögen sie übertrieben sein oder entstellte sein, mögen sie der Wahrheit entsprechen oder nicht, bewerte ich als Kriegsberichte, die aus dem Kriegszustande dieser Zeit erwachsen sind. Auch ich habe mit dem Republikanischen Schutzbunde zu tun gehabt, und es ist mir leid, daß die linke Seite im hohen Hause so schwach besetzt ist, ich hätte ganz bestimmt schöne Zwischenrufe bekommen, so kann ich

mich nur darauf beschränken, zu erzählen: Als am Freitag morgens in der Stadt die Bevölkerung damit geweckt wurde, daß wir kritischen Tagen entgegengehen, sind auch meine Leute in meinem Betriebe zu mir gekommen und haben davon erzählt. Ich war vernünftig genug, daß ich die Leute nicht einer Gefahr ausgesetzt habe, und habe gesagt, arbeitet nicht, geht ruhig nach Hause, ihr bekommt euren Lohn, ich will nicht, daß ihr drangaliert werdet. Während ich vollkommen friedlich und ruhig gesprochen habe, kein Wort der Feindseligkeit ist zwischen mir und meinen Arbeitern gefallen, kamen Schutzbündler herein. Ich frage, hat der Schutzbündler das Recht, einen fremden Betrieb zu betreten und sich dort als Herr zu gebärden und die Arbeiterschaft zum Verlassen des Betriebes unter Androhungen zu befehlen? Ich habe mich entgegengestellt, und es tut mir nur leid, daß nicht mehr Vertreter der Arbeiterschaft das hören können. Meine Arbeiter haben sich in diesem Augenblicke auf meine Seite gestellt, ein Zeichen, daß nicht immer Arbeitervertreter die richtigen Vertreter der Arbeiterschaft sind. Ich möchte wirklich Auskunft haben, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen eine irreguläre Truppe im Lande Handlungen hervorruft, die nicht einmal in die Kompetenz unserer Polizei oder Gendarmerie fallen. Es würde sich ein Unternehmer bestimmt auch von der Gendarmerie nicht gefallen lassen, aus purer Laune seine Arbeiter hinausbefördern zu lassen. Aber auch noch eine andere Sache hat sich der Republikanische Schutzbund geleistet. Es sind sämtliche Mauten besetzt worden, so daß die Verkehrsautos nicht in die Stadt fahren konnten und bei der Maut halten mußten. Die ganzen Leute, die hinauswollten zu verschiedenen Mauten, mußten den Weg zu Fuß machen. Das sind ebenfalls schwere Übergriffe. Ich muß wirklich fragen, warum sind in Graz alle diese Anordnungen getroffen worden? Ich muß nochmals eindringlich die Frage stellen, hat es in Graz eine revoltierende, nichtsozialdemokratisch orientierte Bürgerschaft gegeben? Ist in Graz irgendein Bürger gegen die Arbeiterschaft aggressiv aufgetreten? Ich glaube nein. Da muß man das Verantwortungsgefühl auf der anderen Seite angreifen, daß eine Bewachung der Stadt eingesetzt hat, die einfach nur aggressiv war, die ein reines Spiel mit dem Feuer war.

Und nun zu den Wiener Ereignissen nochmals zurück, und da liegt das furchtbar Gefährliche in der Zukunft, auf die wir in erster Linie bedacht sein müssen. Es wird systematisch und fortgesetzt von sozialdemokratischer Seite behauptet, die Schuld an den Unruhen, an diesen furchtbaren Szenen in Wien, an den Menschenopfern, die wir zu beklagen hatten, an der Zerstörung des Justizpalastes, sei die Polizei. Das ist eine Lüge. Unsere Polizei hat sich strenge als Stütze des Staates gehalten. Der einzige Vorwurf, den man machen kann, ist der, daß sie zu spät eingegriffen hat. Beachten wir die Vorgänge chronologisch, wie sie sich abgespielt haben: Um 8 Uhr der erste Verkehrstreik. In den späten Vormittagsstunden kam es vor dem Parlament zu stürmischen Kundgebungen. Ich hatte Gelegenheit, mit Nationalräten noch am Abend zu sprechen. Die Herren kamen mitten aus den Ereignissen heraus, sie

standen förmlich unter der Depression des Mitgemachten und waren nicht versucht, irgend eine Sache parteipolitisch auszuwerten. Sie haben das Selbsterlebte aus sich selbst heraus mitgeteilt, und sie haben mir einhellig gesagt: Wenn die Polizei mit der Säuberungsaktion um einige Minuten später eingesezt hätte, so wäre der Mob ins Parlament gedrungen und allen dort versammelten Abgeordneten des Nationalrates wäre es übel ergangen. Ich verweise nun auf die sozialdemokratischen Nationalräte, die zu dieser Zeit anwesend waren. Diese haben mit einer gewissen Erleichterung in ihrer eigenen großen Beklemmung das Eingreifen der Polizei als Befreiung aufgenommen. Sie waren genau so bedroht, wie alle anderen. Ich muß es als neue Heze und als unverantwortliches Verbreiten falscher Nachrichten bezeichnen, wenn von dieser Seite, die ebenfalls ihr Leben dem Einschreiten der Polizei verdankt, neuer Haß und neue Unwahrheiten in das Volk getragen werden. Auf diese Art und Weise werden wir mit der Ordnung in unserem armen Vaterlande nie auf einen grünen Zweig kommen. Lernen wir zuerst einmal aus dem Erlebten die richtigen Konsequenzen zu ziehen, fühlen wir endlich einmal uns als verantwortungsvolle Männer und Frauen, und suchen wir nicht aus dem Vorgefallenen neues Kapital für Parteien und Machtgruppen zu schlagen. Die Heze gegen die Polizei, die systematisch auf der linken Seite uns vorgeführt wird, trägt dazu bei, diese Pfeiler der staatlichen Exekutive und Ordnung zu untergraben, sie für das nächstmal zu präparieren als erstes Ansturmobjekt für die in Erregung geratene Meute, die Heze soll dazu beitragen, alle Sünden und Fehler, die man gemacht hat, unserer Exekutive zuzuschreiben, statt daß man darangeht, die gesunde Konsequenz zu ziehen und Ordnung im Staate zu machen, dem Staate jene Macht zu geben, daß jeder, der im Staate lebt, endlich das Gefühl hat, in einem Rechtsstaate zu leben, der das Bestreben hat, für jeden seiner Bewohner ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.

Valesi: Hohes Haus! Ich glaube, daß es wohl keinen Stand in Österreich gibt, der mit einer solchen Aufmerksamkeit die letzten Ereignisse und insbesondere die Haltung der sozialdemokratischen Partei beobachtet hat, als der nichtsozialdemokratische Arbeitnehmerstand. Den Arbeitern und Angestellten, soweit sie Nationalsozialisten, Großdeutsche oder Christlich-soziale sind, ist nun eine Bestätigung alles dessen geworden, was sie schon lange geglaubt, vermutet und erwartet hatten. Insbesondere war es interessant, festzustellen, wie sich die Sozialdemokratie gegen jenen Angestelltenstand verhält, der in Ausführung seines Dienstes als Angestellte mitten im Kampfe stehen mußte. Es waren Angestellte der Polizei; diesen Menschen gegenüber, von denen es bekannt ist, daß sie zu zwei Dritteln, in Wien und in Steiermark noch viel stärker, sozialdemokratisch organisiert sind, ist man in derart brutaler Weise vorgegangen, daß sie bewußt, aus reiner Selbstverteidigung heraus, sich einfach nicht anders verhalten konnten, als zum Schutze ihres eigenen Lebens sich zu wehren, mit ihren Waffen gegen ihre eigenen Genossen. Vom Standpunkte der

staatserhaltenden Gruppen in Österreich können wir uns für dieses Verhalten der Sozialdemokraten nur bedanken; wir meinen, daß innerhalb der Polizei so- undsovielen, die bisher an etwas anderes geglaubt haben, doch das Licht aufgegangen sein wird, daß sie nur dann der sozialdemokratischen Partei genehm sind und in ihre Reihen aufgenommen erscheinen, solange sie all ihr Sein vollkommen der Partei, wenn es sein muß, entgegen dem Staate, darbringen.

Nun der Generalstreik: Ich habe es selbst miterlebt, daß durch den Generalstreik Leute betroffen wurden, die an diesem Generalstreik nicht das geringste Interesse haben konnten, weil dieser Generalstreik nicht etwa jenes auch von uns hochgehaltene gewerkschaftliche letzte Mittel zum Erzwingen ihrer Forderungen gegenüber einer reaktionären Einstellung, sondern nichts anderes war, als ein Mittel, parteipolitische Umtriebe zu unterstützen. Noch einen Zweck hat er gehabt. Es wurde heute so viel darüber gesprochen: „Schutzbund, Schutzbund.“ „Die Partei hat den Generalstreik proklamiert, um die Verbindungsfäden zu zerschneiden.“ Was hätten denn die Sozialdemokraten tun sollen, als den Generalstreik herbeizuführen? Der war doch notwendig, um die Reihen des Schutzbundes aufzufüllen. Unter denen, die durch den Streik arbeitsfrei geworden sind, stehen doch diejenigen, die den Schutzbund bilden; in den Betrieben, in den Arbeiterbetrieben, in den Angestelltenbetrieben, bei Eisenbahn, Post, Telegraph und Telefon usw., dort sind die roten Soldaten von Österreich, dort werden sie herausgeholt, und deshalb vor allem anderen der große Generalstreik.

Nun aber noch etwas zur Polizei als solcher. Ich erinnere mich noch lebhaft an eine Zeit, wo es auch große Revolten in Wien gegeben hat, es war die Zeit des Zionistenkongresses. Damals hat man sich in sozialdemokratischen Zeitungen nicht genug des Lobes tun können über den Clan, mit dem die Polizei gegen die Demonstranten losgegangen ist und sie bei ihrem ersten Auftreten unter dem Kommando jüdischer Offiziere niedergefäßelt hat. Damals war in den Zeitungen kein Anklagen der Polizei zu finden wie heute, wo es sich darum gehandelt hat, die Republik gegen ihre eigenen Beschirmer, wie Sie sich so gerne nennen, zu verteidigen, damit nicht diese ganze Republik flötengeht.

Nun ist es wohl eine Selbstverständlichkeit, daß das Wohlergehen der Arbeiter- und Angestelltenschaft, deren hauptsächliche Vertreter und Verteidiger, wie wir ja immer hören, unter den Sozialdemokraten sitzen, daß das Wohlergehen dieser Arbeiter- und Angestelltenschaft im innigen Zusammenhange mit dem Wohlergehen der Wirtschaft steht. Es hat sich nun gezeigt, daß man in der leichtfertigen und unverantwortlichsten Weise ein großes Stück Fleisch aus dem österreichischen Wirtschaftskörper herausgerissen hat, lediglich zur Befriedigung von parteipolitischen Zwecken, daß man dadurch die Arbeiter- und Angestelltenschaft in die schwerste Bedrängnis bei ihren sozialpolitischen Kämpfen für die nächste Zeit gebracht hat, weil man durch dieses Auftreten, durch diese Schande, die sozialpolitische Errungenschaft des Streiks als letztes gewerkschaftliches Mittel für diese

Zwecke zu verwenden, nichts anderes getan hat, als einer reaktionären Gewalt unter der Arbeitgeberschaft Schützenhilfe zu leisten. Heute darf es uns nicht mehr wundern, wenn wir bei unserer gewerkschaftlichen Arbeit, sei dies nun auf sozialdemokratischer oder anderer Seite, einen umso größeren Widerstand entgegengesetzt bekommen, und es schwer sein wird, sozialpolitische Forderungen zu erzwingen und durchzusetzen, wenn von Seite einer Partei, in diesem Falle der sozialdemokratischen, gerade dasjenige, was sie sich immer auf ihr Schild als größte Errungenschaft geschrieben hat, daß die Angestelltenschaft und die Arbeiterschaft freigeworden ist vom Zwange, daß sie Machtmittel durch ihre Solidarität in der Hand haben, um sich gegen ein reaktionäres Vorgehen zu schützen, wenn alle diese Errungenschaften in der schändlichsten Weise mißbraucht werden, wie es in diesem Falle durch Ihren politischen Willen bestätigt erscheint. (Oberzaucher: „Haben Sie schon etwas Gewerkschaftliches getan?“) Für Sie nicht, denn Sie sind als Landesrat gut genug bezahlt. Wenn Sie aber einmal etwas brauchen, so bitte, sich an mich zu wenden, ich werde auch für Sie, wenn Sie in Not sind, etwas tun. Ich bin sehr menschenfreundlich eingestellt, aber für politische Streiks haben wir kein Verständnis. (Zwischenruf Jira: „Streikbrecher!“) Wenn Sie mir einen Streikbruch nachweisen können, bitte, kommen Sie herbei damit. Es wird Ihnen nicht gelingen. Ich erinnere mich aber an eine gewerbegerichtliche Verhandlung, wo ich als D. S. W.-Vertreter arme Teufel der Steirer-Versicherungs-A.-G. zu vertreten gehabt habe gegen ein schändliches Vorgehen von Seite dieser Unternehmung. Bei dieser gewerbegerichtlichen Verhandlung habe ich das Vergnügen gehabt, Abg. Jira als Beisitzer von Seite der Arbeitnehmer zu haben, und ich muß konstatieren, daß dieser Beisitzer mir in den Arm gefallen ist, so daß diese Leute nicht vor Gericht, sondern nur mehr durch private Vereinbarungen in der Lage gewesen sind, sich einige Groschen noch herauszufechen. Jira hat sich dann als Organisationsleiter der Sozialdemokraten in den Betrieb hereingesetzt. Ich konstatiere, daß heute der Zustand dort, nachdem unsere Leute dort gemäßigter worden, aufs Pflaster geflogen sind, noch genau derselbe ist wie damals, trotz der vielgefeierten sozialdemokratischen Gewerkschaftsarbeit.

Nun zu dem Thema selber wieder zurück. Ich habe die Aufgabe, im Namen der nationalen und christlichen Angestellten und Arbeiter des Landes den Herrn Sozialdemokraten den besten Dank zu sagen für ihre Arbeit, die sie in den letzten Tagen geleistet haben, insbesondere dem Herrn Abg. Wallisch; denn niemals noch haben die sozialdemokratischen Führer so ehrlich und so offen wenigstens für Stunden hindurch die Maske der Sozialdemokratie heruntergenommen und uns ihr wirkliches, ehrliches Sowjetgesicht gezeigt.

Thoma: Hohes Haus! Wir haben im Jahre 1918 die Waffen niedergelegt und sind von der Verteidigung unseres Heimatlandes wieder in dasselbe eingerückt und hinter Pflug und Sense gegangen. Seit dieser Zeit war unser Bestreben, unserem schwer leidenden und schwer geschwächten Staate dadurch wieder aufzu-

helfen, daß wir in unermüdlicher Arbeit unserer Tätigkeit nachgehen. Die Tätigkeit, die die Bauernschaft draußen in der Zeit, die seit den Umsturztagen verfloßen ist, vollführt hat, ist erwähnt worden, und es erübrigt sich, über sie noch eingehende Ausführungen zu bringen. Ich möchte aber eines feststellen: Daß es unser ehrlicher und redlicher Wille ist, in friedlicher Arbeit und Tätigkeit unserem Staate zu dienen und den Versuch auch heute noch zu unternehmen, das, was Staat und Land fordert, auch tatsächlich durch unsere Arbeit aufbringen zu können. Diese ruhige und friedliche Tätigkeit wollen wir auch weiter aufrechterhalten, und es ist nur eine erfreuliche Tatsache, wenn wir aus den Feststellungen, den Reden und Ausführungen der Sozialdemokraten gehört haben, daß an einen Bürgerkrieg oder einen Krieg gegen die Bauern oder an ein Aufstreten gegen die Bauern nie gedacht worden ist. Auch wir denken nie daran, daß wir gegen die Arbeiterschaft oder die sozialdemokratischen Organe losgehen wollen. Aber eines wollen wir haben: Wir wollen unsere Ruhe und sichere Arbeit in Staat und Land garantiert wissen. Wir haben bedauernswerte Vorfälle, die heute zur Genüge erörtert worden sind, zu beklagen, es sind Todesopfer zu beklagen, und es erfüllt uns mit Trauer, daß eine Demonstration aus kleinen Anfängen heraus sich in so großen und ungeheuren Auswirkungen ergangen hat. Wir bedauern die Vorfälle in Wien auf das ärgste schon deswegen, weil nicht allein Todesopfer zu beklagen, sondern auch materielle und ideelle Güter verloren gegangen sind, die unserem Staate in seiner schweren Lage nicht abhanden kommen hätten dürfen. Das, was aus dem Justizpalaste in Rauch und Flammen übergegangen ist, kann nie mehr ersetzt werden, auch nicht durch Arbeit und Geld, es ist unwiderbringlich verloren. Wenn wir Bauern auf dem Lande und insbesondere in den entlegenen Gebieten, zu denen das Ennstal zählt, erst am Sonntag nachmittags gewußt haben, um was es sich dreht, so war der Abschluß von jedem Verkehr, von Post und Eisenbahn, daran schuld, daß wir uns mit keiner Zentrale in irgend eine Verbindung setzen konnten. Ich möchte mich hier gerade an dieser Stelle meiner Ausführungen mit allem Ernste gegen die Ausführungen des Herrn Abg. Auzt wenden, der erklärt hat, daß die Heimwehr den Bürgerkrieg wollte. Ich bin selbst Heimwehrmann und getraue es mich, offen und ehrlich einzugestehen. Ich will keinen Bürgerkrieg und die mit mir Verwandten wollen ebenfalls keinen Bürgerkrieg. Wir stehen bereit, um Haus und Hof, um unser Eigentum, um Ruhe und Ordnung zu schützen dann, wenn das alles bedroht ist. Es sind die obersteirischen Bauern als schwerfällig bezeichnet worden. Es mag dieser Ausdruck vielleicht richtig sein. Sie sind es, aber nach jeder Richtung hin. Schwerfällig in ihrer Arbeit, in ihrem Aushalten und todsicher in demselben. Die obersteirische Bauernschaft wird sich nicht leicht zu einer Handlung hinreißen lassen, die einen Umsturzgedanken beinhaltet, weil sie den ruhigen, den sicheren, den friedlichen Erwerb liebt und in dem Glauben an unser Staatswesen und unsere Heimat diesem friedlichen Erwerb ununterbrochen nachgeht. Der Ennstaler Heimat-

Schutz ist aufgeboten worden, wenn man ein Aufgebot dahin verstehen kann, daß man unsere Heimwehrortgruppen verständigt hat, sich bereit zu halten. Wir haben ein Potpourri von Ereignissen durch die verschiedenen Redner bereits gehört und es erübrigt sich wohl, noch weiter die Zeit damit auszufüllen, Ereignisse aus Rottenmann und Stainach anzuführen. Ich glaube, sie sind nicht so bemerkenswert, daß wir noch unsere Zeit damit verbringen könnten. Jedenfalls war für uns die Sachlage so, daß wir erklärt haben, erst in dem Augenblicke, in dem Leben oder Eigentum bedroht ist, wird der Heimatschutz des Einzelnen zum Schutz von Eigentum und Leben antreten und diese Tatsache werden wir auch in Zukunft aufrecht erhalten, weil wir unter dieser Devise unsere weitere Arbeit entfalten wollen.

Wir haben einige Feststellungen auch gehört vom Landesrat Oberzaucher, der sich mit den Ausführungen des Landesrates Winkler beschäftigt hat. Ich habe die Ausführungen des Herrn Landesrates Winkler hier so aufgefaßt, wie sie meiner Anschauung nach gemeint waren, daß in Wien die Polizei zu spät aktiv eingegriffen und daß dadurch bedauerlicherweise um so größere Blutopfer zu verzeichnen sind. Ich möchte diese Auffassung auf Grund der Ausführungen des Herrn Landesrates Oberzaucher noch einmal zur Feststellung bringen. Ich selbst habe die Überzeugung, daß auch in Wien und im Staate Österreich im Laufe der Zeit eine Scheidung in der sozialdemokratischen Partei vor sich gehen wird müssen, dahingehend, daß diejenigen Elemente herausgelöst werden, welche nicht den staatserbaltenden Gedanken so wie ihn, wie ich glaube, die Mehrheit in der sozialdemokratischen Partei hat, für sich in Anspruch nehmen. Dann wird auch der Zeitpunkt der Ordnung und Ruhe eintreten. Ich selbst habe die Überzeugung, daß jeder ehrliche Staatsbürger für Ruhe und Ordnung in diesem Staate einzutreten hat und sie mit seinem ganzen Sein garantieren muß.

Ich habe auch aus den einzelnen Ausführungen der Herren gehört, daß gemeint wurde, es sei ein Spiel mit Waffen betrieben worden. Ich halte das, was vorgekommen ist, nicht für ein Spiel mit Waffen, sondern als eine Bereitstellung, mit der wir das Spiel mit den Waffen verhindern wollten und es auch verhindert haben. Ich möchte nur dem Wunsche und Willen Ausdruck geben, daß die Äußerungen, die festgehalten worden sind und die schon einmal angezeigt haben, daß nie daran gedacht wurde, gegen andere Bevölkerungsgruppen zu marschieren, auch in Zukunft eingehalten werden, dann gibt es keine Verwendung des Republikanischen Schutzbundes, aber auch keine Verwendung der Heimwehren mehr, denn wir handeln nach dem Grundsatz, den uns schon der Dichter Pfarrer Kernstock auf die Fahne geschrieben:

„Beschütz die Heimat, Hof und Herd,
Es sind die schönsten Himmelsgaben.
Und wer sich um sein Heim nicht wehrt,
Der ist nicht wert, ein Heim zu haben.“

(Beifall.)

Hornik: Hohes Haus! Ich habe zu den einzelnen Ausführungen, die von der Gegenseite gefallen sind,

einige kurze Bemerkungen und Feststellungen zu machen, nicht Anklagen, sondern rein den Tatsachen entsprechende Feststellungen. Es ist wertlos, darüber zu streiten, wann seitens des Kommandanten des Heimatschutzes, des Herrn Dr. Pfrimer, die Aufbietung desselben erfolgt ist. Tatsache aber ist eines, und das muß festgehalten werden, daß in Wien nicht nur ungeheure Sachwerte vernichtet wurden, sondern auch schon zahlreiche Todesopfer zu beklagen waren, daß sich der Aufruhr von Wien auszubreiten drohte, als sich endlich alle jene, welche ein Interesse daran haben, diesen Staat zu erhalten, welche ein Interesse haben, für die gesamte Bevölkerung Brot und Arbeit zu schaffen, als diese sich ihrer Pflicht bewußt wurden, zur Erhaltung des Staates sich bereit zu halten, wenn der Augenblick der höchsten Not und Gefahr eintritt. Aus diesem Grunde wird auch der Gendarmerieoberinspektor Meißner jene gesetzliche Pflicht erfüllt haben, die ihm selbst obliegt, wenn er mit den vorgeordneten Behörden keine Verbindung haben kann, dafür zu sorgen, daß die Exekutivorgane des Staates in einer solchen Art eingreifen können, daß sie ihre Pflicht erfüllen können. Es ist seine verfluchte, im Gesetze vorgeschriebene Pflicht, alle diese Vorfragen zu treffen, damit er in der Stunde der Gefahr einschreiten kann. Jeder Zivilist, jeder Straßenpassant hat die Pflicht, dem Sicherheitsorgane beizuspringen, wenn es in Gefahr ist, wenn das Exekutivorgan des Staates nicht mehr in der Lage ist, einem Verbrechen — und es ist ein Verbrechen, die Vernichtung des Staates zu wollen — Einhalt zu tun. Daß der Gendarmerieoberinspektor Meißner hat Waffen ausgeben lassen, dafür wird der Beweis wohl nicht erbracht werden können. (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „O ja!“) Da sind wir neugierig.

Wenn der Herr Abg. Gföller sich so bitter beschwert hat, daß es ihm recht unangenehm ergangen ist, und daß die Tonart und die Form, mit welcher die Heimatschutzleute ihm entgegengetreten sind, nicht gerade immer salonsfähig war, so möchte ich ersuchen, sich davon zu überzeugen, wie die Form der republikanischen Schutzbündler ausgesehen hat. (Oberzaucher: „Ohne Gewehr!“) über die Bewaffnung wollen wir uns jetzt nicht unterhalten, ich könnte einige Beispiele erzählen, wo die Waffen des republikanischen Schutzbundes in diesen Tagen in Erscheinung getreten sind. Es ist ganz interessant, daß der Herr Abg. Gföller in Judenburg zu einem Parteigenossen eine Äußerung gemacht hat, die immerhin die ganze Situation recht gut beleuchtet. Er sagte dort, das haben unsere Leute überaus dumm oder blöd angestellt, es ist nur gut, daß die anderen nicht besser gerüstet sind. Daraus ersieht man, daß die Rüstung der Heimatschutzformationen keineswegs so großartig, so entsetzlich war, daß sie mit dem Republikanischen Schutzbunde hätte wettschießen können. (Zwischenruf Gföller.) Ja, ich kann Ihnen sagen, wer daneben gestanden ist, es war der Herr Ingenieur Lüh, den Sie in liebenswürdiger Weise von Judenburg bis Leoben mitgenommen haben. Tatsache ist, daß Sie diese Bemerkung gemacht haben.

Wenn der Herr Abg. A u s t mir persönliche Angst, schlotternde Hosen oder so etwas, wie er sich auszudrücken beliebte, vorhält, so kann ich sagen, daß er vielleicht aus eigener Erfahrung spricht. Ich habe derartige Wiße und Zustände keineswegs ausgestanden, aber Tatsache ist, und das stelle ich fest, daß die Angaben des Herrn Abg. Wallisch den Tatsachen direkt widersprechen. Es ist von einer Vereinbarung auf der Bezirkshauptmannschaft im Verlaufe des Samstag, des 16. vormittags, überhaupt nicht gesprochen worden. Ich erkläre und werde das durch Zeugen, einschließlich des Leiters der Bezirkshauptmannschaft, des Herrn Dr. Tieber, unter Eid beweisen, daß es sich um die bedingungslose Annahme von Forderungen gehandelt hat, die ultimativ waren. Das Wort Ultimatum ist von Herrn Neubauer, dem Kommandanten des Republikanischen Schutzbundes, gefallen, der gesagt hat, hier wird nicht verhandelt, wir stellen ein Ultimatum. Unsere Beratungen bestanden darin, daß wir sagten, hier ist Gewalt und der müssen wir uns fügen, und ich habe auf der Bezirkshauptmannschaft am 16. Juli erklärt, daß wir zwar Beschlüsse gefaßt hatten und Vorschläge machen wollten, die der Lage Rechnung tragen, daß wir aber unter den gegebenen Umständen, unter dem Drucke der Gewalt, diesen Forderungen uns fügen müssen. Es ist unwahr, daß das stenographisch festgehalten wurde. Man möge mir sagen, wer das stenographiert hat. (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Die Untersuchung wird es lehren!“) Aber stenographisch festgehalten sind die Verhandlungen vom 17. Juli und da sagt zunächst einmal der Herr Bürgermeister Gruber, die ungeseglichen Vorgänge sind eingestellt worden und Wallisch selbst sagt, er möchte fragen, ob die Herren wegen des verfassungswidrigen Zustandes etwas unternehmen werden. Es sind in Graz Gerüchte aufgetaucht, die besagen, nur in Bruck sei es zu solchen Zuständen gekommen, aber in vielen anderen Orten war es auch der Fall, nicht nur in Bruck. (Zwischenruf: „Wo?“) Das sagt Wallisch, fragen Sie ihn.

In Scheifling behaupten Sie, aber in Zeltweg, Kapfenberg, Hafendorf hat es auch ähnlich ausgesehen, nur nicht so kraß. Und jetzt sagt Wallisch weiter: „Ich möchte fragen, ob gesetzliche Schritte gegen diesen Verfassungsbruch eingeleitet werden.“ Das sind die Worte Ihres Abg. Wallisch, damit erübrigt sich eine weitere Polemik. Nur sicher ist auch eines, daß die städtische Sicherheitswache insoweit Dienst machen sollte, als sie vom Polizeiwachebeamten Mayer dazu verhalten wurde, als aktives Mitglied dem Republikanischen Schutzbunde beizutreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es begreiflich ist, wie der Herr Landesrat Oberzauer sagt, daß die Arbeiterschaft in Erregung ist, werden Sie es auch verstehen und begreiflich finden, daß unter diesen Verhältnissen auch die nichtsozialdemokratische Bevölkerung in Erregung war. Glauben Sie ja nicht . . . (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Angst und Furcht!“) Angst und Furcht, darüber läßt sich streiten. Glauben Sie ja nicht, daß die Wiener Ereignisse spurlos auch an unseren Leuten

vorüber gegangen sind. Wenn man aber harmlose Äußerungen der Erregung als überhebliche, provozierende Äußerungen hinstellt, dann ist das wohl ein Beweis für das Machtgefühl, das auf der anderen Seite besteht.

Herr Landesrat Oberzauer hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich recht sehr erregte über den Vorkoff, dem die führenden Männer des Exekutivkomitees ausgesetzt werden. Er hat einen Satz aus dem Aufruf dieses bürgerlichen Komitees zum Beweise dafür angeführt, daß wir den dauernden Kriegszustand mit der sozialdemokratischen Bevölkerung, mit der Arbeiterschaft aufrecht erhalten, und er hat gesagt, diese Begründung liege in den Worten: „Der Schutz des Eigentums wird nur denjenigen zugesichert, welche ohne Bedenken auf unserer Seite stehen. Wer sich selbst dem Zwange der Zeit nicht unterordnet, wird als Gegner gezählt.“ Herr Landesrat, haben Sie den ganzen Aufruf gelesen? Warum haben Sie folgende Stelle nicht zuerst verlesen, welche Ihnen eindeutig sagen wird, welche Absicht wir verfolgen. Hier heißt es (liest): „Wir tragen aber auch die Verantwortung dafür, daß die Vereinbarungen eingehalten, vereinzelte Vorstöße vermieden, kurzum der Frieden innerhalb der Mauern der Stadt so lange als möglich gewahrt bleibt. Wir können die uns in schwerer Zeit aufgebürdete Verantwortung nur tragen, wenn die gesamte Bürgerschaft der Stadt Bruck einheitlich hinter uns steht.“ Es ist uns von den Herren Abg. Wallisch und Bürgermeister Gruber der Vorwurf gemacht worden, daß ein Herr Kienzle provozierende Äußerungen gemacht habe und wir haben erklärt, wir können dafür die Verantwortung nicht übernehmen, weil er ein Alleingehör ist, sich nicht an uns wendet, weil er sich nicht an unsere Beschlüsse hält und wenn durch einen solchen Alleingehör ein Blutvergießen entstehen würde, würde uns die Verantwortung angelastet werden. Meine Damen und Herren! Nicht Blutvergießen, sondern den Frieden wollen wir haben, den wir brauchen, um in dieser schweren Zeit vorwärts und aufwärts zu kommen, denn wir sagen es offen, daß wir nicht gegen die Arbeiterschaft sind. Wir wenden uns aber auch an jenen Teil der Einwohnerschaft unserer Stadt, die dem Arbeiterstande angehört, den Frieden aber gleich den Bürgern wünscht. Wir kennen keine Bürger erster und zweiter Güte, wie es uns in Bruck passiert. Wir versichern, daß wir in unseren Reihen alles aufbieten werden, um die Vorkommnisse, wie wir sie jetzt gemeinsam erleben, in Zukunft zu vermeiden, daß wir als Verhandlungspartei Ihre Wünsche entgegennehmen und gemeinsame Beschlüsse durchzuführen bereit sind, daß wir aber auch Vorbehalte treffen werden, daß die Unterjochung irgendeines Teiles der Bewohnerschaft künftig ausgeschlossen ist. Wer das als einen Kriegszustand bezeichnet, der ist ein Meister der Verdrehung.

Und nun noch ein Wort zum Schlusse. Wir haben in Bruck schwere politische Kämpfe durchgeführt, wir haben es eine Zeitlang zu einer Befriedung gebracht, so daß wir vielleicht zwei Jahre halbwegs normal zum Wohle aller arbeiten konnten. Nun wird allerdings mit Absicht dieser Friede gestört (Zwischenruf Ober-

z a u c h e r.) Das nennen Sie Kriegszustand, was ich jetzt vorgelesen habe. Ich bitte, ich kann ja das ganze verlesen, es ist Ihnen also unangenehm, was ich verlese. (Zwischenruf O b e r z a u c h e r.) Aber Sie haben ja darauf ausgepregt, daß wir den Krieg haben wollen, wer das behauptet hat, hat nicht die Tatsachen zur Grundlage genommen, sondern das waren fromme Wünsche, nehmen Sie das zur Kenntnis. (Zwischenruf O b e r z a u c h e r.) Dann wäre es Pflicht der Führer gewesen, die Arbeiterschaft aufzuklären. (Zwischenruf: „Schreiben Sie so, daß es alle Leute richtig verstehen!“) Ich glaube, das kann jeder verstehen. Nun, wir sind auch jetzt noch bereit, den Frieden zu schaffen und aufrecht zu erhalten. Aus 1000 Wunden blutet unser Volk, die Werte, die durch den Generalfstreik, durch die Tumulte in Wien, im Staate vernichtet wurden, wer trägt diesen Schaden? Die gesamte Bevölkerung, der Arbeiter sowohl wie der Angestellte, der Bauer wie der Gewerbetreibende und die Industrie. Jeder, der ein Interesse an dem Fortkommen, an dem Vorwärtkommen, dem Aufstiege unserer Volkswirtschaft und der Existenz dieses Staates hat, muß aus diesen traurigen Vorkommnissen der letzten Zeit die Lehre ziehen, seine ganze Kraft einzusetzen, um den Frieden im Staate zu erhalten, um ihn zu festigen zum Wohle der Allgemeinheit. Auch an Sie ergeht der Ruf, meine Herren von der Sozialdemokratie, der von nun an uns stets vor Augen schweben muß, „caveant consules!“. Auch Sie sind verantwortlich dafür, auch Sie tragen in großem Maße die Verantwortung für die Zustände unseres Staates, „caveant consules“, seid auf der Hut, Ihr Führer, daß euch nicht einmal die verheßten Massen entgleiten und namenloses Unglück über Staat und Volk kommt. Wir wollen mitarbeiten, aber machen Sie uns die Arbeit nicht unmöglich, so daß es uns gelingt, den großen Tag zu sehen — denn es ist uns nicht gleichgültig, ob ausländische Truppen einziehen —, bei uns den Tag zu erleben, wo wir gemeinsam als ein würdiger Teil in unser deutsches Mutterreich einkehren können. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Dr. Oberegger: Die Ausführungen der verschiedenen Redner haben sich im allgemeinen mit wechselseitigen Anklagen über die verschiedenen Vorfälle, die in der letzten Zeit unsere Republik in Atem gehalten haben, beschäftigt. Wir können aber auch feststellen, daß ein Stand ohne Zweifel besonders Veranlassung und Gegenstand der Betrachtungen gewesen ist, und das ist der Stand der öffentlichen Angestellten. Man kann bei den Ausführungen einzelner Redner gewiß zu dem Schlusse kommen, daß das Wort eine Gültigkeit hat, das da heißt, etwas abgeändert: „Es ist eine Lust, in Österreich öffentlicher Angestellter zu sein.“ Was der einen Partei recht sein soll, ist der anderen Partei nicht recht, was die eine Partei wünscht, das kann natürlich die andere Partei unter keinen Umständen haben wollen. Aus dem geht klar hervor, daß der öffentliche Angestellte nur dadurch die notwendige Distanz von den einzelnen Interessengruppen gewinnen kann, wenn er von allen die gleiche Distanz hat, nur dann ist es ihm möglich, auch tatsächlich seinen Pflichten gerecht zu werden. Der Brennpunkt, in den

unter anderem die öffentliche Angestelltenschaft diesmal gestellt wurde, ist ausgegangen von der Tatsache, daß hauptsächlich und vor allem in Wien der wichtigste Faktor der öffentlichen Sicherheit, die Sicherheitswache, eingesetzt wurde, und man muß feststellen, daß es keineswegs schon vom staatsrechtlichen Standpunkte aus angeht, auf der einen Seite die Träger der öffentlichen Ordnung sozusagen als kriegsführende Partei aufzustellen, während auf der anderen Seite eine plündernde, raubende Masse als gewissermaßen gleichwertiger Faktor in Erscheinung treten wollte. Ich glaube, es geht zu weit, wenn man von der öffentlichen Angestelltenschaft oder Teilen derselben verlangt, daß sie zusieht, wie Häuser, die dem öffentlichen Recht dienen, niedergebrannt werden, wie Angehörige des Richterstandes beschimpft, geschlagen, an Leib und Leben bedroht werden, wenn Angehörige der Wache ebenso an Leib und Leben bedroht werden und ihr Leben verlieren, und wenn man dann noch die Schuldigen dort suchen will, wo schließlich und endlich die Verteidiger des öffentlichen Rechtes stehen. Man kann unmöglich zugeben, daß derartige Auffassungen heute auch von gewichtigen und bedeutenden Faktoren unseres Staates getragen und geteilt werden. Wenn nun allerdings auf der einen Seite diese schweren Angriffe gegen Teile der öffentlichen Angestelltenschaft erhoben worden sind, so sehen Sie auch — und ich muß das erwähnen —, daß auf der anderen Seite ein derartiger Angriff nicht fehlte. Wir haben insbesondere Anwürfe deshalb erhoben gesehen, weil öffentliche Angestellte Teile des öffentlichen Dienstes, namentlich des Verkehrs, lahmgelegt haben. Nun, da möchte ich denn doch folgendes sagen: Es ist sehr leicht, die Auswirkung einer langjährigen Übung schließlich und endlich als die eigentliche Schuldtragende an gewissen Verhältnissen darzustellen, das ist sehr einfach, man müßte jedoch der Sache näher auf den Grund gehen, wieso es überhaupt kommt, daß öffentliche Angestellte auf Weisungen einer bestimmten Gruppe und Partei hören. Das kommt daher, und da werden wir uns wohl einig sein, weil es seit dem Jahre 1918 üblich ist, daß systematisch die Verwaltung politisiert wird, die Verwaltung auf der ganzen Linie, gleichviel, ob man sie da oder dort irgendwie angreift. Es ist leicht zu sagen, es tut mir augenblicklich weh, daß eine bestimmte Gruppe dann zum Angriff vorschreitet, aber es ist nur die Auswirkung eines bestehenden und fortgesetzt angewendeten Systems. Ich glaube also vom Standpunkte der öffentlichen Angestellten erklären zu können, daß nicht nur ein derartiger politischer Streik als solcher nicht am Platze ist, sondern auch die Grundlagen zu diesem Streike, die politische Beeinflussung der Beamtschaft, die Abhängigmachung der Beamtschaft von politischen Faktoren, nicht richtig sind, weil sie nichts anderes darstellen, als einen Ausgangspunkt, der dazu führen muß, daß man das tun muß, was der Betreffende anordnet, dem man sich mit Leib und Seele verkauft hat. Wenn man der Sache auf den Grund gehen will, so kommt heraus, daß unbedingt auf die Entpolitisierung der öffentlichen Beamtschaft hinarbeiten ist. Das haben gewisse Stände außerhalb der öffentlichen Angestelltenschaft

Jahr und Tag wiederholt dargelegt, und es ist auch bewiesen und muß festgestellt werden, daß gerade Personen der Gesetzgebung dafür sehr wenig Verständnis haben. Ich muß aber darauf zurückkommen, daß man dabei doch nicht allein, wenn man von einem Streik der Angestellten spricht, nur den politischen Streik im Auge hat, ich finde, daß darüber hinausgehend auch der Streik im allgemeinen, also auch jener Streik gemeint erscheint, der als Notwehr aufzufassen ist und dann eingesetzt werden muß, wenn es sich den Angestellten darum handelt, ihre Bezüge, ihre Rechte und ihre sonstige Stellung im Staate festzulegen. Hier, glaube ich, ist festzustellen, daß das Treuverhältnis die Grundlage des Beamtenrechtes bildet, daß dieses nicht einseitig, sondern gegenseitig sein muß, das Treuverhältnis muß darin bestehen, daß auch diejenigen, welche den öffentlichen Angestellten bestellen, dafür zu sorgen haben, daß er seinen Dienst versehen kann. Und da sind drei Dinge vor allem notwendig: Erstens, daß dem öffentlichen Angestellten der entsprechende Schutz zuteil wird, wenn er seine Funktion ausüben will und muß. Darin werden Sie mir vielleicht recht geben, wenn ich darauf verweise, daß ein großer Teil der Angestelltenschaft gar keinen Schutz hat und der Schutz der öffentlichen Angestelltenschaft in nicht genügendem Maße bei Ausübung des Dienstes bisher gewährleistet ist. Zweitens ist darauf zu verweisen, daß der öffentliche Angestellte unbedingt in seinen Rechten gesichert sein muß, es ist dies in anderen Staaten, wo die Demokratie etwas vorgeschritten ist, längst geschehen, und ich verweise da auf die Verhältnisse im Deutschen Reiche, wo im Artikel 129 der Reichsverfassung die Rechte der öffentlichen Angestellten gewährleistet erscheinen, und drittens endlich ist es notwendig, daß man sich nach englischem Muster einrichtet, und zunächst in der Weise, daß man die öffentlichen Angestellten nach englischem Muster bezahlt. Wenn man sie nach englischem Muster bezahlt haben wird, wird es niemandem einfallen, etwas anderes zu machen, als nach englischem Muster zu leben. Ich glaube, daß man nicht Vorkommnisse, die sich ausschließlich nur auf eine rein politische Sache bezogen haben, dazu benützen darf, um das Koalitionsrecht zu beschränken, ich glaube, daß man in einem solchen Falle das Kind mit dem Bade ausschüttet, und bin der Ansicht, daß man damit erst recht das unterstüßt, was man verhindern will. Man kann nicht Ausnahmen durch ein Gesetz für eine bestimmte Gruppe schaffen und dabei auf besondere Rechte hinweisen, die bei uns nicht eingeräumt erscheinen. Aus diesem Grund glaube ich, daß es für den im Jahre 1918 entstandenen Staat und das Verhältnis der Allgemeinheit zu den Beamten besser wäre, wenn Sie dafür Sorge tragen würden, daß die fortgesetzte politische Beeinflussung im Dienste, die fortgesetzte Politisierung der verschiedenen Gruppen der Beamtenschaft, endlich aufhören würde, dann können Sie überzeugt sein, daß die Beamtenschaft ihre Pflicht jederzeit und überall erfüllen wird. Insoweit also die Ansicht jener Herren, welche hier zu Worte gekommen sind und die Meinung vertreten haben, daß politische Streiks der Angestellten ausgeschlossen erscheinen, so glaube ich, daß jeder öffentliche Angestellte ihnen bei-

pflichten wird, aber wenn Sie die Meinung vertreten, daß Sie nur durch die Beschränkung des Koalitionsrechtes auch hinsichtlich der Durchsetzung der Lebensinteressen das erreichen, so bin ich ebenso überzeugt, daß die öffentliche Angestelltenschaft unter keinen Umständen Ihnen folgen wird.

Ing. Witzany: Hohes Haus! Wir stellen folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle die Antwort des Landeshauptmannes zur Kenntnis nehmen unter der Voraussetzung, daß er alle Schritte unternehmen wird, um in folgenden Punkten bei der Wiener Bundesregierung durchzusetzen:

1. Die Auflösung und Entwaffnung der vom Bürgermeister der Bundeshauptstadt aufgestellten Gemeindefürsorge. Denn die Errichtung einer Parteigarde am Sitz der Bundesbehörden und des Bundesparlamentes gefährdet die Freiheit und Sicherheit der Bundeseinrichtungen.

2. Alle, die an den blutigen Ereignissen widerrechtlich beteiligt waren oder zu verbrecherischen Taten aufforderten, sind ohne Rücksicht auf Stand und Rang dem ordentlichen Richter zu überstellen. Aber auch diejenigen Verkehrsangestellten, die ihre Stellung zu Parteizwecken mißbraucht und gegenwärtige Befehle und Weisungen ergehen ließen, die Staat und Wirtschaft schwer schädigten, die Arbeitsgenossen terrorisierten oder gar öffentliche Verkehrsanlagen beschädigten, sind der gerichtlichen Bestrafung zuzuführen. Eine Amnestie der Schuldigen würde nur als Schwäche der Regierung gedeutet werden.

3. Die kommunistischen Umtriebe sind mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen, ausländische Emissäre unverzüglich auszuweisen, ausländisches Agitationsgeld mit allen gesetzlichen Mitteln fernzuhalten.

4. Den Ausbau der gesetzlichen Wehrorganisation auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Muster des Schweizer Milizsystems, Einholung der Zustimmung der Signatarmächte, die nach den Erfahrungen der letzten Tage wohl nicht verweigert werden kann. Bis dahin Fortsetzung der Entpolitisierungsmassnahmen im Heere und in den Sicherheitsformationen, ferner moderne technische Ausrüstung der Sicherheitsstruppen.

5. Schaffung eines gesetzlichen Streikverbotes für alle Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Verkehrsunternehmen, der lebenswichtigen Betriebe und der öffentlichen Verwaltung.

6. Gesetzlicher Schutz der Arbeitswilligen und tatkräftige Durchführung eines solchen Schutzgesetzes.

7. Änderung des Pressgesetzes, um die ungekrafte Verhetzung des Volkes weiterhin unmöglich zu machen.

8. Wiedereinführung der Todesstrafe in dem neuen, mit dem Deutschen Reiche gemeinsamen Strafgesetzbuche.

9. Abschaffung der Schwurgerichte und Ersetzung durch große Schöffengerichte, wie im Deutschen Reiche.“

Jenz: Namens der Einheitsliste stelle ich folgenden Antrag (liest):

„Die Antwort des Landeshauptmannes wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Der Herr Landeshauptmann wird ersucht, die Bundesregierung zu veranlassen, zum Schutze der Republik, der ungestörten Entwicklung des Wirtschaftslebens und der moralischen Gesundung des Volkes für folgende Gesetzesbeschlüsse Sorge zu tragen:

1. Die ungehemmte Pressfreiheit, welche in verantwortungsloser Weise die niedrigsten Instinkte des Volkes aufstacheln, ist einzuschränken.

2. Die Todesstrafe ist wieder einzuführen, da die Verbrechen in entseherregender Weise sich mehren.

3. Das Schwurgericht, welches nach der neuesten Spruchpraxis die schwersten Verbrechen ungesühnt läßt und somit das Rechtsempfinden des Volkes vollständig untergräbt, ist zu reformieren.

4. Die öffentlichen Verkehrsmittel und lebenswichtigen Betriebe sind vor Stillelegung durch einen politischen Generalfreik zu schützen.

5. Das Söldnerheer ist in eine Miliz nach Muster der Schweizer umzuwandeln.“

Dr. Hübler: Hohes Haus! Es sind in diesem hohen Hause bei der Besprechung der erschütternden Ereignisse der letzten Tage heftige Angriffe gefallen. Verantwortung und Sühne ist gefordert worden. Aber es sind auch auf beiden Seiten des hohen Hauses Worte gesprochen worden, die von Versöhnung und Verständigung sprechen. Wir wissen, daß wir Gegenätze der Weltanschauung und der Parteien nicht abbauen und beseitigen können. Wir können uns aber auf einer Plattform finden, und das ist das Bekenntnis zu diesem Staate Deutschösterreich, der für uns eine Notgemeinschaft ist und den wir, ja alle Parteien nach unserem Bekenntnisse, in eine bessere Zukunft im Rahmen des großen Deutschen Reiches hinausführen wollen. Hohes Haus! Wir sind bereit, Versöhnung anzubahnen, wo wir es können, wir glauben aber, der einzige Weg zur Versöhnung ist der, daß wir den Staat und die Ausdrucksmittel seiner Macht so stark machen, daß das, was bisher an Machtmitteln privat von Parteien aufgerüffelt wurde, vor dieser Macht des Staates auf die Seite gedrückt wird und schließlich von selbst verschwindet. Das ist der Wunsch und die Überzeugung, die auf allen Seiten ausgesprochen wurde. Es ist betont worden, daß der Heimatschutzgedanke nur dazu dient, die bestehende Ordnung des Staates aufrechtzuerhalten. Hohes Haus! Es ist oft von Seite der Sozialdemokraten das republikanische Bekenntnis der Abgeordneten unserer Richtung oder unserer Wählergruppen bezweifelt und bekräftelt worden. Wir können versichern, in unserer Bevölkerung ist nur eines eingewurzelt, die Sehnsucht nach einem Staate, der ein Ordnungsstaat ist, der ein Ansehen hat, auf den man stolz sein kann. Ich kann sagen, das Erschütterndste für die Augenzeugen der Wiener Ereignisse war, als die Kuppel des Justizpalastes zusammenbrach, daß man sich sagen mußte, mit diesem Gebäude bricht unser Ansehen im Auslande, und, was

vor allem schmerzlich ist, unser Ansehen im benachbarten Deutschen Reiche zusammen. Es ist die Hoffnung vorhanden, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Partei sich zur Erkenntnis durchringen, daß der Staat und seine Verkörperung in der Republik, die demokratisch gewählte Regierung, vor dem gesichert werden muß, in irgend einer kritischen Zeit über die Machtmittel des Staates und lebenswichtige Verkehrsmittel nicht unbescholten verfügen zu können. Welcher Parteirichtung die Regierung angehört, das muß nebensächlich sein. Wir müssen, wie in der Schweiz, uns zu einem derartigen Staatsgefühl durchringen, daß eine jede Bevölkerungsschicht davon absieht, welcher Parteirichtung die augenblickliche Regierung angehört, daß sie sich vor Augen hält: „Diese Regierung verkörpert die Autorität meines Staates, zu dessen Form und dessen Geschick ich mich bekenne, und mit dem mein Schicksal untrennbar verbunden ist.“ Und so dürfen wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß durch diese Ereignisse der Ordnungswille der gesamten Bevölkerung über Parteirichtungen hinweg sich in dem Bekenntnisse vereinigt, dem Staate zu geben, was des Staates ist; eine Ordnung zu schaffen, die allen Umstürzbewegungen, von welcher Seite sie kommen mögen, und unter welcher Form sie sich äußern, erfolgreich entgegenwirken kann.

Und so gestatte ich mir, im Namen der Einheitsliste den Antrag zu stellen (liest):

„Der hohe steiermärkische Landtag wolle die Antwort des Herrn Landeshauptmannes zustimmend zur Kenntnis nehmen unter der Voraussetzung, daß der Herr Landeshauptmann seinen gesamten Einfluß aufbietet, daß ein Gesetz zum Schutz der Republik zu schaffen sei, durch welches der politische Streik in den lebenswichtigen Betrieben des Staates unter schwerste Ahndung gestellt wird und der Bundesregierung alle jene Machtbefugnisse erteilt werden, um Anschläge auf die Sicherheit und Ordnung des Staates, in welcher Form sie auch auftreten, erfolgreich abzuwehren.“

(Beifall.)

Machold: Meine Damen und Herren! Es haben sich in Wien sicher von jedem besonnenen Menschen tief bedauerliche und beklagenswerte Ereignisse abgespielt. Sie sind heute im hohen Hause zur Erörterung gestellt. Ich halte dies für notwendig und unerlässlich, wobei es ganz gleichgültig ist, von welcher Seite der Anlaß gegeben worden ist. Wir sind es der Bevölkerung schuldig, daß wir hier in diesem hohen Hause über das reden, was in Steiermark und was in Wien sich zugegetragen hat. Es ist nur außerordentlich zu bedauern, daß nicht alle die Menschen, die aktiv bei diesen Handlungen beteiligt waren, hier sind und unsere Erörterungen anhören. Dies würde viele zu einem anderen Urteile als bisher bewegen. Diese offene Aussprache ist notwendig gewesen, und es ist bedeutsam, daß jetzt, nachdem wir über diese Sache 2 oder 3 Stunden reden, eine ganz andere, ruhigere und besonnenere Stimmung bei uns Platz gegriffen hat. Hohes Haus! Soweit wir, die sozialdemokratische Parteileitung, bei diesen Geschehnissen in Steiermark eingzugreifen in der Lage waren und ich als Funktionär

einzuschreiten in der Lage war, haben wir bei allen diesen Handlungen uns nur von dem Verantwortlichkeitsgefühl leiten lassen. Wir haben uns vorgenommen, den Bürgerkrieg, an dem wir ganz knapp vorübergegangen sind, zu verhindern; zu verhindern, daß ein Kampf aller gegen alle entsteht, daß uns das Letzte, was wir haben, durch diesen Krieg weggenommen wird. Ich kann, wenn ich in der Debatte das Wort ergreife, für mich in Anspruch nehmen, daß ich ohne jedes Haßgefühl und ohne Groll ganz ruhig und sachlich Tatsache an Tatsache reihe, um Sie nicht vielleicht zu überzeugen, daß Sie Unrecht haben, weil Sie von Ihrem Gesichtspunkte aus die Welt anders betrachten als wir, sondern, um doch zu veranlassen, nochmals über diese Geschehnisse nachzudenken und eine falsch gefaßte Meinung zu korrigieren.

Was sich in Wien ereignet hat, ist allerdings unmittelbar ausgelöst worden von der Tatsache, daß ein Schwurgericht ein Urteil fällte, das im natürlichen Rechtsgefühl eines jeden Menschen geradezu Erbitterung ausgelöst hat und auslösen mußte. Es wäre weit gefehlt, wenn man annehmen wollte, daß aus diesem Ereignisse heraus dieser Unwille und diese Wut eines großen Teiles der Wiener Bevölkerung zu begründen wäre. Nein, das ist nicht so. Es ist das ein Glied in der Kette einer ganzen Reihe von Fehlurteilen, nicht nur des Schwurgerichtes, sondern auch der anderen Gerichte, die im Arbeiter in der letzten Zeit das Gefühl wachgerufen haben, wachrufen mußten, daß er vor dem Gesetze anders behandelt wird, als wie die Bürger und Bauern. Es ist mir sehr leicht, hohes Haus, den Nachweis zu erbringen und für alles, was geschehen ist, keine Entschuldigung, aber eine menschliche Begründung zu suchen. Ich bitte, mir vielleicht ganz kurz zu folgen. Wir haben einen sogenannten Fall Birnecker. Es hat eine Terrorgruppe, eine bewaffnete Monarchistengruppe, bei der gedungene Arbeitslose angestellt waren, geschossen. Dieser Fall ist Ihnen vielleicht noch in Erinnerung. Es ist dabei ein Arbeiter, ein gewisser Birnecker, ums Leben gekommen, ein anderer schwer verletzt und ein dritter leicht verletzt worden. Die Polizei hat festgestellt, daß diese sogenannte Ostaragruppe, es handelt sich um eine monarchistische Terrorgruppe, daß der Führer dieser Gruppe, der Oberstleutnant Szabo, sich Leute aus den Arbeitslosen herausgesucht hat, um sie zu bestimmten Zwecken zu dinge: zu politischem Mord, der dadurch in Österreich eingeführt werden sollte und eingeführt wurde. Die Polizei hat festgestellt, daß sich bei diesem Anlasse 17 schwerbewaffnete, mit Pistolen, Gummiknütteln und Schlagringen ausgerüstete Terroristen einer Anzahl von 6 oder 7 Arbeitern gegenüber befunden haben. Die Sache hat sich so ereignet, daß es in einer Versammlung im 13. Bezirk in Wien zu Zusammenstößen gekommen ist, weil diese Versammlung in einem der größten Arbeiterbezirke stattfand. Es war eine Versammlung der Frontkämpfer und Hakenkreuzler, und sie haben eine Terroristengruppe zum Schutze dieser Versammlung aufgestellt. Die Versammlung konnte auch ruhig abgehalten werden. Sie wurde nicht gestört. Die Polizei hat sie geschützt. Es geschah nichts. Nach Schluß dieser

Versammlung sind diese 17 Schützer der Versammlung in einen Stadtbahnwagen eingestiegen und mit Sozialdemokraten zusammengekommen. Auf der Plattform ist es zu einem Streit gekommen, weil die einen die anderen nicht einsteigen lassen wollten, und auf einmal war eine Schießerei da. Ergebnis, daß ein Arbeiter erschossen, ein anderer schwer und ein dritter leicht verletzt wurde. Der Täter wurde eruiert. Er war ein Postunterbeamter, namens Obela. Die Polizei hat festgestellt, daß er seit zwei Jahren in Disziplinaruntersuchung war, und zwar deshalb, weil er verschiedene bedenkliche Ankäufe gemacht hatte. Sie werden es begreiflich finden, daß die Tatsache, daß ein Arbeiter erschossen worden war, die Arbeiter in Wien nicht gleichgültig lassen konnte. Umso mehr, als es sich in diesem Falle um einen besonnenen, ruhigen Menschen handelte, um einen sehr braven Arbeiter. Er stand in den Semperitwerken. Er ist nicht einmal zu einer Zeit abgebaut worden, wo die größte Arbeitslosigkeit herrschte. Das Unternehmen hat ihn geschätzt als außerordentlich geschickten, braven und fleißigen Arbeiter. Da hat ihn nun eine Gruppe von 17 solchen Terrormenschen erschossen und die Familie zugrunde gerichtet. Er war die einzige Stütze seiner Familie und seiner alten, unschuldigen Eltern. Es ist damals gelungen, alle Weiterungen hintanzuhalten. Die Arbeiterschaft, die außerordentlich erregt war, wurde in Versammlungen aufgeklärt, daß man gegen derartige Sachen nicht daselbe machen darf, und man hat damals angenommen, es werde doch ein gerechtes Urteil für diese Schandtat Sühne bringen. Die bürgerliche Presse hat damals diese Tat außerordentlich scharf verurteilt, und die bürgerliche „Montagszeitung“ in Wien — ich könnte Ihnen das vorlesen, aber ich will Sie nicht aufhalten — hat in einer vernichtenden Kritik dargestellt, daß die Regierung schuld ist, daß sie derartige Formationen nicht dulden dürfe, daß sie verantwortlich ist, daß in Österreich der politische Mord eingeführt wurde, und daß es ausschließlich Schuld der Regierung sei, die dagegen rechtzeitig hätte einschreiten müssen. Es gelang damals den Arbeiterführern in Wien, die Sache einzudämmen. Wissen Sie, was der betreffende Herr Obela bekommen hat? Zwei Monate Arrest für diesen Arbeitermord, der eine Familie um ihren Erhalter gebracht hat. Für einen Mord, der die Eltern, die arbeitsunfähig waren, um ihren Unterstücker gebracht hat. Das hat natürlich eine begreifliche Aufregung unter der Arbeiterschaft ausgelöst. Zwei Monate Arrest war die Strafe. Die anderen sind zu 100 K Geldstrafe wegen unbefugten Waffentragens verurteilt worden.

Ein zweiter Fall: Die Wiener Hakenkreuzler haben in den Rosenfälen im 10. Bezirke, einem ausgesprochenen Arbeiterbezirke, eine Versammlung einberufen und haben dazu mit schreienden Plakaten eingeladen. Sie werden sich erinnern, daß die Hakenkreuzler Hunderte von Millionen für ihre marktschreierischen Plakate ausgegeben haben, die eine schwere Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe waren, aber von der Polizei nicht beanstandet worden sind. Es ist damals schon vor der Versammlung mit

der Polizei zu einem Streit gekommen, zu kleinen Reibereien mit den Arbeitern. Im Verlaufe dieser Konflikte hat die Polizei die Versammlung verboten und die 200 Hakenkreuzler bei einem Hintertürl hinausgelassen. Sie standen unter dem Schutze der Polizei, es war keine Gefahr vorhanden. Da ist aber beim Abzuge in die Arbeiter hineingeschossen worden. Dabei ist ein Arbeiterordner, gerade wieder einer, der sich bemühte, die Ordnung aufrechtzuerhalten, durch ein Geschöß schwer verletzt worden. Er hat einen Bauchschuß bekommen, Karl Still, so hat er geheißen, ist dann seinen Verletzungen erlegen. Vor seinem Tode hat er noch angegeben, wer den Schuß abgefeuert hat. Die Polizei hat den Betreffenden angeklagt, auch eingesperrt. Es ist nach diesem Austritte zu großen Zusammenstößen gekommen, aber die Arbeiterordner haben die Sache eingedämmt. Man hat gedacht, hier wird doch vielleicht eine gerechte Justiz Sühne bringen. Diese Sache ist auch im Nationalrate zur Erörterung gekommen. Die Regierung versprach eine Untersuchung und hat sich hinter Ausreden verschanz. Zu einer Entscheidung, daß diese Formationen aufgelöst werden sollen, daß die Bewaffnung solcher Menschen unzulässig sei, daß man ihnen die Waffen wegnehmen soll, ist es nicht gekommen, nichts geschah. Bei der Verhandlung wurde ein geradezu unbegreifliches Urteil gefällt. Ich habe das Urteil vor mir. Es ist ein geradezu aufreizendes Urteil. Die meisten der Angeklagten sind freigesprochen worden, die anderen haben eine kleine Freiheitsstrafe bekommen. Dieses Urteil ist damals allen Menschen in Wien geradezu als Aufreizung zum Arbeitermorde erschienen, weil man sich gesagt hat: „All' denen, die in die Arbeiter hineinschießen, geschieht nichts. Die können machen, was sie wollen. Es ist begreiflich, daß damals bereits eine größere Aufregung herrschte, als beim ersten Falle. In dem Bezirke, in dem die Versammlung stattgefunden hat, ist es nur sehr schwer möglich gewesen, die Menschen zu beruhigen. Aber durch die Arbeiterordner ist es uns auch diesmal gelungen. Die Ordner sind eingeschritten. Die Versammlung beim Wiener Rathause wurde durch das tatkräftige Einschreiten der Arbeiterordner selbst in Bahnen gelenkt, die die Ruhe und Ordnung nicht gestört haben. Auch dieser Fall wurde im Parlament erörtert. Man hat dem damaligen Bundeskanzler Dr. Ramek nahegelegt, Ordnung zu machen. Nichts ist geschehen. Das war die Ursache, warum der Republikanische Schutzbund in Wien bei der Behörde sich angemeldet hat. Die Arbeiter haben sich gedacht, wenn die Gerichte versagen, wenn die Regierung nichts macht, wenn wir Freiwild sind, niedergeschossen werden können, so werden wir uns selbst gegen derartige Sachen schützen.

Ein dritter Fall: Da war in Mödling bei Wien ein Hakenkreuzlerüberfall auf die Arbeiter. Sie haben in Mödling eine große Veranstaltung gehabt. Am Eickkogel haben sie gemeinsam mit den Frontkämpfern, mit den Rheinland- und Oberland- und Roßbachleuten eine Hindenburgfeier veranstaltet. Sie sind mit Stahlhelmen aufmarschiert, die Führer sind hoch zu Roß erschienen, also eine kriegerische Ver-

anstaltung, die man unter Umständen als eine Gefährdung der Republik ansehen könnte und gegen die Regierung und Polizei hätten einschreiten müssen. Nichts ist geschehen. Die Arbeiter, die dort nicht in der Minderzahl sind, haben nichts gemacht, haben diese Versammlung ignoriert, haben sie nicht besucht und haben die Leute unter sich gelassen. Nach der Versammlung war natürlich, wie das bei solchen Veranstaltungen der Fall ist, ein großes Festgelage. Sie haben sich unterhalten, Lieder gesungen, sehr starke sogar. Auch diese Veranstaltung ist von den Arbeitern ignoriert worden. Nachdem nun Oberst Hitzl von dieser Versammlung mit seinem Motorrad weggefahren war, hat er einen Unfall gehabt. Er ist von seinem Rade heruntergefallen. Ich will nicht untersuchen, aus welchem Anlasse. Die Menschen haben ihn darob ausgelacht. Es waren keine Arbeiter, wie man später festgestellt hat. Das hat nun den Herrn veranlaßt, in diese Festversammlung zurückzurennen, die Menschen aufzuheizen, sie zu mobilisieren, und sie sind mit Waffen zu einem Angriff auf Fünfsaum marschiert. Das sind Gebäude, wo in fünf Häusern nebeneinander lauter Arbeiter und Arbeiterfamilien wohnen. Zum Unglück haben sie auf dem Wege eine Reihe von Arbeitern getroffen, sind über sie hergefallen und haben geschossen, und deswegen ist wiederum ein Opfer gefallen. Nachher haben sie das Kinderheim angegriffen. Die Polizei hat damals festgestellt, daß nicht weniger als 70 Einschußstellen in diesem Gebäude waren. Damals ist ein sozialdemokratischer Gemeinderat von Mödling, der dabei niedergeschossen worden war, seinen schweren Verletzungen erlegen und eine Reihe anderer Menschen ist verwundet worden. Was für eine Gemeinheit dieser Überfall war und wie er geeignet war, die Arbeiterschaft maßlos zu empören, das können Sie daraus schließen, wenn ich Ihnen ein paar Zeilen der „Neuen Freien Presse“ verlese, die sicherlich nicht im Geruche steht, etwas für die Arbeiter übrig zu haben. Sie hat folgendes geschrieben (liest):

„Es gereicht der arbeitenden Bevölkerung von Mödling zur Ehre, daß sie trotz dieser sehr merkwürdig gearteten Veranstaltung keinen Augenblick daran gedacht hat, dieselbe zu stören. Die nationalen Veranstalter hätten sich also nur an ihre Versprechungen zu halten gehabt und jeder Zusammenstoß wäre vermieden worden. Es ist tief bedauerlich, daß ein ungezügelter Barbarentum immer wieder darangeht, blutige Schießereien herbeizuführen und mit den Menschenleben ein unverantwortliches Spiel zu treiben.“

Das war das Urteil der „Neuen Freien Presse“.

Die amtliche Darstellung hat gesagt (liest):

„Im Anschlusse an eine völkische Totengedenkfeier kam es in Mödling zu einer Schießerei zwischen einer Gruppe des Wehrverbandes „Rheinland“, die auf einem Lastauto erschienen war, und Passanten, bei der der Mödliner sozialdemokratische Gemeinderat Müller schwer verwundet wurde. Gegenmaßnahmen gegen die eingangs erwähnte Feier waren von der Arbeiterschaft nicht getroffen worden. Die Erhebungen sind im Zuge.“

Nun sollte man meinen, daß doch wenigstens diese Sache irgend eine entsprechende Sühne gefunden hätte. Auch das ist in der Regierung besprochen worden. Man hat der Regierung ausdrücklich und nachdrücklich nahegelegt, die Arbeiter nicht als Freiwild von besoffenen Hakenkreuzlern zu betrachten, man hat darauf hingewiesen, daß diese Hakenkreuzler auch noch in einem staatlichen Gebäude untergebracht waren. Sie waren im „Schillerhof“ am Schillerplatz eingemietet, was den begründeten Verdacht bei der Arbeiterschaft ausgelöst hat, daß sie von der Regierung geschützt werden. Das hat aber nichts genützt. Es ist dann zur Verhandlung gekommen und der Tod des Genossen Müller wurde mit einer lächerlichen Bestrafung geahndet. Das ist ein dritter Fall.

Ich habe noch einen vierten Fall hier, den ich nicht lang und breit ausführen will, wo in Spillern in Niederösterreich ein gewisser Kovarik erschossen worden ist. Die Hakenkreuzler haben eine Versammlung gehabt, sind dann wieder weggegangen und haben auf dem Rückwege in die angesammelte Menge hineingeschossen. Der Prozeß ist wie die anderen ausgegangen. Die Geschworenen haben alle Schuldfragen verneint und der Tod dieses Menschen wurde überhaupt nicht geahndet.

Nun sagt der Herr Landesrat Winkler in seinen Ausführungen: „Man kann doch nicht das Urteil eines Geschworenengerichtes, das ein Volksgericht ist, zum Anlaß derartiger Maßnahmen nehmen.“ Ich bitte, wenn man das Schattendorfer Urteil als Einzelercheinung betrachtet, dann kann man das anerkennen. Wenn wir aber sehen, daß in Wien und Niederösterreich die Arbeiterschaft durch eine ganze Reihe von derartigen Urteilen zur Wut getrieben worden ist, dann werden Sie die Empörung und die Ausbrüche dieser Empörung begreiflich finden. Es ist auch nicht so, daß nur Geschworenengerichte so klassenmäßig urteilen. Ich habe einmal für mich eine Sammlung solcher Klassenurteile zusammengestellt, ich habe aber davon den Arbeitern gar nichts gesagt, weil ich nicht Gelegenheit nehmen wollte, noch mehr aufzuheizen. Ich könnte bis morgen früh hier Beispiele vorbringen, wie der Arbeiter verurteilt worden ist, wenn er etwas gemacht hat, und wie das Urteil ausgefallen ist, wenn es sich um einen Menschen aus dem Bürgertum gehandelt hat, der das gleiche getan hat. Nur ein Beispiel: Ich folge da dem Gange der Verhandlungen des Wiener Strafbezirksgerichtes. Da war eine Versammlung der Hakenkreuzler im Prater. Nach der Versammlung ist der Handelsangestellte Rudolf Peretz mißhandelt worden. Der hat nun einen Hakenkreuzler Schrei als denjenigen bezeichnet, der ihm die Verletzung beigebracht hat. Ein Auge war blutunterlaufen und er mußte die Arbeit einstellen, konnte also seinem Berufe nicht nachgehen. Seine Frau, die mit anwesend war, hat die Tat selbst genau übereinstimmend geschildert und hat mit Bestimmtheit den Angeklagten als Täter festgestellt. Der Richter hat den Kaul Henkel, Bankbeamter in Wien, als Zeugen einvernommen und dieser hat wörtlich folgendes ausgesagt (liest): „Ich war an jenem Abend in der Praterstraße und sah, wie beim Café

„Praterstern“ ein junger Mensch, der mit einer Gruppe uniformierter Hakenkreuzler in braunen Blusen, Kappen, nackten Knien und Stußen einherging, plötzlich über die Straße auf das gegenüberliegende Trottoir lief und sich wie ein Tiger auf den mit einer Frau gehenden Peretz stürzte und ihm mit einem Zornesausruf einen Schlag versetzte. Als Peretz sich umdrehte, schlug er ihm mit einem Gegenstande, den er in der Hand hielt, auf die Stirn, so daß Peretz blutend zusammenstürzte.“ Auf die Frage des Richters, ob er den Angeklagten als Täter erkenne, erklärte der Zeuge: „Ich erkenne ihn auf alle Fälle als den Täter.“ Der Richter hat den Täter zu einer Strafe von 10 S verurteilt. Bitte, ein mildes Urteil! Ich habe vielleicht nichts dagegen, weil derartige Raufereien oft vorkommen und man nicht will, daß die Menschen zu großen Strafen verurteilt werden. Es wäre sehr richtig, wenn es immer so wäre! An demselben Tage war aber in Wiener-Neustadt eine Verhandlung gegen einen Kriegsinvaliden. Er war angeklagt wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, weil er, ein schwerer Epileptiker, bei einem Zusammenstoße zwischen der nationalsozialistischen Roßbachgruppe und sozialdemokratischen Arbeitern einen Stein aufgehoben hat und diesen auf die Wache werfen wollte. Der Angeklagte hat geleugnet. Ein Antrag auf Psychiatrierung wurde abgelehnt, trotzdem der Mann gerade an diesem Tage einen neuen epileptischen Anfall gehabt hat. Der Richter hat ihn zu einem Monat schweren Kerker verurteilt. Der Mann, der einen Stein gegen einen Wachmann erhebt, bekommt einen Monat, weil er ein Arbeiter war. Der andere, der einen blutig niederschlägt, bekommt 10 S Geldstrafe.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe schon früher gesagt, ich könnte Ihnen hier eine ganze Anzahl derartiger Urteile vorbringen. Da werden Sie es vielleicht begreiflich finden, daß dieses Schattendorfer Urteil eine derartige Explosion unter der Arbeiterschaft ausgelöst hat. Dieses Schattendorfer Urteil war ein Unrecht sondergleichen. Jeder Mensch bei Freund und Feind muß zugeben, daß es ein Unrecht ist, wenn Menschen, die aus dem Hinterhalt, aus einem Gasthause, auf Vorübergehende, mit denen sie vielleicht früher gestritten oder gerauft haben, schießen, dabei einen Invaliden und ein Kind töten, wenn solche Menschen freigesprochen werden. Das muß dem Faß den Boden ausschlagen. Das ist nicht anders möglich. Es wurde also das Urteil im Schattendorfer Prozeß von der Arbeiterschaft in Wien als ein weiterer Beweis der klassenmäßigen Einstellung aller Justiz angesehen, und man kann nicht erzählen, daß es sich um ein Geschworenengericht gehandelt hat. Jetzt, meine Damen und Herren, wenn Sie das alles überlegen, was ich Ihnen nur kurz angedeutet habe, ist es vielleicht auch Ihnen menschlich begreiflich, daß sich der Arbeiterschaft von Wien eine ungeheure Erregung bemächtigt hat und daß das Urteil jetzt Folgen ausgelöst hat, die in ihrer Auswirkung niemand voraussehen konnte.

Nun komme ich auf die Wiener Ereignisse. Meine Herren und Damen! Der Streik ist spontan ausgebrochen. Es war vielleicht ein Unglück, daß er nicht

organisiert war, daß die Arbeitermassen nicht vorher Gelegenheit genommen haben, mit den Führern über die ganze Sache zu reden. Es hat sich um einen impulsiven Streik gehandelt, dem sich gleich eine ganze Reihe von anderen Menschen angeschlossen hat, welche die Sache zu etwas anderem gemacht haben. Es ist geschossen worden. Es sind Tote zu beklagen. Die Wachmannschaft hat vier Tote. Ich bin froh, daß die Wachmannschaft nicht mehr Opfer hat bringen müssen. Aber ich führe das an, um Sie vielleicht auch zu einem Vergleich zu bewegen und nachzudenken, ob das alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Ob die Polizei nicht auch ihre Nerven verloren hat. Ich unterscheide die Polizeiorgane, die angegriffen worden sind, die in Notwehr gehandelt haben, und die übrigen Polizeiorgane. Es wäre Unsinn, den angegriffenen Polizeiorganen nicht zuzubilligen, daß sie sich nicht wehren sollten. Aber ob dies noch später in der Weise notwendig war, das ist die große Frage. Wenn also vier Wachleute tot sind und eine Reihe verwundet wurde, und ich dem die Tatsache gegenüberhalte, daß 100 Tote schon begraben worden sind, und die weitere Tatsache, daß in den Wiener Spitälern bis Samstag nahezu 900 Menschen als verwundet sich angemeldet haben, darunter über 400 Schwerverwundete, die in den Spitälern zurückbehalten wurden (die anderen werden ambulatorisch behandelt), und wenn Sie weiter bedenken, daß eine größere Anzahl von Menschen, die Leichtverwundeten, die Spitäler gar nicht aufsucht, sondern sich in privatärztliche Behandlung begibt, ich also annehmen kann, daß sicher 1000 oder 1200 Leichtverwundete sind, also 100 Tote, 400 Schwerverletzte und die anderen Leichtverletzten, zusammen gegen 2000 Verwundete, so war das eine Schmach, der gegenübergestellt die vier Todesopfer unter den Wachleuten und eine Anzahl von Verwundeten nicht so sehr ins Gewicht fallen. Bei dieser Sachlage läßt sich noch immerhin die Frage wenigstens ventilieren, ob die spätere Schießerei berechtigt war oder nicht, ob man nicht andere Methoden hätte anwenden können. Wenn das richtig ist, was behauptet wurde — ich werde der Untersuchung nicht vorgreifen —, daß einzelne Wachorgane auf Menschen geschossen haben, die sich auf einem Gerüst aufgehalten haben — der Wachmann hat angelegt, geschossen und der Mensch ist heruntergefallen —, oder wenn sich Menschen irgendwo angesammelt haben und es ist hineingeschossen worden, so muß ich sagen, es empört sich das menschliche Gefühl dagegen, daß man so etwas nicht mit anderen Mitteln hat verhindern können. Das sind die Angriffe, die man von unserer Seite gegen die Polizei gerichtet hat. Das war eben nicht mehr Notwehr, sondern das, was dann gekommen ist, war blinde, wütende Hineinschießerei. Die Polizei scheint überrascht gewesen, der ganzen Sache nicht Herr gewesen zu sein. Es waren nicht die entsprechenden Kommandanten da, und da ist es zu einer Sache gekommen, die in der Geschichte Österreichs wirklich noch nicht dagewesen ist. Wir haben schwere Zeiten in Österreich erlebt, Wahlrechtskämpfe, bei denen in der monarchistischen Zeit geschossen worden ist. Beim Kommunistenrummel in der Umsturzzeit ist geschossen

worden. Aber 100 Tote und 2000 Verwundete, die waren noch nicht da.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich mir erlauben, ein wenig zu begründen, warum es zum Generalstreik gekommen ist. Stellen Sie sich auf der einen Seite die Arbeiterschaft in Wien vor, auf der anderen Seite die schießenden Wachleute, gegen die sich wegen der Schießerei ein solcher Haß entwickelte, daß sie sich nicht anders durchsetzen können, als daß sie wieder schießen; die Menschen waren schon darauf eingestellt, daß Ordnung nur gemacht werden kann, wenn geschossen wird, wenn zu diesen 100 Opfern neuerliche Opfer dazukommen. War es da nicht besser, daß man versucht hat, der ganzen Sache, die zweifellos mit einem Bürgerkriege geendet hätte, dieser furchtbaren Gefahr eines Bürgerkrieges, einem Kampfe aller gegen alle, ein Ventil zu öffnen und die Arbeiterschaft auf eine andere Bahn zu drängen? Daß man versucht hat, sie abzulenken, indem man den Generalstreik und den Verkehrstreik ausgerufen hat? (Widerspruch seitens der Mehrheitsparteien.) Ich bitte, ich spreche nur als Mensch, ich empfinde nur menschlich. Wenn ich mir vorstelle, daß in Wien zu den 100 Opfern vielleicht noch viele Tausende und Tausende von Menschen dazu gekommen wären, so muß ich für meine Person sagen, ich halte es für das kleinere Übel, daß der General- und der Verkehrstreik ausgebrochen ist. Jedenfalls ist das viel besser gewesen, als eine Gefährdung der Republik. Denn die Republik wäre nicht nur gefährdet gewesen, sie hätte überhaupt zu bestehen aufgehört. Nun glaube ich, Sie vielleicht doch dazu gebracht zu haben, diesen Generalstreik auch von einer anderen Seite zu beurteilen.

Wenn ich nun bei Steiermark halte, so möchte ich auf folgendes verweisen. Meine Damen und Herren, Sie können den sozialdemokratischen Funktionären, der Parteileitung und auch dem Republikanischen Schutzbund die Feststellung nicht versagen, daß von uns alles unternommen worden ist, um diesen Streik zu lokalisieren, keine Unruhen herbeizuführen und sobald als möglich und unter allen Umständen eine Erleichterung herbeizuführen. Der Herr Landeshauptmann hat uns die großen Schwierigkeiten geschildert, unter denen die Landesregierung gearbeitet hat. Er hat mit Recht darauf verwiesen, daß er zur Ruhe und Ordnung aufgefördert hat und dabei nicht einmal telefonieren konnte. Wir waren diejenigen, die es ermöglicht haben, daß sich die Landesregierung mit den Bezirkshauptmannschaften und mit den anderen Ämtern hat in Verbindung setzen können. Wir waren diejenigen, die, nachdem wir durch Herrn Abg. G. a. v. von einer Störung der Approvisionierungszüge, die auch lebendes Vieh mitführten, gehört hatten, die glatte Weiterfahrt dieser Züge veranlaßt haben. Bei uns sind die Approvisionierungszüge geführt worden. Von unserer Seite wurde alles unternommen. Die Arbeiterschaft wurde informiert. Man hat sie vor unüberlegten Handlungen gewarnt. Wir haben in einer Unmenge von Versammlungen die größten Schwierigkeiten gehabt, um unseren Leuten, die begreiflicherweise über die Ereignisse, die sich anderswo

zugefragt haben, erbittert waren, beizubringen, daß diese Ereignisse bei uns keine Fortsetzung haben können. Demgegenüber, was wir gemacht haben, ist auf der Gegenseite etwas anderes entgegengestellt worden. Sie sagen, die Heimwehren sind aufgeboten worden, damit nicht der Republikanische Schutzbund den Angriff unternimmt. Sie wollten sich selbst schützen. Die Tatsachen stehen im vollen Widerspruch mit diesen Erklärungen. Es wäre außerordentlich wünschenswert gewesen, wenn Herr Abg. Thoma, der sich ja auch zu den Heimwehren zugehörig bezeichnet hat, bei den Verhandlungen dabei gewesen wäre, die hier stundenlang bis in die Früh im Beisein des Herrn Landeshauptmannes mit den Heimwehrlührern stattgefunden haben. Es wäre dann vielleicht leichter gewesen, die Verhandlungen zu führen. Man hat uns hier ein Ultimatum gestellt, man hat gesagt, wenn der Generalstreik nicht abgebrochen wird, dann marschieren wir. Das steht nicht in Übereinstimmung mit dem, was Herr Abg. Thoma erklärt hat. Und Dr. Pfrimer, dem ich gesagt habe, es ist lächerlich, von uns zu verlangen, daß der Generalstreik beendet werde, erklärte, dann marschieren wir bis zum Semmering. Er hat auch erklärt, wenn der Forderung nicht entsprochen werde, dann gehe er fort. Und er ist auch tatsächlich fortgegangen. Sie haben schon Leute unter sich gehabt, unverantwortliche Leute, die geradezu mit dem Feuer gespielt haben, und wenn wir nicht so außerordentlich besonnen gewesen wären, nicht so durchdrungen gewesen wären von dem alleinigen Gedanken, unter allen Umständen von Steiermark ein Unglück hintanzuhalten, es wäre der Bürgerkrieg unvermeidlich gewesen. Wir hätten den Bürgerkrieg gehabt, wenn wir auch nur einigermaßen so leichtfertig gewesen wären, wie die maßgebenden Unterhändler von der Gegenseite, von Seite der Heimwehren, deren mit Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstete Formationen nach Judenburg, Knittelfeld, Leoben und bis Bruck gehen wollten. Stellen Sie sich vor, zu was das geführt hätte. Ich will nicht untersuchen, wie die Sache gewesen wäre. Ich für meine Person betrachte es als eine Kinderei, auch nur anzunehmen, daß sich die 1000 Arbeiter in Judenburg und Knittelfeld, die Bergarbeiter in Johnsdorf, in Zeltweg, Leoben, die Arbeiter in Donawitz, 5000 an der Zahl, es sich hätten ruhig gefallen lassen, daß die Heimwehr vormarschiert bis Bruck. Das ist eine Kinderei. Wenn Sie aber wirklich mit den bewaffneten Heimwehrläufen angegriffen und durch ihren Vormarsch ein Blutbad auf beiden Seiten herbeigeführt hätten, was wäre dann in ihrem Rücken gewesen? Es hätten sich doch die verantwortlichen Leiter sagen müssen, daß die Kinder, Frauen und Arbeitslosen, die da zurückgeblieben wären, beim Durchmarsch alles mögliche getan hätten, daß Obersteier ein Flammenmeer, ein Trümmersfeld geworden wäre, das wurde von den verantwortungslosen Menschen nicht verhindert, sondern man hat geradezu systematisch darauf hingearbeitet. Nun, wir sind dieser schweren Gefahr ausgewichen. Und wäre das nicht gewesen, so wäre das, was sich in Wien ereignet hat, in Vergleich mit Steiermark ein Kinderspiel gewesen.

An dieser schweren Gefahr sind wir dank der Besonnenheit von Menschen auf beiden Seiten vorübergegangen, und es ist absolut nicht angängig, wenn jetzt in allen möglichen Aufrufen neuerlich gerüffelt wird, durch neuerliche Aufrufe aufgepeitscht wird, wo wir doch froh sein müßten, daß einmal diese große, furchtbare Gefahr vorübergegangen ist. Man hat diese Aufrufe begründet, und da möchte ich offen im hohen Hause die Auffassung der sozialdemokratischen Partei in dieser wichtigen Frage zum Ausdruck bringen: Man hat gesagt, das ist ein bolschewistisches Manöver, man will die Räterepublik ausrufen, und hat aus dieser Dummheit, die in Bruck geschehen ist, den Beweis erbringen wollen, daß dem so ist. Meine Herren, was in Bruck geschehen ist, wird von uns nicht unterstellt, und ich erkläre, wir werden die Sache austragen, nachdem wir sie gründlich untersucht haben werden. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, und ich rufe hier den Herrn Landeshauptmann und die Herren Winkler und Dr. Hübler als Zeugen auf, daß die Sache in Bruck nicht abgestellt worden ist durch dieses Diktat, dieses Ultimatum der Heimwehren, sondern daß die Brucker Sache sofort abgestellt worden ist, als sie uns zur Kenntnis gekommen ist. Die Parteileitung hat zu diesem Zwecke sofort zwei Funktionäre mit Auto nach Bruck geschickt. Wir haben im eigenen Kreise Ordnung gemacht. Damit ich meinen Gedanken gang nicht verliere: Zur Begründung ist auch herangezogen worden, weil die Sozialdemokraten in Steiermark so eingestellt sind, daß sie nur darauf warten und lauern, um mit Gewalt die Regierung zu übernehmen und alle anderen Klassen zu terrorisieren, darum reden Sie immer vom Linzer Programm. Ich möchte Sie bitten, dieses Linzer Programm zu lesen, Sie lesen nur das, was Ihnen Ihre Presse vorlegt. (Zwischenrufe.) Ich habe an den Verhandlungen des Linzer Parteitages selbst teilgenommen und kann nur sagen, daß das, was in den Entschließungen zum Ausdruck gekommen ist, auch in der Debatte nichts anderes bedeutet hat, als daß wir uns vorgenommen haben, die Eroberung der politischen Macht auch in Österreich mit den Mitteln der Demokratie, mit dem Mittel des Stimmzettels durchzuführen. Sie haben auch gespöttelt über die 350.000 Stimmen, die wir noch brauchen, um die politische Macht zu erobern. Auf der einen Seite spotteten Sie darüber, auf der anderen Seite halten Sie das für nicht wahr und sagen, die Sozialdemokraten wollen die Macht doch mit Gewalt erringen. Die sozialdemokratische Partei in Österreich ist laut ihres Programmes unter allen Umständen verpflichtet, mit den Mitteln der Demokratie die Macht im Staate zu erringen. Wenn wir sie mit diesen Mitteln nicht erringen können, wenn wir diese 350.000 Stimmen nicht erhalten, so wird sich die Partei damit abfinden. Kein vernünftiger Mensch in Österreich denkt daran, daß einmal anstatt mit friedlichen Mitteln mit Gewalt vorgegangen wird. (Ingenieur Wißnang: „Ist der Verkehrsstreik ein demokratisches Mittel?“ — Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Aber die Heimwehr ist ein demokratisches Mittel!“) Der Verkehrsstreik ist durch das Gesetz nicht verboten, es besteht kein Gesetz, das den

öffentlichen Beamten verbieten würde, zu streiken. (Zwischenruf Ing. Wißan.) Ich habe auch gesagt, warum nach meiner Meinung der Verkehrsstreik das kleinere Übel war. Aber ich bitte, wenn Sie der Tatsache des Verkehrsstreikes gegenüberstellen die Tatsache, daß auch Sie nicht mit demokratischen Mitteln, nicht einmal mit gesetzlichen Mitteln, sondern mit ungesetzlichen Mitteln, die in der Verfassung nicht begründet sind, gearbeitet haben, daß Sie Menschen bewaffnet, zusammengezogen und den anderen gedroht haben, ihnen die Gewalt gegenüberzustellen, dann glaube ich ...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Landesrat, Sie haben bereits die Redezeit überschritten.

Nachold (fortfahrend): Ich werde sofort schließen. Nachdem wir noch eine zweite Interpellation eingebracht haben und ich glaube, daß wir die Sache nicht bei dieser Frage von neuem aufrollen sollen und ich schon annehmen kann, was der Herr Landeshauptmann auf diese Interpellation antworten wird — er wird wahrscheinlich nichts sagen — und in dieser Voraussetzung es sich erübrigen wird, den Antrag auf Eröffnung der Debatte zu stellen, möchte ich bitten, zu gestatten, unter einem aufzuwaschen und die Sache zu erledigen und appelliere an den Herrn Präsidenten, im Interesse der Zeitökonomie mir noch einige Minuten zu gestatten.

Es sind auf Ihrer Seite, meine Herren, eine große Anzahl Ungefehllichkeiten vorgekommen. Ich mache dem Herrn Landeshauptmann den schweren Vorwurf, daß er, der dazu da ist, in allen Angelegenheiten sich nicht als Beauftragter einer politischen Partei, sondern als das Oberhaupt der Gesamtheit zu betrachten, sich bei diesem Anlasse nahezu ganz in den Dienst einer Gruppe gestellt hat. Herr Kollege Wißan, nicht mit Worten, ich weiß, Sie zielen auf die Verhandlungen an, die wir gehabt haben, während welcher Zeit wir durch zwei Tage und Nächte weder ins Bett gekommen sind, noch zu etwas anderem Zeit gehabt haben, weil wir die Katastrophe von Steiermark abwenden wollten. Der Herr Landeshauptmann hat mit freundlichen Worten uns zu beruhigen versucht. Er hat aber in der Tat das getan, was Sie gewollt haben und das, was die Heimwehrkommandanten verlangt haben. Es wäre Pflicht des Herrn Landeshauptmannes gewesen, in dem Momente, als Kollege Oberzaucher und ich zu ihm gekommen sind und ihm sagten, in Judenburg wird durch einen Gendarmerieoffizier gegen das Gesetz die Heimwehr als Assistenz für die Gendarmerie aufgerufen und wir verlangten, daß er nicht zustimmen solle, daß diese Heimwehren bewaffnet werden, da wäre es Pflicht des Landeshauptmannes gewesen, diesen Mann sofort seines Dienstes zu entheben. Nach der Konferenz sagte er, das dürfe er nicht machen, das sei anders zu werten als die Sache, die Wallisch in Bruck gemacht hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Zwischenruf Ing. Wißan.) Der Herr Landeshauptmann war vielleicht in dem Momente nicht in der Lage, das zu machen. Er hatte aber auch gar nicht die Absicht. Er

hätte aber die Möglichkeit gehabt, einen höheren Gendarmerieoffizier nach Judenburg zu entsenden und diesen Meißner, der in unverantwortlicher Weise dazu beigegeben hat, den Bürgerkrieg nicht zu verhindern, sondern herbeizuführen, seines Amtes zu entheben. Und dieser Mann hat ganz allein gehandelt. Nach der Verfassung hätte er zum mindesten die politische Behörde fragen sollen, was zu geschehen hat. Es wurde aber bei den Verhandlungen festgestellt, daß Bezirkshauptmann Königsbrunn von diesen Maßnahmen nichts gewußt hat, nicht einmal das bevollmächtigte Organ des Landeshauptmannes. Befragt und zur Rede gestellt, hat er erklärt, „Das werde ich schon verantworten!“ Das sind die Organe der Republik und vor solchen soll man Hochachtung haben.

Ich bitte, es ist mir ganz angenehm, daß ich auch, durch diesen Zwischenruf veranlaßt, einige Worte über den Republikanischen Schutzbund sagen kann. Über diesen Republikanischen Schutzbund in Wien schimpfen Sie, obwohl Sie wissen, daß er mit allen Mitteln versucht hat, dieses Volksaufstandes Herr zu werden. Alle diejenigen, die aus der traurigen Tatsache, daß wir gegen einzelne Polizeiorgane oder Abteilungen mit Recht — die Untersuchung wird es zeigen — Angriffe erhoben haben, eine Agitation ableiten, werden nicht darauf verwiesen, daß durch das Eingreifen des Schutzbundes in Wien viele Polizeiorgane vom Tode gerettet wurden. Der Republikanische Schutzbund war es, der in das brennende Justizgebäude hineingezogen ist. Sie haben die Blusen ausgezogen und haben sie der Polizei anziehen lassen, damit sie die Polizeileute herausgebracht haben. Auf diese Weise ist es ihnen gelungen, eine große Anzahl Polizisten vom Feuertod und vor der Massakrierung zu retten. Das ist eine Ruhmestat und sollte geeignet sein, auch Sie zu veranlassen, nachzudenken, ob Sie nicht dem Schutzbund Unrecht tun. Und was haben die Schutzbündler in Steiermark getan? Nichts, als daß sie die Dummheit begangen und die Autos aufgehalten haben. Der Schutzbund hat sich in keine Amtshandlung eingemengt, er hat keine Exekutivgewalt geübt, die Leute sind beisammen gewesen und haben unsere Versammlungen geschützt. Wenn Sie es nicht glauben, so nehmen Sie Ihre eigene Presse zur Hand und lesen Sie im „Volksblatt“, in der „Tagespost“ die Artikel über die besonnene Haltung des Grazer Arbeiterschutzbundes, der die Sicherheit in den Versammlungen aufrecht erhalten hat, der in der Lage war, in den großen Versammlungen in der Steinfelderbierhalle und in den Juliusfälen gegen die Kommunisten und das andere Gelichter aufzutreten. Das sagen Sie in Ihrer Presse. Sie sehen, daß das nicht so sein kann, wie man es aufgebauscht hat. Mag sein, daß der Schutzbund zu Gastwirten gegangen ist, weil sie das Alkoholverbot nicht eingehalten haben. Das ist ein unschuldiger Übergriff gewesen, in Wirklichkeit ist nichts weiter geschehen. Der Republikanische Schutzbund hat hier in Steiermark und in Graz wesentlich dazu beigegeben, daß es zu keinem bedauernswerten Ereignisse gekommen ist.

Nun möchte ich zum Schlusse kommen. Ich möchte sagen, das, was sich in Wien ereignet hat, das war

ein Wutausbruch von Menschen, die sich nicht genau klar waren über das, was sie wollen, ein Wutausbruch von Menschen über ein verweigertes Recht, daß sie vom Schwurgerichte erwartet und verlangt haben. Was sich nachher ereignet hat, das kann heute nicht entsprechend beurteilt werden. Und nun sagen Sie, die Herren Winkler, Thoma und andere: „Lassen wir uns das gesagt sein in Steiermark und Österreich. Spielen wir nicht mit dem Feuer, reden wir mit allen Menschen und reden wir ihnen zu zur Besonnenheit. Ich bin vollkommen einverstanden, aber nicht mit der Methode, die Sie bereits anwenden, um diese nach Ihrem Prinzipie notwendige Besonnenheit herbeizuführen, die Methode, daß eine ganze Reihe von Körperschaften zusammentritt, daß sie Aufrufe, Auerkennungen vom Stapel läßt und neue Formationen gründet. Ich weiß nicht, ob das in Bruck unbedingt notwendig war. Herr Abg. Hornik, es wird auch möglich sein, ohne diese Schutzorganisationen des Bürgertums auszukommen. Das ist ja wieder Öl ins Feuer, nicht geeignet, abzubauen. (Hornik: „Das ist keine Brachialformation, sondern sie ist da, um einzuwirken auf die gesamte Bürgerschaft, damit nicht durch irgend einen Alleingeher ein ungeheures Unglück geschieht!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, keine Privatgespräche zu führen.

Machold (fortfahrend): Ich möchte nur etwas sagen, was mich außerordentlich über die kommende Haltung beunruhigt. Ich habe gesagt, wie der Republikanische Schutzbund in Wien gehandelt hat. Sie haben erwartet, er werde gemeinsame Sache mit den Demonstranten machen. Das ist nicht geschehen. Schon seit Jahr und Tag haben wir in Graz ein Ordnerfest projektiert. Es sollen eine ganze Woche Spiele stattfinden, Turnen, Fußball, was auch Arbeitern letzten Endes nicht verwehrt werden kann. Auch der Republikanische Schutzbund soll dabei sein. Schon heute wird gesagt, das wäre eine Herausforderung, das darf nicht sein. Ich bitte, sehen Sie nicht ein, man muß auch auf Ihrer Seite die Leute zur Besonnenheit mahnen, wenn keine Absicht besteht zur Gewaltanwendung gegen Bürgertum und Bauerntum. Es gibt Mittel und Wege genug, und die Regierung hat Mittel und Wege genug, um diese Besonnenheit herbeizuführen, aber nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Eine so große Partei, wie die sozialdemokratische, kann nicht so behandelt werden, da kann keine Prestigepolitik gemacht werden, wie es bei diesen bedauerlichen Vorkommnissen gemacht worden ist. Sie betrachten es als Ausfluß der Kraft und Stärke der Regierung, ich betrachte es nicht als Ausfluß der Kraft und Stärke der Regierung, sondern das ist reine Prestigepolitik, die man in Österreich nicht durchführen kann. (Ing. Winkler: „Staatsautorität!“) Wenn Straßendemonstrationen, Aufzüge in Wien waren, und wenn man gefürchtet hat, daß es zu Bedrohungen kommt, da ist in Wien das Ministerium mit den Vertretern der Arbeiter zusammengetreten, hat sie rufen lassen und hat ihnen die Frage vorgelegt: „Was machen wir, damit das verhindert wird.“ Es hätte der Auto-

rität der Regierung keinen Abbruch getan, wenn man dies heute auch getan hätte. Das wäre viel vernünftiger gewesen, als daß der eine Teil dort und der andere da gegessen ist. In einer solchen Situation gibt es keine Prestigepolitik, sondern nur die, Menschen und Volk vor einem solchen Unglücke zu behüten. Wenn die Regierung in Wien, die sehr viele Mittel und Wege hat, die große Partei zur Besonnenheit zu mahnen, diesen Weg gehen wird, so wird das das allerbeste Mittel sein, um derartige Ereignisse zu verhindern. Aber Redensarten können nicht einen Abbau des Hasses herbeiführen, sondern man muß den Arbeitern auch durch das Verhalten der Behörden und Gerichte zum Bewußtsein bringen, daß sie genau so vollwertige Staatsbürger in der Republik sind, wie die anderen. Das ist die richtige Methode. Diese Taktik würde ich empfehlen.

Wenn die ganze Debatte heute mit einem Resultate ausklingen soll, dann bitte ich Sie, diese Anträge, die Sie gestellt haben, zu unterlassen. Denn Sie reizen nur wieder auf. Ich bemerke, daß nach der Geschäftsordnung diese Anträge nicht zur Abstimmung gelangen können, weil Anträge im offenen Hause, ohne daß sie dem Ausschusse zugewiesen werden, nicht gestellt, noch der Beschlußfassung zugeführt werden können. Ich möchte die Herren Antragsteller bitten, die Geschäftsordnung anzusehen. Es kann nur bei Besprechung über die Beantwortung einer Anfrage der Antrag gestellt werden, der Landtag nimmt die Antwort zur Kenntnis oder nicht. Was darüber hinausgeht, ist geschäftsordnungswidrig, darf vom Präsidenten, der oberster Hüter unserer Geschäftsordnung ist, nicht zur Abstimmung gebracht werden. Zu diesem Antrage, daß die Antwort zur Kenntnis genommen wird oder nicht, können Sie eine Begründung beibringen, aber nicht etwas anderes beantragen.

Nun habe ich geschlossen und hoffe, daß die Gesamtbewölkerung aus dieser Debatte heraus doch vielleicht zur Überzeugung kommen wird, daß die Sozialdemokraten nicht die Menschen sind, die sie sich immer vorgestellt haben, die nur den geeigneten Zeitpunkt abwarten, um die anderen zu unterdrücken. Das ist nicht die Tendenz der österreichischen Sozialdemokratie. Das lehnen wir unter allen Umständen ab. Das sagt auch unser Linzer Programm. Das sagen Sie allen Menschen da draußen und dann werden die, die durch Gerüchte aufgehetzt wurden, beruhigt werden, und dann werden überall in beiden Lagern Besonnenheit und Vernunft Eingang finden. (Beifall auf der linken Seite des Hauses.)

Jenz: Hohes Haus! Der Herr Landesrat Machold hat verschiedene gerichtliche Urteile als Auslösersache der tiefbedauerlichen Vorfälle in Wien hingestellt. Ich bedaure ungemein diesen Ablenkungsversuch, weil er uns die Hoffnung benimmt, daß die Führer der sozialdemokratischen Partei zur Einsicht und Umkehr kommen wollen. Das Licht von Osten hat im Justizpalast in Wien aufgeslammt, jenes Licht, das im Sowjetstern über Rußland aufgegangen ist, von den Führern der österreichischen Sozialdemokratie lebhaft begrüßt und über Österreich herbeigesehnt. Es kann schon sein, daß Ihnen schwindlich wird vor den Augen

und daß Sie die Drehkrankheit haben. Dieses Bestreben, Österreich an Rußland anzugleichen, war die unentwegte Arbeit der österreichischen Sozialdemokratie. (Rosenwirth: „Wir haben sie abgehalten, Niemand sonst. Sie sind ja verrückt!“) Herr Rosenwirth, Sie wissen nicht, was in der sozialdemokratischen Partei vorgeht (Rosenwirth: „Aber Sie wissen es!“), sonst müßten Sie wissen, daß sich die Führer der sozialdemokratischen Partei in Österreich mit einem gewissen Stolz als 99prozentige bezeichnen haben. Vielleicht ist Ihnen diese Tatsache entgangen, oder haben Sie sie verschlafen. Die Sprache am heurigen Linzer Parteitage war nichts anderes, als Lieblingen mit dem russischen Kommunismus. Immer wieder und wieder tauchen die Drohreden des Dr. Otto Bauer in gewissen Abständen auf, die dem Bürgertum in Österreich genau sagen, wohin die österreichische Sozialdemokratie wolle. In diesen Unglückstagen ist ein Brief des Dr. Bauer aufgetaucht, den er an die französische Zeitung „Populaire“ geschrieben hat, worin er sagt, die österreichische Sozialdemokraten müssen sich mit den Kommunisten ausgleichen. Was ist das anderes, als das Bestreben, den Sowjetstern in Österreich zur Geltung zu bringen. Nun stellt man die Sache so hin, daß das Urteil im Geschworenenprozeß . . . (Rosenwirth: „Wenn Sie so auf der Kanzel reden, verbittern Sie Ihre Leute und verheßen sie!“)

Herr Rosenwirth, Sie kennen weder die Aussprüche Ihrer Führer, noch kennen Sie die Schreibweise der sozialdemokratischen Zeitungen. Wenn Sie sie kennen würden, hätten Sie diesen Zwischenruf nicht gemacht oder Sie haben so wenig Ehrgefühl, daß Sie trotz Ihres besseren Wissens solche Zwischenrufe machen.

Nun der Schattendorfer Prozeß. Ende Jänner hat sich das traurige Ereignis in Schattendorf abgespielt; kaum war es geschehen, ist der Dr. Deutsch in Schattendorf aufgetaucht, hat sozialdemokratische Parteiberatungen abgehalten und von dem Augenblicke an ist in den sozialdemokratischen Zeitungen eine wüste Heße losgegangen, die durchaus nicht mit dem Begräbnisse der Opfer beendet worden ist. Es sollte Ihnen, meine Herren, bekannt sein, daß die sozialdemokratische Partei schon lange vorher, bevor sie wissen konnte, wie der Spruch des Geschworenengerichtes ausfallen wird, die Sache für sich politisch ausgenützt hat. (Zwischenruf Jira.) Zu dem Zwecke, Herr Jira, hat damals am Begräbnistage der Stillstand der Verkehrsmittel und der Fabriken stattgefunden, wurde die Sache also auf ein politisches Gebiet geleitet; und von dort aus wußten es verschiedene sozialdemokratische Arbeiter und Genossen genau vorauszusagen, daß in der nächsten Zeit etwas kommen wird. In Freudenkreisen haben sie die Nachricht verbreitet und weitergeleitet. Es ist erwiesen, daß zum Beispiel in Innsbruck fünf Tage vor dem 15. Juli sozialdemokratische Vertrauensmänner gewissen Personen gesagt haben: „Seht Euch mit Lebensmitteln vor für etwas längere Zeit, es kommt etwas.“ (Wolf: „Das ist die Frau Platschke von der Reichspost!“) Ich kann Ihnen, meine Herren, genau die Zeugen an-

führen und selbst, wenn es Tatsache ist, daß verschiedene sozialdemokratische Vertrauensmänner, Vertrauenspersonen die Zeilfrage so aufgefaßt haben, selbst wenn nichts dahintergesteckt wäre, wären sie zumindestens zu dieser Auffassung geführt worden und hätten geführt werden können durch die unverantwortliche Schreibweise der sozialdemokratischen Blätter. Lesen Sie Ihre Zeitungen aus jenen Tagen und lesen Sie nach, ob die „Arbeiterzeitung“ in Wien auch nur um einen Strich sich unterschieden hat von der kommunistischen „Roten Fahne“. (Wolf: „Ist ja verzerrt gesagt!“) Schauen Sie, wenn ich Sie anschau, kommt mir nicht das Grauen, sondern ein süßes Lächeln. (Wolf: „Ein billiger Wiß!“) Allzu teuer möchte ichs ja nicht geben mit Ihnen, darum machen wir die Sache billiger. Wenn Sie einen Vergleich haben wollen, so lesen Sie die „Arbeiterzeitung“ vom 15. Juli, wo sie in verantwortungslofter Weise in den Morgenstunden sagt, daß Ereignisse mit unabsehbaren Folgen eintreten werden, lesen Sie die „Arbeiterzeitung“ vom 20. Juli, wo sie den Toten einen Nachruf widmet und nur zum Haß, nur zum unerbittlichen Kampfe auffordert mit den Worten: „Was wir am Grabe der Toten geloben werden, ist nicht Versöhnung, sondern leidenschaftlicher Kampf gegen die bürgerlich kapitalistische Welt, tiefe, unerbittliche Feindschaft.“ Dann vergleichen Sie die „Rote Fahne vom 19. Juli, die sagt: „Es gilt . . . (Zwischenruf: „Lesen Sie Ihre „Reichspost“, da stehen auch solche Sachen!“) Bringen Sie mir eine Nummer, die von Haß und Feindschaft redet. Bringen Sie mir eine. „Es gilt die Reihen von neuem zusammenzurufen, den Mut nicht zu verlieren, den Haß und die Leidenschaft und die Kampfeslust zu erhalten und zu steigern.“ Die österreichischen Sozialdemokraten also genau so in der Schreibweise, in der haßerfüllten, wie die Kommunisten. Der Sowjetstern umstrahlt mit seinem Lichte beide Gruppen und das ist auch das Ziel, dem Sie zustreben. Wenn nun der Herr Landesrat Machold gesagt hat, der Generallstreik ist von der sozialdemokratischen Partei angeordnet worden . . . (Zwischenruf Wolf.) Legen Sie sichs aufs Herz, dieses Sternchen, Herr Wolf. Der Generallstreik war ein Mittel zur Beruhigung, da weiß ich nicht, will der Herr Redner sich selbst ironisieren oder hat er tatsächlich an den Ernst seines Ausspruches geglaubt. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß Landesrat Machold nicht daran denken konnte und wollte an die verschiedenen Flüche und Wutausbrüche jener Reisenden, die mitten auf der offenen Straße abgesetzt worden sind. Ich könnte mir nicht vorstellen, daß Landesrat Machold den Zorn der Geschäftsleute nicht ermessen könnte über diese gewissenlose Unterbrechung ihres Geschäftslebens durch den Generallstreik. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich Landesrat Machold nicht ausmalen sollte können, welche Gefahren durch das Ausbleiben aller Nachrichten, der Zeitungs-, der telephonischen Nachrichten, der telegraphischen Nachrichten usw. entstanden sind, durch die Unsicherheit, welche den ungehinderten Gerüchten dann freien Spielraum gewährt. Hätten die Bahnen verkehrt und die Post funktioniert, wäre es niemals möglich ge-

wesen, daß solche Unsicherheit und solche Verwirrung und solche Aufregung in unser Volk hineingekommen wäre. Das nennt der Herr Landesrat ein taktisches Mittel zur Beruhigung des Volkes und zur Verhütung der Gefahr. (Machold: „Das kleinere Übel!“) Hier in diesem Falle, Herr Landesrat, ist nicht zu wählen zwischen einem großen und einem kleinen Übel, hier hat es nur gegolten, den Brand auf Wien zu beschränken, und das wäre am sichersten erreicht worden, wenn man im ganzen Reiche gewußt hätte, es ist nur in Wien etwas los und sonst ist überall Ruhe. Dann hätten nämlich diese beunruhigenden Gerüchte und Schaudernachrichten unter dem Volke nicht Eingang finden können. Wenn der Herr Landesrat sagt, die Arbeiter sollen als vollwertige Bürger in diesem Staate angesehen und behandelt werden, so sage ich, es wird niemand daran denken, sie als Bürger zweiter Klasse zu behandeln. Wir alle freuen uns des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges der Arbeiterklasse, wir freuen uns, wenn sie ein modernes Kulturleben leben wollen, gleichberechtigt mit allen übrigen Berufsständen und Bevölkerungsschichten. Sollte sein Beweis der verschieden gearteten Urteilsprüche der einzelnen Gerichte irgendwie beweiskräftig sein, dann hätte er den Beweis erbringen müssen, daß alle diese Urteile, die er angeführt hat, von einem und demselben Richter erlossen und erfolgt sind. Das ist aber nicht der Fall, und solange es Richter gibt, die nach einem Gesetze zu urteilen haben, werden je nach der Einstellung des Richters, je nach dem Erfassen der Materie und je nach der Erfassung des Geistes des Gesetzes bei vollster Objektivität und bei vollstem Verantwortungsgefühl von anderen sich unterscheidende Urteile erfließen. (Zwischenruf: „Je nach ihrer Einstellung!“) Je nach ihrer Einstellung bei vollster Objektivität, weil das Erfassen des Geistes eines Gesetzes, der verschiedenen Umstände u. dgl. sehr viel mit der persönlichen Veranlagung des einzelnen Menschen zu tun hat. So geht es auch Ihnen, Herr Bürgermeister, wie jedem Einzelnen. Jeder einzelne Richter hat nur die Pflicht, vollste Objektivität und vollste Gewissenhaftigkeit walten zu lassen. Wenn nun die sozialdemokratische Partei tatsächlich jenen Friedenszustand in unseren Landen und in unserem Reiche herbeiführen will, den wir ersehnen und dessen Erstreben sie auch hier in wiederholten Aussprüchen ihre Zustimmung gegeben hat, dann, meine Herren, müssen Sie als Republikaner auch demokratisch sein; solange Sie nur Republikaner sind und von wahrer Demokratie nichts wissen wollen, solange wird nie die Ruhe in unserem Staate gesichert sein. (Zwischenruf Leichin.) Erst dann, wenn sich die republikanische Freiheit, Herr Leichin, mit der wahren demokratischen Auffassung paart, dann wird die ungehinderte Entwicklung unseres Staates gesichert sein. Wenn Sie aber immer und immer wieder von Vergewaltigung schreien, solange die Mehrheit von ihrem demokratischen Rechte Gebrauch macht in den gesetzgebenden Körperschaften, solange wird eine ungestörte und gesicherte Entwicklung in unserem Staate nicht möglich sein. Die Aufgabe, die Sie in der Jetztzeit zu erfüllen haben, ist:

Los von dem Sowjetstern, hin zur wahren Demokratie. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, ich schreite zur Abstimmung. Ich kann der Auffassung des Herrn Landesrates Machold nicht vollständig zustimmen. Die gestellten Anträge charakterisieren sich in der Tat als Beschlußanträge. Sie lauten (liest):

„Der hohe Landtag wolle die Antwort des Herrn Landeshauptmannes zur Kenntnis nehmen unter der Voraussetzung, daß er alle Schritte unternehmen wird, um in folgenden Punkten bei der Wiener Bundesregierung durchzusetzen:“

Das folgende betrachte ich als eine Begründung, warum Sie die Antwort zur Kenntnis nehmen. (Machold: „Das sind doch Forderungen, die an die Regierung gestellt werden, aber keine Begründungen!“) Ich muß aber doch den Antrag, der beinhaltet, daß die Beantwortung des Landeshauptmannes zur Kenntnis genommen wird, zur Abstimmung bringen. (Zwischenruf: „Das ja!“)

Jenz (zur Geschäftsordnung): Der Antrag lautet, daß die Antwort des Landeshauptmannes zur Kenntnis zu nehmen ist. Das ist der formelle Antrag. Alles übrige ist ein Ersuchen an den Herrn Landeshauptmann (Zwischenruf: „Darüber kann nicht abgestimmt werden!“), nicht Sache der Abstimmung, damit er die Stimmung kennenlernt, von der die Mehrheit des Hauses getragen ist, und daß er dann dieser Auffassung durch Einleitung entsprechender Schritte Rechnung zu tragen hat. (Machold: „Nach der Geschäftsordnung gibt es kein Ersuchen!“) Der zweite Teil ist nicht Gegenstand des Antrages.

Präsident: Die einzelnen Anträge sind seinerzeit verlesen worden, ich glaube daher, ich kann davon Abstand nehmen, sie noch einmal dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen.

Ich lasse also über den ersten Beschlußantrag, der gestellt wurde von den Herren des Landbundes...

Machold (zur Geschäftsordnung): Ich protestiere gegen diesen Geschäftsordnungsbruch. Es ist in der Geschäftsordnung kein Beschlußantrag vorgesehen und Sie sind verantwortlich für die Einhaltung der Geschäftsordnung.

Präsident: Ich bitte, im § 58, Absatz 4, heißt es: „In der Wechselrede dürfen nur Beschlußanträge gestellt werden.“ Es handelt sich hier um keinen meritorischen Antrag, sondern um einen Beschlußantrag und dessen Begründung. Beschlußanträge können bei einer dringlichen Anfrage gestellt werden, also sind sie zur Abstimmung zu bringen. Ich muß infolgedessen im Sinne der Geschäftsordnung vorgehen.

Ich ersuche die Abgeordneten, welche diesem Beschlußantrage des Landbundes die Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die Annahme des Antrages mit Mehrheit.

Es folgt der Beschlußantrag, gestellt durch Herrn Landesrat Jenz.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Beschlußantrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Endlich der Beschlußantrag, gestellt durch Herrn Landesrat Dr. Hübler.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Antrag einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Die dringliche Anfrage, die eben gestellt worden ist, ist somit erledigt.

Ich bringe nunmehr zur Verhandlung die dringliche Anfrage der Abg. Machold, Oberzaucher, Aulf, Weizelberger, Gföller und Genossen an den Landeshauptmann wegen der unter Mitwirkung, beziehungsweise Duldung der Bezirkshauptleute und Gendarmeriekommandanten erfolgten Bewaffnung irregulärer Formationen anlässlich des Verkehrsstreikes vom 16. bis 18. Juli 1927 und der damit verbundenen Terrorakte.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich Herrn Landesrat Oberzaucher das Wort.

Oberzaucher: Hohes Haus! Die abgeführte Debatte über die Anfrage der Einheitsliste, betreffend die Vorkommnisse im Lande Steiermark in den letzten Tagen, erübrigen es mir, weitausgreifend die Anfrage, die wir an den Landeshauptmann zu richten haben, zu begründen. Ich möchte aber vor dem Eingehen in die Begründung unserer Anfrage kurz auf die letzten Worte des Herrn Landesrates Pfarrer Jenz zurückkommen, der immer irgend eine Halluzination vom Sowjetstern, den er leuchten sieht, hat, der ihm scheinbar schlaflose Nächte verursacht. Die Worte des Herrn Landesrates Jenz, er ist katholischer Priester, ein Priester der Nächstenliebe (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Soll er sein!“ — Aulf: „Ein Mustereemplar!“), veranlassen mich allerdings, ihm dringend nahezu legen, er möge sich doch ein bißchen mehr mit dem Stern von Bethlehem und weniger mit dem Sowjetstern beschäftigen. Er wird dann wahrscheinlich eher jener Anschauung gerecht werden, die das wirkliche Christentum predigt; denn das, was Herr Pfarrer Jenz hier an Gehässigkeit, Unduldsamkeit, Feindschaft und Verhehung gesprochen hat, das sucht man jedenfalls bei einem katholischen Priester im allgemeinen nicht. Ich möchte hinsichtlich der Behauptung, daß die Sozialdemokraten das Sowjetsystem ersehnen, nur darauf verweisen, daß wir es waren, die in den Jahren 1918 und 1919 allein den schwersten Kampf geführt haben, um dieses System von unserem Staate abzuhalten. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Sehr richtig!“ — Zwischenruf von Seite der Einheitsliste: „Was hat Dr. Deutsch gesagt?“) wir waren es, die sich ganz offen als Gegner dieses Systems erklärt haben und heute noch erklären; ich weiß nicht, wieso Sie das Linzer Programm, wenn Sie es wirklich gelesen haben, zum Anlaß nehmen können, derartige Behauptungen, die direkt lächerlich sind, aufzustellen. Wenn Sie erklären, daß unsere Blätter durch ihre Schreibweise nach dem Schattendorfer Arbeitermord dazu beigetragen haben, daß die Empörung wuchs und schließlich zur Explosion drängte, so muß ich Sie schließlich fragen, was sollen unsere

Blätter schreiben, wenn so ungeheuerliche Gewalttaten ungesühnt bleiben. Wenn Herr Pfarrer Jenz nicht einmal als Priester die Nächstenliebe predigt, wenn er nicht sagt: „Hier ist die rechte Wange,“ wenn er auf die linke eine Ohrfeige bekommen hat, sollen wir es tun? Herr Pfarrer Jenz, es wäre besser, wenn Sie an Ihre Brust klopfen und in sich selbst gehen und für sich selbst das anwenden würden, was Sie uns in diesem Hause zu empfehlen belieben.

Nun zur dringlichen Anfrage. Der Herr Landeshauptmann hat im Verlaufe der Ereignisse hier im Landhause die Führer der Heimwehr und auch Unternehmensekretäre empfangen und hat mit ihnen über ein gestelltes Ultimatum verhandelt. Er hat unserer direkten Aufforderung, sofort an jene Stellen des Landes, an denen sich Zusammenrottungen bewaffneter Haufen zeigen, Wehrmacht, Gendarmerie usw., gesetzliche Brachialformationen, zu entsenden, nicht stattgegeben. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß nicht genügend derartige Truppenformationen in diesem Lande vorhanden sind. Es ist genug Militär, genug Gendarmerie hier, um Ruhe und Ordnung in diesem Lande aufrechtzuerhalten, wenn man nur ehrlich diese Kräfte einsetzen will. Der Herr Landeshauptmann hat diese durch seine beschworene Pflicht geradezu sich aufdrängende, unbedingt notwendige Handlung nicht vorgenommen, sondern hat mit den Heimwehrführern verhandelt und hätte ihren Forderungen vielleicht schließlich noch Rechnung getragen, wenn sich unser Einfluß nicht geltend gemacht hätte. Er hat also das unterlassen, wozu er gesetzlich verpflichtet ist; es muß ihm deshalb der schwerste Vorwurf gemacht werden. Wenn er sofort Gendarmerie und Wehrmacht an jene Stellen entsendet hätte, an denen der Bürgerkrieg auszubrechen drohte, so wäre das die einzig richtige Handlung gewesen, die die Landesregierung vor jeder Erschütterung bewahrt hätte. Der Landeshauptmann hat also, obwohl er nach § 29 der Landesverfassung auf die Bundesverfassung beeidigt wurde, diese seine beeidete Pflicht nicht erfüllt.

Wir müssen den Herrn Landeshauptmann auch fragen, welche Sicherheiten er zu geben gedenkt, damit derartige Vorkommnisse, derartige Unterlassungen in Zukunft unterbleiben.

Aber im weiteren, das wurde heute schon mehrmals ausgeführt, haben sich die Bezirkshauptleute, vor allem in Judenburg und Leibnitz, in diesen Tagen in einer Art benommen, daß sie jedenfalls Anlaß dazu geben, gegen sie die strengste Untersuchung zu führen. Außerdem haben Gendarmerieinspektoren, vor allem der bereits mehrfach genannte Oberinspektor Meißner, die Heimwehren, also irreguläre Formationen, entweder selbst bewaffnet oder an der Bewaffnung teilgenommen, sie geführt und diese Formationen der Gendarmerie angeschlossen, Handlungen, die absolut unserer Bundes- und Landesverfassung widersprechen und den Landeshauptmann gleichfalls zu den schärfsten Maßnahmen veranlassen müßten. Trotzdem ist unseres Wissens bis heute nichts geschehen.

Wir müssen daher an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage richten (liest):

„1. Ist der Landeshauptmann bereit, Aufklärung zu geben über die Gründe seiner durch nichts zu rechtfertigenden Haltung gegenüber den mit dem Bürgerkrieg drohenden Heimwehrführern und Unternehmensekretären?“

2. Steht die Haltung des Landeshauptmannes mit der Bundesverfassung und mit dem § 29 der Landesverfassung, wonach er vom Bundespräsidenten auf die Bundesverfassung angelobt wurde, im Einklang?

3. Welche Sicherheiten gibt der Landeshauptmann für die Zukunft, damit sich derartige Ausschreitungen und Übergriffe, die in ihren Folgen den Bürgerkrieg heraufbeschwören und den Bestand der Republik gefährden, nicht wiederholen?

4. Welche Maßnahmen gedenkt der Landeshauptmann zu ergreifen, um die schuldtragenden Organe der Bezirkshauptmannschaften und die an der Bewaffnung und Organisation der irregulären Abteilungen beteiligten Gendarmerieorgane zur Verantwortung zu ziehen.“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ing. Paul: Hohes Haus! Die Anfrage der Abg. Machold, Oberzaucher, Weigelberger, Lust, Gföller und Genossen beantworte ich wie folgt:

Zu Punkt 1. Wie bekannt, kam der Generalstreik mit der Lahmlegung von Eisenbahn, Telephon und Telegraph nicht nur der Landesregierung, sondern auch allen Bevölkerungskreisen völlig überraschend. Durch die Sperre jeglicher Verbindung zwischen Wien, den Landesregierungen und den Bezirkshauptmannschaften gab es zunächst keine Möglichkeit, irgend welche Nachrichten von Wien zu erhalten, beziehungsweise solche von der Landesregierung den Bezirkshauptmannschaften und der Bevölkerung überhaupt zukommen zu lassen. Damit war der Bildung abenteuerlichster Gerüchte Tür und Tor geöffnet, wie zum Beispiel, daß die Wiener Bundespolizei sich auf der Flucht nach Preßburg befinde, die Polizei in Wien in schweren Kämpfen mit dem Bundesheere stehe, in Wien die Räterregierung ausgerufen sei usw. Auf diese Gerüchte hin war es gewiß begreiflich, daß sich auch der Bevölkerung auf dem Lande, und zwar der Bevölkerung aller Kreise, die größte Erregung bemächtigte, sowohl auf bauerlicher Seite, wie auf Seite der Arbeiterschaft. Es war begreiflich, daß sich die ländliche Bevölkerung infolge der ihrerseits wahrgenommenen Aufbietung des Republikanischen Schutzbundes, der vielfach konstatierten Straßen- und Brückensperre und der Autokontrolle durch den Schutzbund, weiters der Nachrichten über die Verhängung des Standrechtes der Arbeiter in Bruck a. d. M. auch ihrerseits sammelte und daß es an einzelnen Stellen zu bedrohlichen Situationen kam, insbesondere in Obersteiermark. Hierbei darf man nicht übersehen, daß die erwähnten ungeseglichen Maßnahmen des Republikanischen Schutzbundes schon am Samstag, den 16. Juli 1927, vormittags einsetzten und stellenweise schikanös vorgegangen wurde. Diese Vorgänge hatten begreiflicherweise in Obersteiermark die größte Erregung hervorgerufen, so daß dort die Situation wirklich sehr gespannt war. Bereits Sonntag vormittags wurde an mich das Ersuchen gerichtet, auf

die einander auf anderthalb Kilometer Entfernung stehenden Parteien, Heimwehr und Republikanischen Schutzbund, durch Verhandlungen Einfluß zu nehmen, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Diesem Ersuchen kam ich auch durch Entsendung eines beamteten Funktionärs der Landesregierung nach Judenburg nach. Sonntag abends wurde ich ersucht, eine Besprechung zwischen Vertretern des Schutzbundes und den Heimwehrführern von Obersteiermark bei mir abzuhalten, die auch tatsächlich in den späten Abendstunden stattfand und bis zum Morgengrauen dauerte. Durch diese Besprechungen wurde eine ruhige Lösung der Situation vorbereitet. Meine Haltung bei diesen Konflikten war die durch das Gesetz gebotene, die Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten. Dies war auch sonst überall meine unverrückbare Richtlinie.

Zu Punkt 2. Während der kritischen Tage habe ich als Landeshauptmann stets die Verfassung beachtet und alles getan, um die Ruhe aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zwecke hatte die Bundespolizei in Graz und die Gendarmerie am Lande Bereitschaft. Ebenso war das Militär in den Kasernen konsigniert. Wurden mir Ungeheuerlichkeiten gemeldet, so habe ich sofort deren Abstellung verfügt. Wenn es hie und da zu Gesetzwidrigkeiten kam, so darf auch nicht übersehen werden, daß der Landesregierung zunächst jede Verständigungsmöglichkeit und jedes staatliche Verkehrsmittel durch den Streik genommen war. Ich glaube aber auf den Erfolg hinweisen zu können, daß, abgesehen von einzelnen Entgleisungen, tatsächlich in den kritischen Tagen vom 16. bis 18. Juli 1927 die Ruhe in Steiermark aufrechterhalten wurde.

Zu Punkt 3. Selbstverständlich wird es Sache der Landesregierung sein, vorzusehen, daß sich die so tief beklagenswerten Erscheinungen nicht mehr wiederholen und im Vereine mit der Zentralregierung alle Vorkehrungen zu treffen, daß es zu einer derartigen Stilllegung der wichtigsten staatlichen Verkehrsmittel nicht mehr kommt. Dieser beklagenswerte Stillstand der staatlichen Verkehrsmittel trägt allein die Schuld, daß sich aller Bevölkerungskreise eine derartige Aufregung bemächtigte, die geeignet gewesen wäre, sehr bedrohliche Erscheinungen auszulösen.

Zu Punkt 4. Aus den bisher vorliegenden Meldungen und Berichten entnehme ich, daß die Bezirkshauptmannschaften und die Gendarmerie mit Umsicht und Erfolg bemüht waren, die Ruhe und Ordnung in den politischen Bezirken aufrechtzuerhalten.

Was die in der heutigen Sitzung erhobenen besonderen Angriffe gegen Gendarmerieoberinspektor Meißner von Judenburg anbetrifft, so werde ich dieselben dem zuständigen Landesgendarmeriekommando übermitteln. (Beifall.)

Machold: Die Beantwortung unserer Anfrage durch den Herrn Landeshauptmann kann uns nicht befriedigen, die Antwort geht auf den Kern der Frage nicht ein. Es handelt sich darum, ob dies verfassungsmäßig ist oder nicht, daß durch Gendarmerieoffiziere, ohne daß der Landeshauptmann oder andere im Dienste der Republik stehende Organe zugestimmt haben, illegale Formationen bewaffnet worden sind. Auf die Beantwortung dieser Frage ist der Herr Landeshaupt-

mann nicht eingegangen. Ich erspare mir heute, den Antrag auf Eröffnung der Debatte zu stellen, weil wir ja im Verlaufe der Behandlung der anderen dringlichen Anfrage Gelegenheit gehabt haben, unseren Standpunkt zu präzisieren. Ich stelle nur den Antrag, die Antwort des Herrn Landeshauptmannes nicht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung. (Nach Auszählung des Hauses.) Der Antrag ist abgelehnt. Hiemit erscheint diese dringliche Anfrage erledigt.

Wegen der vorgeschriebenen Stunde werde ich von der weiteren Behandlung der Tagesordnung absehen

und werde diese Tagesordnung in der nächsten Sitzung zur Verhandlung bringen.

Folgende Anträge wurden eingebracht (verliest die Überschriften — siehe Inhaltsverzeichnis).

Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Die nächste Sitzung findet statt Mittwoch, den 27. Juli, um 10 Uhr vormittags mit der Tagesordnung von heute.

Der **P r ä s i d e n t** verkündet das Stattfinden von Ausschusssitzungen.

(Schluß der Sitzung um 22 Uhr 10 Minuten.)